

Er scheint täglich außer Montags, Dreis pränumerando: Vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,20 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Belegungs-Preisliste für 1896 unter Nr. 7177.

# Vorwärts

Inspection-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitschrift oder deren Raum 40 Pf., für Besetzungs- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonabend, den 18. Januar 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Wieder ein Jubiläum.

Erst länger als sechs Monaten jeden Tag ein Jubiläum. Das ist etwas viel. Und wer kennt nicht das Götthe'sche Wort:

Es ist nichts so schwer zu tragen, Als eine Reihe von guten Tagen.

Und Schlacht-Erinnerungstage — Jubiläen des „männermordenden Kres“, wie Homer schon vor mehr als dreitausend Jahren den Kriegsgott genannt hat.

Wie immer dem sei, gut oder schlecht, über sechs Monate lang jeden Tag Jubiläumstest — das ist zu viel; und wir sind bereit in Sack und Asche Buße zu thun oder eine Prämie zu zahlen, wenn uns, authentisch beglaubigt, ein Musterpatriot — natürlich lebend — auf den Redaktionsstisch niedergelegt wird, der die täglichen Jubiläumberichte und Jubiläumshymnen der letzten 180 bis 190 Tage gelesen hat.

Ein wirklicher embarras de richesse diese 180 bis 190 Jubiläen. Wo bleibt da der Jubel beim Jubiläum? Und eigentlich gehört doch der deutsche Jubel zum lateinischen Jubiläum, weil er eins und dasselbe ist in verschiedener Sprachkleidung.

Aber heute ist eins der zwei großen Jubiläen; giebt's doch auch für die Jubiläen bei uns keine demokratische Gleichheit. Vor fünfhalb Monaten war das erste der großen Jubiläen: der Tag des Heiligen Sedan. Heute ist der Tag der Gründung des Reiches.

Am Sedanstag sagten wir: ein Fest des Schlachtengottes, eine Feier des Tages, an dem das Blut zehntausender von Menschen geflossen, und der nicht den Frieden gebracht, sondern nur neue Mehlereien, kein Volkstest sein, und eine Partei kann es nicht mitfeiern, welche „gewappnet mit der Wissenschaft unseres Jahrhunderts“, die Errungenschaften der menschlichen Kultur zu verteidigen hat gegen die barbarischen Unterwühlungsversuche und Umsturzbestrebungen der vereinigten Parteien des Kapitalismus. Und wir meinten, wenn das Reich ein Fest feiern wolle, dann solle es doch das Fest seiner Gründung feiern, das habe einen Sinn — für das Reich. Nun, heute wird das Fest der Reichsgründung gefeiert — von dem Reich. Nicht vom Volk. Nicht einmal von der Volksoberleitung. Damit kein Mißklang ertöne, ist keine Reichstags-Sitzung. Und auch das untersteht das heutige Fest von dem Fest des Heiligen Sedan. Es ist nicht nur kein Fest des Krieges, es macht sich auch nicht an, ein Volksfest zu sein. Es wird bei Hofe gefeiert; es wird in den Kasernen gefeiert; es wird von allen Beamten gefeiert, die in Reichs- und Staatsdiensten stehen und darum amtlich verpflichtet sind, alle Reichs- und Staatsfeste mitzumachen; es wird gefeiert von allen, denen das Reich Vortheile gebracht hat, oder die Vortheile von ihm erhoffen, oder, falls sie nicht mitfeiern, Nachtheile befürchten.

Was hat das Volk mit der Gründung des Deutschen Reiches zu thun gehabt? Die Gründung ist nicht einmal in Deutschland erfolgt — sie erfolgte in Versailles, im französischen Königsschloß, wo einst das wahnwitzige Wort ertönte: Der Staat bin ich! — ich der Alleinherrscher —, im Königsschloß, aus dem wie aus einer riesigen Pandora-Büchse von Marmor jene unsagbaren Frevel und Verbrechen des persönlichen Regiments hervorgingen, welche das furchtbare Volksgericht der französischen Revolution nach sich zogen. In diesem Königsschloß wurde das Deutsche Reich aus der Taufe gehoben, zwischen gleichartigen Uniformen und inmitten des Brodem und des Pulverdampfes, der von den Schlachtfeldern ringsumher aufstieg.

Das Volk war nirgends. Nur Fürsten, Generale, Soldaten und Höslinge.

Aber war denn das Reich nicht die Erfüllung des Ideals, für das die edelsten Geister der Nation seit Menschengedächtnis geschwärmt, gestritten, gekämpft?

So sagt man uns, und nie ist eine dickere Lüge gesagt worden. Zwei Mal vorher hatte das deutsche Volk einen Aulauf gemacht, die nationale Einheit herzustellen. Das erste Mal vor 370 Jahren im Bauernkrieg, wo die Bauern — aber die echten, nicht die Raubhirschen — den Gedanken der nationalen Einheit vertraten. Damals wurde die Revolution verrathen von den Ritters, den Urgroßvätern der heutigen Junker, und von den Fürsten.

Das zweite Mal im „tollen Jahr“ 1848, als die Volksmassen in Deutschland sich erhoben. Auch damals waren es die Junker und die Fürsten, welche das Werk verhinderten, das Parlament der Nation auseinander jagten, die Kämpfer für Deutschlands Freiheit und Einheit standrechtlich niederschossen. Dieselben — wenn nicht in Person, doch in Art —, die 1848 und 1849 für die deutsche Einheit nur Pulver und Blei hatten, stellen sich jetzt auf den Markt

und rühmen: wir haben von oben das Werk vollbracht, das weiland von unten mißlungen — die deutsche Einheit ist nicht des Volkes, sie ist der Fürsten Werk.

Das was man so nennt, allerdings. Aber ist es das, was das deutsche Volk gewollt, wofür es gekämpft hat? Wir vom Volk, die 1848 und 1849 für die deutsche Freiheit und Einheit unsere Haut zu Markte trugen, hätten die Männer der „Einheit“ die heute vor 25 Jahren gegründet ward, uns 1849 in die Gewalt bekommen — unsere Knochen moderten heute neben denen der Portu, Trübschler und Genossen, die in den Laufgräben von Passau und auf dem Kirchhof zur Wiehre bei Freiburg unter fürstlichen Kugeln geendet.

Und wer war es, der 1819 mit Hohn und Ekel die deutsche Kaiserkrone zurückwies — diesen „Reiß von Dreck und Letten“, der, weil die Erwählten des Volkes ihn anboten, „den Ludergeruch der Revolution“ hatte?

Es war ein deutscher Fürst, ein Hohenzoller, der Großonkel des jetzigen Kaisers.

Und da wagt man uns vorzuschlagen, das Volk sei unfähig gewesen, den nationalen Gedanken zu verwirklichen — die berufenen Träger und Vollstrecker des deutschen Einheitsgedankens seien die deutschen Fürsten gewesen — was beläufig in allen Schulen gelehrt wird.

Wie war's in Wahrheit vor 25 Jahren? Waren denn die Fürsten so eifrig, ihre Eifersüchteleien zu opfern, das Deutsche Reich zu gründen? Wir haben ja einen klassischen Zeugen — einen deutschen Fürsten — einen Hohenzoller, einen König und einen Kaiser — wir haben das Tagebuch Kaiser Friedrichs des Dritten! Da steht es zu lesen, wie der „Ludergeruch“ noch damals in den fürstlichen Nasen stank, wie der König von Preußen zauderte, wie Bismarck zauderte, ein Bild kleinlichster Mißere.

Und wieder wir etwa nicht, wie es gemacht wurde, damit der „Ludergeruch“ verschwand und die Kaiserkrone nicht den Mafel plebejischer Volkshände trug und nur den Lustgottbegnadeter Fürstenhände?

Ist es vergessen, wie König Ludwig von Bayern land, der 18 Jahre später im Jrelin durch Selbstmord endete, und der 1870 schon den Keim der Geisteskrankheit in seinem Hirn trug, — ist es vergessen, wie der unglückliche König zum Angebot der Kaiserkrone an das Haus Hohenzollern bestimmt ward?

Vorgestern stellte ein Abgeordneter im Reichstage fest, daß das Jubiläum des Deutschen Reiches durch eine Debatte über den Antrag Kanitz eingeleitet wurde. Allerdings eine drastische Illustration des stereotypen Wortes:

Wie haben wir es doch so herrlich weit gebracht! Ja, bis zum Junker- und Polizei-Sozialismus, der zwar gestern abgewiesen ward, aber zurückkehren wird.

Und gestern überreichte der neueste deutsche Reichskanzler dem Präsidenten des Reichstages als Denkmal des deutschen Reichsgeistes zur Feier des 25. Jahrestages der Reichsgründung das — bürgerliche Gesetzbuch! Ein Berg Malakatur. Würdiges Denkmal.

Vor 25 Jahren gab es trotz der schlimmen Biege und trotz der bedenklichen Geburts-Konstellation doch so gar manchen im Volk, der da glaubte, das nationale Ideal sei wirklich erfüllt, das geeinte Deutschland werde frei werden und eine Stätte friedlicher Kulturarbeit.

Nur eine Partei stand abseits. Sie las die Zukunft in der Vergangenheit und Gegenwart. Sie sagte voraus: was das Schwert geschaffen, das könne nimmer ein Hort des Friedens, der Freiheit und Humanität werden — das Reich werde ein Reich werden der Fürsten, des Adels, der Schlotbarone, ein Soldatenreich; — die Armee werde größer werden und größer, die Steuerlast schwerer und schwerer, weder nach innen Friede noch nach außen, der Staat ein Gefängniß für alle und die wachsende Unzufriedenheit immer härteren Druck, immer rücksichtslosere Unterdrückung erzeugend.

Als unsere Genossen es im Reichstage voraus sagten beim Nahen des „neuen Reichs“, da wurden sie verlacht.

Wer lacht heute noch?

Die 25 Jahre, die hinter uns liegen, reden eine so beredte Sprache und so laut, daß kein Treitschke, kein Poschinger sie überschreien kann.

Lassen wir die tragikomische Kaiserdeputation des 17. Dezember 1870, der das Verhängniß den Fluch der Rächerlichkeit auftrugte.

Lassen wir das Schaugepränge des 18. Januar 1871, und betrachten wir im Fing aus der Vogelperspektive das neue Kaiserreich an der Arbeit.

Zwanzig Jahre Kulturkampf — Ausnahmegesetze gegen ein Drittel des deutschen Volkes.

Dritfundzwanzig Jahre der Verfolgung! Zwölf Jahre der Ausnahmegesetze gegen eine Partei, die ein Viertel der deutschen Nation umfaßt. —

Die größte Partei des deutschen Volkes geachtet!

Tausende von Jahren Gefängniß verhängt über die Verfechter der Volksrechte.

Die Steuern verdoppelt und verdreifacht. Das stehende Heer verdoppelt.

Die Polizeimacht verdreifacht. Das Brot des armen Mannes vertheuert zum Nutzen des reichen Junkers.

Zwölftausend Millionen ausgegeben für Kasernen, Flinten, Kanonen und Säbel.

Achttausend Millionen in Schutzgöllen und Liebesgaben aus den Taschen des arbeitenden Volkes hinübergezaubert in die der herrschenden Minderheit.

Die Presse geknebelt. Das Vertrauen des Volkes in die Justiz erschüttert — nach dem eigenen Zugeständniß des Justizministers.

Das allgemeine Wahlrecht, das einzige werthvolle Gut, das wir dem Reiche verdanken, in Gefahr — unterwühlt, bedroht, von denen, die Hauptstützen des Reiches sind.

Und in diesem Augenblick, während die Reichsherren heute die Reichsherrlichkeit feiern, alle Gefängnisse Deutschlands gefüllt mit „politischen Verbrechern“.

Und wer noch nicht genug hat, wer noch weitere Beweise verlangt, wohlan, der betrachte sich die Reichslande — das schöne Elsaß-Lothringen, in dem einst die deutschen Patrioten, als Vaterlands- und Freiheitsliebe noch untreubar galten, den „Vindesreich“ zwischen Deutschland und Frankreich erkauten — den beiden Ländern, deren Feindschaft die Barbarei und Kriegsgefahr, deren Wund der Friede und die Freiheit ist.

Die Reichslande sind wieder deutsch. Deutsch, weil das deutsche Schwert, die deutsche Polizei und die deutschen Gerichte sie zwingen. Nirgends Liebe zum wiedergewonnenen Vaterland! — überall Groll und verhaltener Ingrimm.

Eine wichtigere Auflage gegen das Deutsche Reich ist nicht zu denken, als die Zustände in Elsaß-Lothringen, als die tiefe Abneigung, mit der das Volk, nach 25jähriger Zwangsvereinigung mit dem Deutschen Reich, heute noch für dieses empfindet. Die jüngsten Wahlen in Meß und Pledenhofen zeigen, daß die Bevölkerung heute sich noch ebenso ablehnend verhält, wie am Tage der Annexion oder „Rückeroberung“. Um die Bedeutung dieser Thatfache voll zu würdigen, muß man sich vergegenwärtigen, daß einige Theile von Lothringen ausgenommen, die Bevölkerung dieser sogenannten Reichslande Lerndeutsch ist, weit deutscher als das ostelbische Deutschland, wo das deutsche Blut mit einer größeren Hälfte slavischen Blutes gemischt ist. Also nationale Antipathie kann hier nicht vorliegen.

Warum hängen die deutschen Elsaßer noch heute am fremdlandischen Frankreich? Weil die französische Revolution sie zu freien Menschen gemacht hat! — so antwortete einst Louis Blanc.

Was hat das Deutsche Reich den Elsaß-Lothringern gebracht? Steuerdruck, Polizeidruck — und dafür alles gute, was das französische Geseh ihnen bot, genommen, bloß das schlechte gelassen — den Diktaturparagrafen.

Das Deutsche Reich feiert heute seinen 25. Geburtstag. Wir gönnen ihm die Lobes-Dithyramben und den Weibrauch derer, denen es gutes gethan hat. Von den anderen darf es keine Suldigungen, keine Festfreude erwarten. Und diese anderen sind — das deutsche Volk.

### Politische Ueberflucht.

Berlin, 17. Januar.

In der heutigen Reichstags-Sitzung wurde dem Antrag Kanitz und den Kaisern ein weniger angenehmes Begräbniß zu theil, als die Herren Junker sich hatten träumen lassen. Die ganze Debatte nahm einen recht schlechten Verlauf für sie. Gestern hatten sie fast ausschließlich das Wort gehabt, heut kam in der Debatte nur einer von ihnen zum Wort — Herr Kardorff, und Herr Kardorff ist bekanntlich bloß denen gefährlich, für die er spricht. Und Herr Liebermann aus Sonnenberg als Schlußredner für den Antrag bedeutete ein halb Dutzend Redner gegen den Antrag.

Den Reigen eröffnete Prinz Nadsywill, der als frommer Katholik den Antrag bekämpfte. Es folgte Herr v. Bennigsen, der den staatsmännischen Brotenrock angezogen hatte und mit der staatsmännischen Nase zwar nicht Morgenluft witterte, aber Kartellluft. Er hielt natürlich eine staatsmännische Rede — verurtheilte staatsmännisch den Antrag, der nicht staatsbehaltend sei, und forderte, in staatsmännischer Rülischwur-Stimmung, das Zusammengehen der staatsbehaltenden Parteien.

Diese lechten vier Wörter in ein verständliches Wort zusammengedrängt heißt: Kartell. Und Kartellluft weht



amnestiert, welche zu Freiheitsstrafen bis zu 6 Wochen resp. zu Geldstrafen bis 150 M. verurteilt sind. — (Siehe auch Depeschen.)

— Eine Vorlage betr. die Abänderung der Disziplinarordnung für Privatdozenten wird angeblich im preussischen Landtag eingebracht werden. Dazu hätte sich also der „Fall Krons“ verdichtet. —

— Den Landtags-Abgeordneten Freiherrn v. Los-Verporten hat die Zentrum-Fraktion des Abgeordnetenhauses aus dem Vorstand ausgeschlossen, weil er in den Verdacht gerathen ist, im Interesse der agrarischen Bewegung und aus Abneigung gegen die Zentrumsdemokratie die Zentrumspartei sprengen zu wollen. Diefem Beschluß ging ein Vorstoß vorher, den die „Kölnische Volkszeitung“ gegen Herrn v. Los, den Führer des rheinischen Bauernbundes unternommen hatte. Das leitende Blatt der Zentrumspartei behauptete, er lasse sich in seiner agrarischen Politik vorwiegend durch persönliche Gründe und Ziele leiten und habe weniger die Nothlage der Landwirtschaft im Auge. Herr v. Los habe der preussischen und der deutschen Zentrumspartei von jeher nur mit einer gewissen Reserve angehört. Es sei ihm nicht gelungen, sich der Fraktion als Mitglied vollständig einzufügen und sich ihrer Leitung unterzuordnen. Diese Reserve habe sich jetzt zur Fronde ausgebildet. Mit dieser Sonderbündel könne es nicht weiter geben. Man dürfe nicht ruhig zusehen, wie Herr v. Los die Stellung hochverdienter Mitglieder der Zentrumspartei systematisch zu untergraben suche, um auf Kosten des Zentrums in bedrängten landwirtschaftlichen Kreisen Hoffnungen zu erwecken, die zweifellos unerfüllbar sind, für deren Scheitern man aber das Zentrum verantwortlich machen würde. Der schwerste Vorwurf, den das Blatt dem widerspöttigen Parteigenossen macht, ist folgender: daß Freiherr von Los mit einem anderen Herrn ein Programm „geschaffen“, welches „das katholisch-soziale Programm“ genannt wird, obwohl dasselbe, wie das Blatt behauptet, gerade von aktiven Faktoren der Zentrumspartei jurädigewiesen. Dieses Programm ist nun durch seinen Urheber dem Papst vorgelegt worden, und daraufhin hat der Kardinal-Staatssekretär Rampolla an den Freiherrn Felix v. Los unterm 22. Dezember 1884 ein Schreiben gerichtet, Inhalt dessen der Papst „auf die Bestrebungen der katholischen Sozialpolitik Deutschlands, welche in Uebereinstimmung mit den, in dem denkwürdigen päpstlichen Rundschreiben enthaltenen Lehren auf die Befreiung der Lage der hilfsbedürftigen Klassen der Gesellschaft hinzuziele, mit wahrer Verliebtheit herabschaue, im höchsten Grade das Ziel billigt, welches die Unterzeichner des Programms sich vorgesetzt haben, ohne auf die einzelnen besonderen Forderungen einzugehen.“ Dieses Programm in Verbindung mit dem Antwortschreiben des Kardinal-Staatssekretärs wird vom Freiherrn v. Los und Genossen als allgemein verbindlich und als „das katholisch-soziale Programm“ schlechweg behandelt. Dagegen machte die „Köln. Volkszeitung“ entschiedene Opposition und der Ausgang des Streites zeigt, daß sie die Oberhand behalten hat. —

— Eingestelltes Verfahren. Auf dem Parteitage in Breslau machte es unliebsames Aufsehen, daß unser Genosse Rauch telegraphisch nach Hannover zurückbeordert wurde, weil sein Redaktionskollege Thielhorn vom „Volkswillen“ am 9. Oktober plötzlich wegen des Abdrucks der bekannten Viehweidungseröffnung verhaftet wurde. Nach dreiwöchentlichem Haft erlitt Thielhorn auf Beschluß des Ober-Landesgerichts in Celle wieder in Freiheit. Monate sind seitdem verstrichen. Am Dienstag nun erhielt er von der königlichen Staatsanwaltschaft folgendes Schriftstück zugestellt:

„In Gemäßheit des § 168 Abs. 2 der Strafprozessordnung werden Sie hierdurch benachrichtigt, daß das gegen Sie veranlaßte Ermittlungsverfahren, in welchem am 10. Oktober 1885 Ihre gerichtliche Vernehmung stattgefunden hat, durch diesseitige Verfügung eingestellt worden ist.“

Genosse Thielhorn hat also, ohne daß ein genügender Anlaß zur Eröffnung des Hauptverfahrens vorhanden war, denn sonst wäre doch das Ermittlungsverfahren nicht eingestellt worden, etwa drei Wochen im Zerknirschungszustand verbracht; er hat die Untersuchungshaft unbeschuldigt erlitten. Wer entschädigt ihn dafür? Und jetzt, wo die Gefahr einer Denunziation gänzlich ausgeschlossen ist, jetzt ist wohl auch die Frage gestattet, warum die hannoversche Staatsanwaltschaft nicht das Ermittlungsverfahren auch auf die anderen Redakteure in jener Stadt ausgedehnt hat, die gleich Thielhorn den Bericht vom Parteitag, mit denselben Worten, gebracht haben? —

Köln, 17. Januar. Amtliches Wahlergebnis. Bei der am 13. d. M. im Reichstags-Wahlkreise Köln Stadt I stattgehabten Ersatzwahl erhielten von 21795 abgegebenen Stimmen der Rechtsanwalt Karl Trimborn in Köln (Zentrum) 11889, der Redakteur Adolf Forchheimer in Köln (Sozialdemokrat) 6797 und der Rechtsanwalt Hermann Lendebeker in Köln (National-liberal) 8485 Stimmen. Trimborn ist mithin gewählt.

München, 17. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In der Generaldebatte über den Etat des Ministeriums des Innern forderte der Fraktionsredner des Zentrums Morke die Regierung warm und energisch auf, für eine ausgiebige Fortsetzung der völlig verpumpten Sozialreform einzutreten, der Redner trat auch mit Entschiedenheit für die Durchführung der vollen und ehrliehen Koalitionsfreiheit ein. —

— Die bedingte Verurteilung wird nun auch in Bayern versuchsweise eingeführt. —

### Schweiz.

Zürich, 18. Januar. (Eigener Bericht.) Die Pestalozzi-Freier verlies im ganzen Lande nach den vorliegenden Nachrichten in würdiger Weise, in der Stadt Zürich kamen 80000 Franken für den Pestalozzi-Fonds zusammen. In den Reden wurde betont, daß die Schuldeuten des Beseierten wohl zum Theil durchgeföhrt seien, aber noch vieles der Zukunft zu thun übrig bleibe. Noch giebt es mächtige und einflußreiche Gegner der Volksebildung und namentlich auch der bessern, der höhern Bildung der Lehrer, die Kinder verlassen meist zu frühe die Schule, in der überdies die Elementarbildung noch vielerorts vernachlässigt werde. Noch weniger verwirklicht sind Pestalozzi's soziale Ideen, insbesondere bezüglich der Behandlung der Armen, die noch immer eine unwürdige, verächtliche und erniedrigende sei, wenig besser, als sie zur Zeit Pestalozzi's war. Auch in der Presse ist neben der begeisterten Anerkennung der unerschöpflichen Herzengüte und Gethesgährde Pestalozzi's mit kritischen Worten ausgesprochen und konstatiert worden, wie weit wir von den Idealen Pestalozzi's noch entfernt seien. Diese Feststellung sollte zum Ausgangspunkt einer neuen lebhaften Bewegung werden zur Hebung der Schule, der allgemeinen Volksebildung und zur Förderung der Sozialreform, dann würde die 150jährige Gedenkfeste Pestalozzi's die besten Früchte zeitigen und in seinem Sinne und Geiste wirksam sein.

Das Initiativ-Komitee für Eisenbahn-Verstaatlichung hatte gestern in Zürich Sitzung, in der das Initiativbegehren endgültig festgesetzt und der Beginn der Unterschriftenammlung auf den April hinausgeschoben wurde, d. h. man will erst die Märzsession der Bundesversammlung und das Schicksal des Rechnungsgesetzes für die Eisenbahnen im Nationalrath abwarten.

Zürich, 15. Januar. (Eigener Bericht.) Die Angelegenheit resp. die vom Regierungsrath beschlossene Freilassung des wegen Amtsmißbrauchs in Untersuchungshaft gewesenen Polizeibeauphtmanns Fischer hat in den letzten Tagen viel Staub aufgewirbelt und ist namentlich von der liberalen Presse zu parteipolitischen Zwecken inkisifiziert worden, da Fischer als Demokrat gilt und die Mehrheit des Regierungsrathes, der aus sieben Mitgliedern

besteht, ebenfalls demokratisch ist. Andererseits ist der Staatsanwalt Febr, der mit Fischer in Todfeindschaft lebt und diesem gegenüber von seinen Nachbessungen auch nicht den weissesten und gerechtesten Gebrauch machte, ein guter Parteigenosse der liberal-konservativen Herren. In der gestrigen Sitzung des Kantonsrathes wurde die Regierung über die Freilassung von zwei Seiten interpellirt: einmal von unserem Genossen Seidel, der seine Anfrage ohne Zweifel aus rein sachlichen Gründen stellte und dann von dem liberalen Advokaten Dr. Haab, der von seiner Partei als Kandidat für die Regierung in Aussicht genommen sei, sobald bei den im Frühjahr stattfindenden Erneuerungswahlen ein Platz leer werden sollte, wobei der stille Wunsch der Vater des Gedankens sein mag und der daher weniger aus sachlichen, als parteipolitischen Motiven interpellirt. In der längeren Begründungsrede, welche Genosse Seidel für seine Anfrage hielt, scheint uns besonders der Satz den Kern der Frage zu treffen, daß das waltende Polizeisystem faul ist und daher dieses in erster Linie gebessert werden müsse. Im Jahre 1884 war der Standaal mit dem liberalen Polizeihauptmann Vollier, jeht mit dem demokratischen Fischer und wenn das System fortbestehen bleibt, haben wir vielleicht in 10 Jahren einen solchen mit einem sozialdemokratischen Polizeihauptmann. Seidel grühte durch eine Fülle von Material die krassten Mißstände im Polizeiwesen und charakterisirte Fischer als einen wenig gewissenhaften Beamten, der seine Macht sogar in den Dienst reicher Leute gegen arme verführte Frauen in anderen Kantonen stellte. Der zweite Interpellant behandelte hauptsächlich die rechtliche Seite des Vorgehens des Regierungsrathes bei Freilassung Fischers über den Kopf des Staatsanwalts und des Untersuchungsrichters hinweg. Im Namen der Regierung sprach der liberale Chef der Justiz- und Polizeidirektion, Herr Kägel. Es gelang ihm, die Rechtsnähtigkeit und Gesehlichkeit des Regierungsbefchlusses in überzeugender Weise darzuthun und ferner nachzuweisen, daß der Staatsanwalt Febr nicht korrekt handelte, indem er die Führung der Untersuchung gegen Fischer formell dem Bezirksanwaltschaft überließ, inhaltlich aber sie selbst führte. Der Regierungsrath hatte seinen Freilassungsbefehl einstimmig gefaßt und mit allen gegen eine Stimme die Demission Fischers als Staatsanwalt angenommen. Zum Schlusse seiner Rede verführte Herr Kägel, daß der Regierungsrath dahin wirken werde, Vorkommnisse, wie sie sich im Falle Fischer gezeigt haben, für die Zukunft hintanzuhalten. Bereits wurden hierüber Untersuchungen gepflogen und mit aller Beschleunigung die zur Abhilfe der Uebelstände geeigneten Vorschläge gemacht.

In der Diskussion der Interpellation betheiligten sich nur Juristen, wovon die Liberalen der Regierung unrecht, die Demokratischen aber ihr recht gaben.

Inzwischen hat die Regierung als neuen zweiten Staatsanwalt den Advokaten Dr. Schultze-Neuberg gewählt, der, wenn wir nicht irren, seiner politischen Gesinnung nach ebenfalls ein Liberaler wie sein Vorgänger Fuhr ist.

Bemerkt sei noch, daß Polizeihauptmann Fischer endgültig von seinem Amte entsetzt ist.

### Oesterreich.

Prag, 17. Januar. In der neuen fünften Kurie, die nach der Neuwahl im Abgeordnetenhause von Baden einzubringen die Wahlreform-Vorlage errichtet wird, sollen der „Marobni List“ zufolge sämmtliche Angehörigen der bisherigen Kurien das Wahlrecht erhalten. Wahlberechtig sind in der neuen Kurie alle, welche das 24. Lebensjahr erreicht haben, selbständig und unbescholten sind.

Die Zahl der neuen Abgeordneten soll 72 sein, wovon auf Böhmen 19, Galizien 15, Nieder-Oesterreich 9 entfallen; jede Provinz bekomme mindestens ein neues Mandat. —

— Der vierte Parteitag der bauerlich-radikalen Partei der galizischen Ruthenen fand Ende des vorigen Monats unter dem Vorsitze des bekannten Schriftstellers Ivan Franko und unter Theilnahme der drei radikalen Landtags-Abgeordneten Olanowski, Nowakowski und Olanowski in Lemberg statt. 30 Delegirte aus 24 Bezirken Ostgaliziens, außerdem zahlreiche Vertreter der Presse, Abgeordnete, und Delegirte aus Krakau und Wien waren anwesend. Eine neue Organisation wurde beschlossen und das Parteiprogramm einer Revision unterzogen. Der erste Satz des neuen Programms lautet nun:

„Die rutheno-ukrainische radikale Partei steht auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus, sie strebt die Verwirklichung seiner Forderungen in allen seinen Konsequenzen ebenso auf dem politischen wie ökonomischen und kulturellen Gebiete an und erklärt, daß die Durchföhung aller unserer sozialistischen Ideale nur bei der vollständigen Unabhängigkeit des rutheno-ukrainischen Volkes und bei dem unbedingten Rechte der Selbstverwaltung möglich ist.“ Der erste Satz des politischen Theiles des Programms enthält folgende Forderungen: Wir fordern das allgemeine, direkte, geheime und gleiche Wahlrecht mit der Abschaffung der Wahlkammern (Kurien) für alle Reichs-, Landes-, Bezirks- und Kommunal-Verordnungen. Unter dem Wahlrecht verstehen wir ebenso das aktive wie passive Wahlrecht. Dasselbe soll auch auf die Frauen ausgedehnt werden. Wir fordern die Abschaffung des Herrschafts. Vor Beendigung des Parteitages wurde beschlossen, Kondolenzgramme an die Wittwen des bekannten ukrainischen Schriftstellers und Agitators Tragomanow und des russischen Schriftstellers Stepiat abzusenden.

### Frankreich.

— Zum Fall Lebaudy. In der gestrigen Kammer-Sitzung wurden in den Wandelgängen die letzten Verhandlungen eingehend besprochen. Eine große Anzahl Abgeordneter zeigte sich sehr erregt über den Stillstand, den die Untersuchung zu erfahren scheint. Der Abgeordnete George Vaug erklärte, wenn dieser Stillstand fortbauern werde, so müsse er die Regierung über ihre Intervention und den einen bekannten Persönlichkeiten von ihr gewählten Stab interpelliren. — Der Untersuchungsrichter soll seine Arbeit wieder aufgenommen habe.

Der Journalist des Verriöres ist infolge der Entdeckung von Briefen verhaftet worden, in denen er Lebaudy droht, gewisse Vorkommnisse bei Pferderennen zu enthüllen. Er soll von Lebaudy in zwei Billionen 15000 Fr. erhalten haben. —

### Belgien.

— Die Spielbanken. Die Frage wegen Fortbestehens der öffentlichen Spielbanken hat eine merkwürdige Wendung genommen. Schon als der Abg. Verjone sein alle Hazardspiele mit einem Schläge beseitigendes Gesetz einbrachte, erklärte das Ministerium, das Spiel mühte nicht beseitigt, sondern unter Aufsicht gestellt werden. Der König selbst will im Interesse der Wadere die Spielbanken gestattet sehen, und alle höheren Kreise sind Anhänger des Spiels und Wetzens. Der Erneuerungsschub ist zu einem Auswege in dieser heiklen Frage gekommen. In Ostende und Spa soll unter Staatsaufsicht gespielt, auf den Rennplätzen unter staatlicher Kontrolle gemettet werden. Der gefamnte, dem Staate zustehende Gewinn soll gemeinnützigen Werken, insbesondere der Hilfskasse für die Invaliden der Arbeit zuzuföhren! Dadurch soll nicht nur der schlimme Einbruch der Ausrechterhaltung der Spielbanken abgeschwächt, sondern auch die bei der liberalen Partei mißliebige staatliche Unfallversicherung gesichert werden. Die aus den Spielgewinnen gefüllte Hilfskasse soll bei Arbeiter-Unfällen eintreten. Natürlich

werden, so schreibt der „Hamb. Correspond.“, dem wir diese Notiz entnehmen, die Sozialisten diese ganzen Pläne scharf bekämpfen, aber die liberale Mehrheit hat die Entscheidung in der Hand. —

### Italien.

Rom, 14. Januar. (Eigener Bericht.) Nachdem das italienische Parlament während des ganzen verfloffenen Jahres mit Ausnahme von zwei Monaten verlagert gewesen ist, weil der Ministerpräsident Crispi die Diskussion über seine Beziehungen zu der königlichen Bank und über seinen Ordenshücher verhindern wollte, hat jetzt durch Igl. Dekret eine abermalige Vertagung der Kammern stattgefunden, welche am 20. Januar wieder hätten zusammentreten sollen. Den Vorwand für diese neue Vertagung muß für die journalistischen Vorkämpfer des Ministeriums der Feldzug in Abyssinien abgeben; man giebt vor zu fürchten, daß die Opposition der Regierung bei den Vorlesungen, welche der Stand der Dinge auf dem Kriegsschauplatz erfordere, Schwierigkeiten bereiten und Widerstand leisten werde. Der Vorwand ist völlig haltlos. In Wirklichkeit hat die Opposition, obwohl sie nicht verlernen konnte, daß der Krieg von dem Ministerpräsidenten unadäquaterweise beaufschworen und dem die Niederlage bei Amba Alagi der Leichtfertigkeit der politischen und militärischen Oberleitung zu verdanken sei, keinen Augenblick gegodert, die zur Wiederherstellung des militärischen Gleichgewichts erforderlichen Gelder und Truppen zu bewilligen; sie hat ausdrücklich die Frage des Vertrauens zum Ministerium von der Frage der erforderlichen Bewilligungen getrennt. Der wirkliche Grund der abermaligen die Verfassung verletzenden Kammervertagung ist vielmehr darin zu suchen, daß das Ministerium Crispi mit der Kammer, selbst wenn diese unter der weitgehenden Einwirkung der Präfecten gewählt ist, überhaupt nicht regieren kann. In den wenigen Sitzungen, welche die Kammern zwischen Ende November und Weihnachten gehalten haben, hat das Ministerium trotz seiner Kammermehrheit so viele politische und moralische Niederlagen erlitten, daß es begreift, sich, wenn die Kammern beisammen sind, nicht lange mehr halten zu können. Deshalb und nicht wegen Affrikas hat die Vertagung des Parlaments stattgefunden; es soll, so lange der König noch seine Zustimmung giebt, wieder mit der Diktatur verjucht werden.

### Spanien.

— Martinez Campos. Nach einer Depesche aus Havannah hätten die Partei der konstitutionellen Union und die Reformisten telegraphisch um die Abberufung des Marschalls Martinez Campos gebeten; die Autonomisten wären dagegen für das Verbleiben des Marschalls. Der Ministerrath wird heute Abend zusammentreten, um über diese Frage zu berathen. Die Regierung erwartet eine Depesche des Marschalls Martinez Campos, welcher telegraphisch beauftragt worden ist, ob er geneigt wäre, in seiner militärischen Politik eine Veränderung einzutreten zu lassen. General Polavieja, der eventuelle Nachfolger des Marschalls Martinez Campos, ist gestern plötzlich von Sevilla nach Madrid abgereist. —

### Rußland.

— Kongress für technische Bildung. Das neue Jahr beginnt für Moskau mit einem neuen Kongress und zwar mit dem zweiten Kongress der für die technische Bildung thätigen Personen. Der Präsident des Kongresses Fürst Solzin eröffnete ihn in Gegenwart der Minister Deljanow und Schilow (die Minister Witte und Jermakow sandten begrüßende Zuschriften) mit einer Rede, in welcher er sagte, das Leben stelle unaußersäglich neue Aufgaben, für deren Lösung Kräfte erforderlich seien, welche sich auf Wissen stützen, die Beschaffung solcher Kräfte sei aber nur möglich durch Zusammenwirkung der Regierung mit der „Gesehschaft“. Nachdem ein Herr Rebolin in einer längeren Rede den Gedanken entwickelte, daß der Mangel einer allgemeinen Volksebildung das Haupthinderniß sei für die Verbreitung technischer Kenntnisse im Volke, und der Geheimrath Anopow Rechenschaft ablegte von der Thätigkeit der Regierung für die technische Bildung seit dem ersten im Jahre 1869 abgehaltenen Kongresse und der für diese Bildung thätigen Personen, wurde die erste Sitzung des Kongresses mit einer Rede des Ministers Deljanow geschlossen, in welcher er alle Anwesenden ersuchte, ihre Wünsche auf dem Kongresse aufrichtig auszusprechen und versprach, daß die Regierung bemüht sein werde, den ausgesprochenen Wünschen nachzukommen.

— Tolstoi über die Prügelftrafe. In der Frage der Abschaffung der körperlichen Züchtigung, die gegenwärtig in Rußland lebhaft erörtert wird, hat nun auch Graf Leo Tolstoi das Wort ergriffen. Sein mit der Ueberschrift „Schändlich!“ in der jüngsten Nummer der „Wisch. Wjed.“ erschienener Artikel gegen die körperliche Züchtigung hat im Lager der russischen Antikensfreunde eine wahre Bestürzung hervorgerufen. Tolstoi schreibt in dem Artikel:

In den zwanziger Jahren beschlossen die Offiziere des Semskow'schen Regiments, die Prüfte der damaligen Jugend, aus deren Mitte die späteren Dekabristen hervorgingen, in ihrem Regiment die Körperstrafe nicht anzuwenden, und ungeachtet der damaligen strengen Forderungen des Frontdienstes blieb das Regiment auch ohne Anwendung der Körperstrafe ein Musterregiment. Und fünfundsiebzig Jahre vergingen und die Entel dieser Männer sigen als Ständevorsteher in allen Dörfern des Reiches und beschließen ruhig darüber, ob dieser oder jener erwachsene Mensch, der häufig Familienpater, manchmal sogar Großvater ist, geprügelt werden und wie viel Rutensiebe er bekommen soll. Die Männer der zwanziger Jahre hielten die Körperstrafe für schimpflich und vermochten sie im Militärdienste, wo sie als notwendig galt, zu beseitigen; die Männer unserer Zeit wenden sie ruhig nicht gegen Soldaten, sondern gegen einen ganzen Stand des russischen Volkes an. Offenbar hat sich in der sogenannten höheren russischen Gesellschaft ein furchtbarer Umschwung vollzogen. Während die höheren Klassen so verrotten und sittlich herabklamen, daß sie Gesetze über Züchtigung schufen und diese Strafe ruhig anwenden, erfolgte im Bauernstande eine solche Hebung des geistigen und sittlichen Aineaus, daß die Anwendung der Körperstrafe diesem Stande nicht nur als eine physische, sondern auch als eine moralische Warte erscheint. Und die wenigen Menschen, die an der Spitze zu schreiten meinen, bitten nun ehrsüchtig und völlig ernst darum, daß erwachsene Russen weniger geschügt werden sollen, weil die Aerzte finden, daß es der Gesundheit nicht förderlich sei. Kann man aber so bitten? Zur Beseitigung dieser Abscheu erregenden Strafe, eines Uebelbelsels der Barbarei, kann man doch nicht politisch mit Hygiene, Schulbildung oder dem Manifeste anfangen! Um solche Dinge wird nicht ehrsüchtig gebeten. Solche Dinge müssen nur in ihrer ganzen Sphäre und Abscheulichkeit hingestellt werden. Und das muß geschehen, weil diese Dinge und alle Befinden, die wir in dem Staate leben, wo sie geschehen.

Tas diese Verrottung der oberen Gesellschaft nicht nur in Rußland zu tage tritt, beweisen die Bestrebungen auch in Deutschland, die Prügelftrafe wieder einzuföhren, denen z. B. anlässlich des Brauweiler Prozesses auch die „Nordd. Allg. Ztg.“ das Wort geredet hat. —

### Afrika.

— Beseitigung des Aschantikrieges. „Daily Chronicle“ meldet aus Eduank unter dem 15. d. M.: Neue Gelandte der Aschantis mit vollständiger Beglaubigungsschreiben sind von Kumassi in dem englischen Lager in Obafo ankommen. Die Gelandten erklärten die vollständige Unterwerfung der Aschantis und nahmen alle Bedingungen Englands an. Der Feldzug gegen die Aschantis hat somit sehr Gute erreicht.

Südafrikanisches. Die „Times“ meldet aus Kapstadt unter dem 15. d. M.: Sir H. Robinson telegraphierte an den Premierminister der Kapkolonie Sprigg, daß Jameson und die Offiziere als Gefangene nach England geschickt werden würden, daß aber die Mannschaften von Jameson's Streiktruppe, welche nicht in Südafrika anfassig sind, entlassen und per Schiff in ihre Heimatorte abgeführt werden würden. Das vorläufige Verhör der politischen Gefangenen beginnt in 14 Tagen.

## Parlamentarisches.

**Ans der Wahlprüfungs-Kommission.** In der letzten Session wurde die Wahl des Abg. Stroh (Hann.-Gelnhausen) beanstandet, einmal weil ein in letzter Stunde von den Konservativen verbreitetes Flugblatt an die ultramontanen Wähler, in der Stichwahl für Stroh zu stimmen, fälschlicherweise mit der Unterschrift: „Das Zentrumswahlkomitee“ versehen worden sei, und weil in einem Wahlbezirk (Eiserfeld) 7 Wähler unter ihrem Eide bestätigten wollten, daß sie für den sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme abgegeben, während nur vier sozialdemokratische Stimmzettel als abgegeben protokolliert wurden. Die hierüber beschlossene amtliche Erhebung ergab für letztere Behauptung kein Resultat, da die Zeugen von dem ihnen zustehenden Recht der Zeugnisverweigerung Gebrauch machten. Auch für die erste Protesterhebung erbrachte die amtliche Erhebung den Beweis nicht. Zwar hatte das Zentrums-Wahlkomitee die Antrufe weder verfaßt noch in Druck gegeben, aber es stellte sich heraus, daß ein Mitglied des Komitees, der katholische Pfarrer Krenhold in Groß-Anheim sein staatsreiterisches Gewissen dadurch beruhigen zu müssen glaubte, daß er an den Landrath v. Derges das Manuskript zur Drucklegung sandte und ihn aufforderte, soviel Exemplare herstellen zu lassen, als Antrufe der konservativen Partei gedruckt worden seien. Zur Bezahlung drängte ihn sein Eifer für Religion, Ordnung und Sitte nicht, denn bezahlt wurde das Flugblatt von den Konservativen. Die Wahlprüfungs-Kommission kam unter diesen Umständen zur Giltigkeitserklärung der betrittenen Wahl.

Auch die Wahl des Abg. Farrer Colbus (Erfasser) wurde mit Stimmenmehrheit für gültig erklärt. Zwar ergab die amtliche Erhebung fast durchgängig die volle Richtigkeit der Protestbehauptung: daß die Vertheiler der sozialdemokratischen Stimmzettel und Wahlaufsätze kurzerhand verhaftet, gefesselt, meilenweit wie Verbrecher transportirt und stunden- oder halbe Tage lang eingesperrt wurden. All' das geschah aber Rechts — der Distriktsbehörden in den wiedergewonnenen Bruderkändern. Das sozialdemokratische Wahlkomitee hatte in unbegreiflicher Sorglosigkeit ganz außer Acht gelassen, daß in den Reichsländern auch zu Wahlzeiten zur Verbreitung von Wahlaufsätzen, wenn sie nicht die Unterschrift des Kandidaten tragen und vorher bei der Staatsanwaltschaft deponirt worden sind, der Erlaubniß des Bezirkspräsidenten erforderlich ist. Alle diese Voraussetzungen fehlten, die Polizei war aber auf ihrem Posten, wie folgende Verfügung des Kreisdirectors von Saargemünd, Freiherrn v. Wogern, beweist:

Saargemünd, den 5. Juni 1895.

An die Gendarmereidirection des Kreises.

Das Gesetz gestattet die Antheilung von Wahlschriften zu ohne Genehmigung nur dann, wenn das betreffende Schriftstück von einem Kandidaten unterzeichnet ist. Personen, welche anders geartete Drucksätze verbreiten (z. B. unterzeichnet: „Das sozialdemokratische Wahlkomitee“) sind zu protokollieren und wenn sie außerhalb des Kreises wohnen, wegen Fluchtverdachts zu verhaften.

Der Kreisdirector.

Die Gendarmen verstanden natürlich diese Anweisung gleich dahin, alle sozialdemokratischen Flugblätter und Stimmzettel vertheiler, obgleich sie im Kreis wohnten und mit Militärangewiesenen legitimirt waren, schlankerhand zu verhaften, der Sicherheit halber gleich zu fesseln und in geschickter Weise zu transportiren. Und schließlich wurden die so Verhafteten später für ihre Sorglosigkeit und Nichtbeachtung der gesetzlichen Ausnahmestände auch noch mit Geldstrafen von 40 bezw. 100 M. event. 4 und 10 Tagen Gefängniß belegt. Zwar fand sogar ein konservatives Mitglied der Wahlprüfungs-Kommission diese Verhaftungen materiell ungerichtlich, und der Vorsitzende der Wahlprüfungs-Kommission die generelle Verhaftungsverfügung des Kreisdirectors gesetzlich für sehr dringlich, aber mit 5 gegen 3 Stimmen wurde die Erheblichkeit dieser Protestpunkte abgelehnt, ebenso ein zweiter Protestpunkt, daß in einem Wahlbezirk die Wahlhandlung erst nachmittags 3 Uhr beginnen konnte, weil der Wahlvorstand infolge Umlandverweigerung eines Fabrikanten an seine Angestellten und Arbeiter sich nicht konstituirten konnte. Dementprechend wurde mit Stimmenmehrheit die Giltigkeit der Wahl ausgesprochen.

In weiteren Sitzungen wurden gültig erklärt die Wahlen der Abg. Klipp-Nekow (4. Köslin), Pauli (S. Poisdam) und Bödel (Marburg).

**Die VII. Kommission (Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften)** lehnte am Freitag, den 17. d. M. die Verabreichung fort und beschloß sich mit dem Antrag Osann, der die Beschränkung, der die Konsumgenossenschaften unterworfen werden sollen (Verbot des Verkaufs an Nichtmitglieder) auf alle Konsumstellen, Offizier-, Beamtenvereine und ähnliche nicht unter das Genossenschaftsgesetz fallende Vereinigungen ausdehnt. Die Regierungsvertreter bekämpften diesen Antrag, ebenso der Abg. Dr. Schneider (freis. Volkspartei), der ihn für einen Eingriff in die Gewerbe-Ordnung erklärte. Wurm wies nach, wie gerade Offizier- und Beamtenvereine unbedingt diesen Beschränkungen unterworfen werden müßten, wenn nicht zuweilen Recht geschaffen werden solle: ein günstiges für Personen, die sich Vereine gründen können, welche die Rechte einer juristischen Person vom Landesherren verliehen erhalten, und ein ungünstiges für solche, die sich dem Genossenschaftsgesetz unterwerfen, weil sie jene Rechte nicht erlangen. Der Antrag wurde mit 12 gegen 2 Stimmen Schneider (fr. Sp.), Haller (dem. Volksp.), angenommen. Zum § 145a der Vorlage (Strafbestimmung für Verkauf der Mitglieder) liegt Antrag Rechner (Z.) vor, der zu Gunsten des gleichen Antrages Dr. Pöhl (Z.) zurückgezogen wird. Letzterer will die Befreiung ausdehnen auf denjenigen, welcher gewohnheitsmäßig oder gewerbmäßig Waaren, die er aus einem Konsumverein bezogen hat, an Nichtmitglieder gegen Entgelt abgibt. Wurm weist nach, daß dann jeder Arbeiter, der als Mitglied einer Konsumgenossenschaft seinem Logismieter eine Tasse Kaffee oder sonstige Nahrungsmittel aus dem Konsumverein liefert, bestraft würde, wobei noch die Gefahr entstehe, daß das elendeste Epigel und Denunziantenwesen am sich greifen könne. Auch jeder Kleinmeister, der seinen Gefellen Frühstück liefert, komme in Gefahr, falls er Konsumvereins-Waare benutze, und selbst der eigenen Kindern dürfen die Vereinsmitglieder nicht Waaren ablassen, falls die Kinder selbständig erwerbsfähig sind und die Waare den Eltern bezahlen. Von Seiten der Regierung werden diese Einwände als berechtigt zugegeben; der Abg. Buchs (Z.) erklärt, daß der Antrag den Zwischenhandel treffen solle, der von Botenfrauen oder anderen Personen, welche Mitglieder sind, betrieben werde. Der Antrag wird vom Antragsteller zurückgezogen, um ihn in anderer Form, welche den Einwänden Wurm's Rechnung trägt, wieder einzubringen. Nächste Sitzung Mittwoch Vormittag 11 Uhr.

## Der Vorfall im Pichorbräu vor Gericht.

Sekondelieutenant Scheffer des 1. Inf.-Reg. wurde am 15. d. M. vom 1. Militärtribunal wegen eines militärischen Vergehens, der Dienstpflichtverletzung als Wachthabender, zu 30 Tagen Stubenarrest verurtheilt.

Aus der Verhandlung haben wir nach Münchener Blättern folgendes hervor: Den Vorsitz führt Herr Generalleutnant und Stadtkommandant Freiherr v. Steinling, als Richter fungirten Stabsauditeur Ganz und Rittmeister Roier des 1. Trainbataillons. Die Anklage vertrat als Staatsanwalt Substitut Militärpraktikant Lukas, während als Verteidiger Herr Premierleutnant Eiß des 1. Infanterie-Regiments fungirte. Die Anklage stützte sich auf folgende vier Punkte: 1. Daß Sekondelieutenant Scheffer, ohne daß eine Veranlassung hierzu vorgelegen hatte, eine Patrouille, bestehend aus einem Unteroffizier und zwei Gemeinen, zum Pichorbräu absandte, 2. diese Patrouille entgegen den Vorschriften mit je einem Rahmen scharfer Patronen auszurüste, 3. es unterlassen hatte, diese Patrouille über ihre Aufgabe, ihren Zweck und den Waffengebrauch anzuinstruiren und 4. diese Patrouille dem Sergeanten Zech unterstellte, obwohl dieser in keinerlei dienstlicher Beziehung erschienen und demnach als Privatperson zu betrachten war. Das Gericht nahm sämtliche (vier) Anklagepunkte als erwiesen an. Zur Abwendung einer Patrouille sei absolut kein Grund vorhanden gewesen, da solche an Privatpersonen nur in Ausnahmefällen abgegeben werden dürfen. Ein solcher sei aber nicht gegeben gewesen und hätte es dem Angeklagten bei sorgfältiger Prüfung des Aufsehens des aufgeregten Sergeanten Zech nicht entgehen können, daß es diesem weniger um die Verhaftung des Soldaten Reuhaus zu thun war, als darum, für die ihm zu theil gewordene, allerdings ungerechtfertigte und lächerliche (!) Behandlung durch das Publikum Rache zu nehmen. Lieutenant Scheffer habe sich dadurch fahrlässiger Weise der Hülfeleistung dazu schuldig gemacht, welche zwar unter kein Strafgesetz falle, beim Strafmaß jedoch zu berücksichtigen gewesen sei. Die Abgabe von Patronen, die unterlassene Instruiren der Patrouille und die Stellung derselben unter den Befehl des Sergeanten Zech seien den elementarsten militärischen Grundsätzen zuwider. Für die Strafzumessung könne das zum theil berechnete, zum theil übertriebene Aufsehen, welches der geringsam bekante Vorfall hervorrief, ebenso wenig in betracht kommen, wie die Folgen, die etwa daraus entstehen könnten. Als strafschwerend wurde die ungenügende Kenntniß und die mehrfachen Zuwiderhandlungen gegen die Garnisonsvorschriften, der gänzliche Mangel an Ueberlegung und Umsicht, als strafmildernd dagegen die Straffreiheit und der Umstand, daß Scheffer, wenn auch irrtümlich, im guten Glauben handelte, daß die Patrouille zur Aufrechterhaltung des „militärischen Aufsehens“ nothwendig sei.

Lieutenant Scheffer gab an, er habe nach der Darstellung des Sergeanten Zech annehmen müssen, daß es, wie es leider nicht mehr ungewöhnlich sei, auf Verhöhnung, Verpötlung, ja auf einen thätlichen Angriff auf das Militär abgesehen sei. Er habe nicht sowohl die Person des Zech, als vielmehr die Armee (!) beleidigt gesehen. Deshalb habe er dem Zech eine Patrouille mitgegeben, die er aber selbstverständlich habe so bewaffnen müssen, daß sie im allerersten Fall mit dem schärfsten Nachdruck auftreten konnte. Dann habe er die Patrouille auch deswegen abgesendet, damit Zech noch einmal ins Lokal zurückkehren könne, um sich nicht des leicht möglichen Verdachtes der Freigebigkeit seitens des Publikums zeihen lassen zu müssen. Allerdings könne er nicht leugnen, daß er es unterlassen habe, den Unteroffizier von der Wache die Patrouille zu unterstellen. Daß ein Punschgelage am kritischen Abend auf der Hauptwache stattgefunden habe, sei unwar; er sei den ganzen Abend allein gewesen.

Der Zeuge Sergeant Sellmayer (2. Inf.-Reg.), der als erster Unteroffizier der Hauptwache kommandirt war, deponirte, wie Zech zu ihm gekommen sei und ihm erzählt habe, was im „Pichorbräu“ vorgegangen sei. Er habe dem Zech abgerathen, deshalb eine Patrouille zu verlangen. Als Zech jedoch den Vorfall dem Lieutenant Scheffer gemeldet hatte, befohl dieser, eine Patrouille auszusuchen und mit Patronen auszurüsten. Ehe die Patrouille abmarschirte, sagte der Zeuge zu dem der Patrouille beigegebenen Unteroffizier Gallenstein (2. Inf.-Reg.): „Sei vernünftig, wenn Ihr angegriffen werdet, laß' werst aufpflanzen, damit nicht ein Saussall herauskommt!“ worauf dieser erwiderte: „Verlaß' Dich nur auf mich, es fehlt sich nichts!“ Dieser Zeuge, sowie der Unteroffizier Gallenstein und der Sergeant Zech behaupten übereinstimmend, daß Lieutenant Scheffer zu Sergeant Zech gesagt hat: „Zech, Sie nehmen die Leute und Sie, Gallenstein, geben auch mit!“ woraus sie geschlossen haben, daß die Patrouille der Führung des Sergeanten Zech unterstellt sei.

Nach geschlossener Beweisaufnahme begründete der Staatsanwalts-Vertreter, Militärpraktikant Lukas die Anklage und beantragte die Verurtheilung des Angeklagten zu 30 Tagen Stubenarrest.

Der Verteidiger, Premierleutnant Eiß, konnte den objektiven Thatbestand der Anklage nicht in Abrede stellen und suchte dafür in subjektiver Beziehung eine Reihe von Entschuldigungsgründen für den Angeklagten vorzuführen, wobei er auch weidlich über das „pöbelhafte“ Verhalten der „erschrecklichen“ Gäste im Pichorbräu, über die „tendenziöse Aufschauung“ des Vorfalles in der Presse, über die „systematische Verbeugung“ des Publikums und über die künstlich gemachte „feindselige Stimmung gegen das Militär“ loszog. Der Angeklagte habe in gutem Glauben gehandelt und beantrage er deshalb Freisprechung, eventuell das Strafminimum von 14 Tagen Stubenarrest.

Nach kurzer Beratung verurtheilte das Gericht das bereits mitgetheilte Urtheil, welches auf 30 Tage Stubenarrest lautete. Lieutenant Scheffer erklärte, sich dem gefällten Urtheile unterwerfen zu wollen, vor aber um Strafausschub bis nach Beendigung der Rekrutenverstellung, da er der einzige Rekrutenoffizier der Kompagnie sei.

## Partei-Nachrichten.

**Der Kampf gegen die sächsische Reaktion.** Im 10., 14. und 15. sächsischen Reichstags-Wahlkreis hält im Laufe dieser Woche Genosse Ado aus Leipzig Protestversammlungen ab und zwar in Döbeln, Marbach, Geringswalde, Harttha und Waldheim.

**Von der Agitation.** In Oranienburg hielt kürzlich Genosse Kohrlack aus Berlin in einer Volksversammlung einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über das Thema: Der Druck der besitzenden Klassen auf die Lebenshaltung der Arbeiter.

**Der Rechenschaftsbericht des rheinischen Agitationskomitees** über seine Thätigkeit im Jahre 1895, der ein sehr lebendiges Bild der Bewegung in den Rheinländern giebt, enthält folgende Angaben über die Kassenverhältnisse: Einnahme 3896,74 M., Ausgabe 3694,98 M., Kassenbestand am 10. Januar 1896: 201,76 M.

## Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Wegen Beleidigung der Einbürgerter Polizei standen am Donnerstag die Redakteure Zbiel und Ottawa vom „Volksblatt für Harburg“ vor dem dortigen Gericht. Der Staatsanwalt beantragte gegen Zbiel 3 Monate, gegen Ottawa 4 Wochen Gefängniß. Das Urtheil lautete gegen Zbiel auf 3 Wochen Gefängniß, gegen Ottawa auf 100 M. Geldstrafe.

In der Berufungsinstanz wurden die Genossen Stegmann, Schaaf und Klug vom Landgericht I. in Altona freigesprochen, durch die Verbreitung eines Flugblattes zum 2. September sich gegen das Preßgesetz vergangen zu haben.

Wegen einer Privatbeleidigung war der Redakteur des „Volksblatts für Hesse“, Genosse John, vom Schöffengericht zu einer Woche Gefängniß verurtheilt worden; die eingelagerte Berufung mußte ihm nicht, da das Landgericht sich dem Urtheil der Vorinstanz anschloß.

Wegen Beleidigung des Breslauer Polizeipräsidenten wurden in Stettin der Redakteur des „Volksboten“, Genosse Ohl, zu 30 M. und der Parteitag-Delegirte Steinweg zu 15 M. Geldstrafe verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte gegen Ohl 14 Tage Gefängniß, gegen Steinweg 150 M. Geldstrafe beantragt. Die Beleidigung wird gefunden in einem Artikel des „Volksboten“ und in dem Bericht, den Steinweg in einer Stettiner Versammlung über den Breslauer Parteitag und das Verhalten der Breslauer Polizei zu diesem gegeben hatte.

In einem Preßprozeß gegen den Herausgeber der „Wiener Arbeiterzeitung“, Dr. Victor Adler, und den verantwortlichen Redakteur desselben Blattes, Ludwig Breitschneider, sprachen die Wiener Geschworenen die beiden Angeklagten am 16. d. M. frei.

## Gewerkschaftliches.

An die Holzarbeiter Vertikus und Umgegen. Kollegen, seit Jahren haben die Unternehmer die schlechte Geschäftslage dazu benutzt, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufs äußerste herabzudrücken, so daß wir ununterbrochen einen beständigen Kampf gegen dieses rücksichtslose Treiben führen müßten. Da die Organisation leider noch zu schwach ist, konnte ein größerer Widerstand nicht geleistet werden. Es ist geradezu beschämend für eine solche große Gewerkschaft, wie die unsere es ist, daß wir nicht fortgesetzt in der Lage sind, günstige Momente sofort für uns auszunutzen. Kollegen! Das muß jetzt anders werden; wir müssen uns zu gemeinsamem Handeln fest zusammenschließen und müssen versuchen, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erreichen. Wenn die Unternehmer in ihrem Konkurrenzkauf keine Rücksicht auf ihre Arbeiter nehmen, dann liegt es an uns, dafür zu sorgen, daß man mit uns menschlich verfährt, daß nicht Löhne gezahlt werden, die den Arbeiter zwingen, neben seiner schweren Arbeit zu hungern. Kollegen! Seid Ihr gewillt, für Eure Interessen selbst einzutreten, dann kommt in die öffentlichen Versammlungen, die am Sonntag, Montag und Dienstag abgehalten werden. (Siehe Säulenanschlag und Annonce.) Dort wollen wir zusammen berathen, was sich augenblicklich für die Verbesserung unserer Lage thun läßt. Daß etwas geschehen muß, darüber sind wir uns wohl alle einig; nur wie wir vorgehen die Sache zu behandeln haben, darüber müssen wir uns verständigen. Deshalb möge jeder Kollege recht rege dafür agitiren, daß hauptsächlich die bisher indifferenten Kollegen zur Versammlung kommen.

Gelingt es, die große Zahl der Kollegen für unsere Sache zu interessieren, dann muß die Bewegung zum Vortheil anschlagen. Also Kollegen! Zeigt, daß Ihr gewillt seid, für bessere Zustände, für Eure eigenen Interessen selber mit zu sorgen und vereinigt Euch in fester Organisation! Der Vertrauensmann: E. Wiedemann.

Der Streik der Former und Gießer bei der Firma Weis u. Peters in Berlin, Gitschinerstr. 79, dauert unverändert fort. Der Vorstand des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

## Gerichts-Beitrag.

Eine große konservative Staatsbehörde, der bislang in den 14. Werkstätten zu Spandau beschäftigt gewesen Mechaniker Blüchtm wurde am Donnerstag vom Spandauer Schöffengericht wegen der Veruntreuungen, die er gegenüber seinen Arbeitskollegen beim gemeinsamen Einkauf von Kohlen verübt hatte, zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt. Er hatte im ganzen 587 M. 41 Pf. unterschlagen. Er gab an, er sei zu dieser That deswegen veranlaßt worden, weil er durch die großen Kosten seiner Agitation für den Abgeordneten Schall in Seiner Verlegenheit gerathen war. Es läßt sich annehmen, daß diese Angabe der Wahrheit entspricht. Denn früher befand sich Herr Blüchtm in ganz geordneten Verhältnissen; er soll lediglich dadurch ruinirt worden sein, daß ihn die Konservativen als Mittel für ihre Zwecke benutzten, ohne ihn entsprechend zu entschädigen. Als er ausgenutzt war, ließen sie ihn in Stich. Erwähnt sei, daß Blüchtm durch seine Agitation oft längere Zeit von der Arbeit in den königlichen Fabriken fern gehalten wurde. Der Verurtheilte war ebenfalls auch Stadtverordneter in Spandau.

## Depeschen und letzte Nachrichten.

Berlin, 17. Januar. (W. Z. B.) Der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister der Hansestädte, Dr. Krüger, ist heute Nachmittag infolge einer Magenblutung hier gestorben.

Bremervaden, 17. Januar. (W. Z. B.) Der englische Dampfer „Drumwizer“ von New-Orleans kommend und die deutsche Bark „Adwo“, letztere auf der Fahrt nach Harburg stehend, gesteuert in der Nordsee zusammen. Die Bark sank. Die ganze Besatzung derselben wurde von dem Dampfer aufgenommen und hier gelandet.

Noburg, 17. Januar. (W. Z. B.) Der Herzog hat alle Personen annehmen, welche wegen Uebertretung oder Vergehens zu einer Freiheitsstrafe bis zu sechs Wochen oder einer Geldstrafe bis zu 150 M. verurtheilt sind, soweit das Urtheil noch nicht vollstreckt ist. Gleichzeitig ist eine Aussetzung der Strafverfolgung angeordnet für diejenigen Verurtheilten, für welche bei längerer guter Führung eine Begnadigung in Aussicht genommen werden kann.

München, 17. Januar. (W. Z. B.) Im Finanzausschuß der Abgeordnetenversammlung theilte heute vor Eintritt in die Tagesordnung der Justizminister von Leonrod mit, daß der Prinzregent aus Anlaß des 25. Jahrestages der Errichtung des Deutschen Reiches einen Gnadenakt erlassen habe. Derselbe erlirte sich auf alle sechs Wochen nicht überreichenden Freiheitsstrafen wegen Uebertretungen und alle Geldstrafen bis zur Höhe von 100 M. Außerdem wird den im Fiskusmäßler Prozesse Verurtheilten die Strafe erlassen, zwei ausgenommen.

Karlsruhe, 17. Januar. (W. Z. B.) (Medung des „Reiterischen Bureau“.) Chamberlain beantragte Sir Perentes Robinson, er möge dem Präsidenten des Crauje-Freistaates für den Beschluß des Volksraths in Stormonten vom 13. d. M. danken und ihm versichern, daß schon wirksame Schritte unternommen seien, um eine Wiederholung des letzten bedauerlichen Vorfalls unmöglich zu machen.

London, 17. Januar. (W. Z. B.) Wie zuverlässig verlautet, ist ein Abkommen behufs Beendigung des Schiffbauvertrages erzielt worden. Dasselbe wird nunmehr von den Vertretern der Arbeiter der Arbeiterschaft vorgelegt und dürfte ohne besondere Abstimung angenommen werden; in diesem Falle ist die Wiederaufnahme der Arbeit am Montag zu erwarten.

# 1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 15.

Donnerabend, den 18. Januar 1896.

13. Jahrg.

## Reichstag.

18. Sitzung vom 17. Januar 1896. 1 Uhr.

Am Bundesratsstische; von Marschall.  
Die Beratung des Antrages des Grafen Kanitz wegen Erzielung einer Befestigung der Getreidepreise auf mittlerer Höhe für die Dauer der bestehenden Handelsverträge wird fortgesetzt.

Abg. Fürst Radziwiłł (Pole): Wir leben auch meist in landwirtschaftlichen Provinzen, haben also gewiss ein Interesse an der Landwirtschaft und an der Stabilisierung. Die Aussicht, die der Antrag eröffnet, wirkt wie ein Trunk frischen Wassers auf einen Verschmachtenden, indessen können wir das zur Abhilfe der Noth der Landwirtschaft vorgeschlagene Mittel nicht als praktisch realisierbar anerkennen. Der Antragsteller ladet uns ein, auf eine Brücke zu treten, welche uns auf eine wirtschaftlich isolirte Insel führen soll, indem uns versprochen wird, daß der Staat die Sorge übernehmen soll, nicht mehr auf Grund allgemeiner wirtschaftlicher Verhältnisse des Weltmarktes, sondern in sich selbst die Produktion und Konsumtion auszugleichen. Wir vermögen die Ausführungen des Staatssekretärs, die er gestern mit so großer Sachlichkeit und Autorität vorgebracht hat, nur zu billigen. Die Annahme des Antrages würde höchst bedenklich und verhängnißvoll sein. Mit Monopolen haben wir bereits sehr trübe Erfahrungen gemacht seit der Gründung des Deutschen Reiches. Zuerst kam das Monopol der vaterländischen Geringwaren, unter dem man die einzelnen Bevölkerungsklassen gegen einander zu verheben suchte; noch heute leiden wir unter der Fährlichkeit dieser Zustände. Dann folgte das Monopol der Staatsomnipotenz, vermittelst dessen der Staat das Recht für sich in Anspruch nahm, als höchste Autorität in Glaubens- und Gewissenssachen abzuurtheilen. Mit dem Getreidemonopol könnte es uns Polen ähnlich gehen wie im vorigen Jahre mit der beabsichtigten Gründung der neuen Generalkommission, wobei wir von den Segnungen der Heilungsbildung ausgeschlossen werden sollten. Wir stehen am Vorabend des Jubiläums der Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches. Ich hoffe, daß wir uns die Hand zur Vertheidigung reichen werden, damit auch gegenüber der Staat diejenigen Aufgaben erfüllt, die für ihn erspriehlich sind. Lassen Sie uns den Grundsatz stabilisieren, daß der Staat nicht Partei sei in dem Kampfe der Interessen, sondern daß er über den Parteien stehe.

Abg. v. Bennigsen (natl.): Es ist einigermaßen schwierig, zu dieser Zeit Jahr und Tag den Reichstag beschäftigenden Frage wesentlich neues herbeizubringen. Meine politischen Freunde stimmen mit ganz vereinzelten Ausnahmen geschlossen gegen den Antrag. Ich werde deren Stellung sinu ira et studio und ohne verlebende Andeutungen gegen Mitglieder des Hauses oder ganze Parteien darlegen, weil ich begreife, von welcher schweren Sorge in einem Theil unseres Vaterlandes die Landwirthe erfüllt sind über den außerordentlichen Niedergang der Getreidepreise, der nun schon seit zwei Jahren andauert, und weil nach den Erklärungen des Zentrumsredners kein Zweifel darüber besteht, daß der Antrag auch in seiner vorerwähnten Gestalt mit sehr großer Mehrheit abgelehnt und damit, wie ich hoffe, sein Schicksal besiegelt werden wird. (Widerspruch rechts.) Der Antrag trägt jetzt rund 100 Unterschriften. Gegen den Grafen Galen haben sich die Antragsteller auf rheinische Bauern berufen, aber nicht ein Mitglied aus dem Rheinlande steht darunter. (Rufe rechts: Hehl!) Ich sprach von der Rheinprovinz, aus Weisbaden sehe ich nur ein Mitglied darunter, das schon den früheren Antrag unterzeichnet hatte. Nur vereinzelte haben Mitglieder aus dem Westen und aus Süddeutschland den Antrag unterzeichnet. Das ist doch eine einigermaßen bemerkenswerthe Erscheinung, daß der Antrag seine Unterstützung wesentlich bei den Abgeordneten aus dem östlichen und nordöstlichen Theil unseres Vaterlandes findet. Die Landwirtschaft hat im Westen eine jüngere Kultur und ist infolge der Industrie dort noch nicht zu der Entwicklung gekommen, wie in den anderen Landestheilen, und daher wird in diesen die Nothlage infolge des außerordentlichen Niederganges der Körnerpreise härter empfunden und ist viel weiter vorgeschritten. Das ist die werbende Kraft des Antrages im Reichstage.

Der Antrag ist jetzt davon abhängig gemacht, daß die Durchführung desselben nicht im Widerspruch mit den Handelsverträgen oder nur durch Vereinbarungen mit den Vertragsstaaten erfolgen soll. Der Staatssekretär v. Marschall hat eingehend ausgeführt, daß die Handelsverträge nicht nur nach ihrem Wortlaut, sondern auch nach ihrem Inhalt mit dem Antrag im Widerspruch stehen. Er hat ferner ausgeführt, daß der Antrag in der That, wie er gefaßt ist, nicht ausführbar erscheint, daß er ganz andere wirtschaftliche Wirkungen haben wird als man erwartet, daß er gefährliche politische und sozialpolitische Folgen haben wird. Nach den schwerwiegenden Bedenken und Argumenten, die wir gestern nicht zum ersten Male von Herrn von Marschall mit dieser Schärfe und Bestimmtheit gehört haben, hat es mich gerührt, daß der Herr Graf Schwerin auf die Frage, ob sich der Antrag mit den Handelsverträgen vereinbaren lasse, gar nicht eingegangen ist. Auch mit der Frage der Durchführbarkeit hat er sich gar nicht beschäftigt, obgleich dies die Hauptfrage ist. Aus dem stenographischen Bericht der Reichstags-Kommission ist ersichtlich, daß dort diese Frage sehr eingehend behandelt worden ist und man erhält den Eindruck, daß der Graf Kanitz vollkommen von der Schwierigkeit der Durchführbarkeit überzeugt worden ist. Er hat zwei Wege angegeben. Das Reich soll die Lieferung des Getreides ausschreiben, der Privathandel soll es also beschaffen oder aber der Privatmann soll nach wie vor von dem Auslande kaufen und an der Grenze den Zoll und den Zuschlag bezahlen und dann mit diesem Getreide handeln. Der Antrag aber enthält ganz etwas anderes als Graf Kanitz hiermit vorgeschlagen. Nach dem Antrage verlangen wir von der Regierung ein Gesetz, nach welchem der Ein- und Verkauf ausschließlich für Rechnung des Reiches erfolgt. Im ersten Fall wird das Getreide von Privatleuten gekauft, die es im Auslande aufgekauft haben und die Regierung hat nur dafür zu sorgen, daß es in Deutschland nachher untergebracht wird. Ganz abgesehen von allen anderen Schwierigkeiten, wie Schätzung des Bedarfs, Vertheilung des Getreides, so ist jedem, der auch nur einigermaßen mit den Geschäften bekannt ist, klar, daß infolge des Ausschreibens irgend ein Handel von Getreide sich gar nicht entwickeln kann, denn wer wird die Vorbereitungen und das Risiko übernehmen, wenn er nur einen einzigen Käufer in Deutschland hat? Was den zweiten Weg anlangt, so kann allerdings der Handel zunächst vollkommen in Thätigkeit treten. Nehmen wir einmal an, daß mehr Vorräthe heringebracht sind als wir brauchen, daß die Ernte eine große ist, was wird dann? Dann muß eine Katastrophe der Preise im Innern eintreten, gegen welche Graf Kanitz gar nichts anrichten kann. Der Staat

hat allerdings den Zoll und den Zuschlag in der Tasche. Der Vortheil des Reiches wird dann gehen auf Kosten der Konsumenten, Händler und Produzenten. So wie der Graf Kanitz früher vorgeschlagen hat, können wir seinen Antrag nicht durchführen. Ueber die Unausführbarkeit desselben dem Auslande gegenüber braucht man kaum ein Wort zu verlieren. Die Ausführungen des Staatssekretärs waren in dieser Beziehung sehr überzeugend, der Artikel III der Verträge giebt dem Auslande die Sicherheit, daß das Getreide gegen Zahlung des Zolles eingeführt werden kann, daß es dann in Deutschland dem inländischen Getreide gleich erachtet werden soll. Wenn eine innere Steuer oder ein Zuschlag eingeführt wird für einen Artikel, so kann das ausländische Produkt ebenfalls mit einem Zuschlag belegt werden, aber das Inland und das Ausland muß vollständig gleich behandelt werden. Nach dem Antrage des Grafen Kanitz zahlt aber der inländische Produzent keinen Zuschlag, sondern er bekommt einen höheren Preis, an dem der ausländische Produzent gar nicht theilnehmen kann. Also es wäre ein direkter Bruch der Handelsverträge. Wie soll man denn die Verträge ändern? Rußland ist darauf angewiesen, einen großen Theil seines Getreides in Deutschland abzusetzen. Wie wollen Sie ihm gegenüber Konzessionen machen, um diese Abänderungen durchzusetzen? Das wäre ein Beginnen, welches man keiner deutschen Regierung zumuthen kann. Ich glaube wirklich, wenn Sie daran gedacht haben, daß man das von anderen Mächten erreichen könnte, so hat man vielleicht an politische Konzessionen gedacht. Man mag die Konzessionen konstruieren, wie man will, immer wird eine Konzession, die für Rußland vorteilhaft ist, bedenklich sein für Rumänien oder für Oesterreich. Also hat der Antrag Kanitz in seinen Voraussetzungen gar keinen festen Boden unter den Füßen.

Wenn das, was hier verlangt wird von dem größten Gewerbe Deutschlands, von anderen Gewerben auch verlangt wird, die Feststellung eines festen Preises, was soll dann geschehen? Die kapitalträchtige, mit Maschinen arbeitende Großindustrie macht eine mächtige Konkurrenz dem Handwerk. Was wollen Sie antworten, wenn das Handwerk auch solche gesicherten Preise verlangt? Unsere Mädelerei, unsere Schiffahrt hat immer große Klagen erhoben über die Konkurrenz der großen Dampfer; wie will man den kleinen Schiffen normale Preise sichern. Die Eisenindustrie hat auch seit länger als zwei Jahren mit dem Niedergang der Preise zu kämpfen gehabt, aber einen solchen Anspruch, wie er im Antrag Kanitz enthalten ist, hat sie niemals erhoben. Unsere sämmtlichen deutschen Arbeiter zusammen genommen bilden eine Klasse, die der Landwirtschaft vollkommen gleichberechtigt ist. Sowie eine Handelskrisis, eine Ueberproduktion eintritt, Erscheinungen, die nach gewissen wirtschaftlichen Gesetzen beinahe regelmäßig eintreten, erhalten die Arbeiter niedrige Löhne oder werden arbeitslos. Wenn die Arbeiter für alle Zeit und unter allen Umständen einen auskömmlichen Lohn verlangen, von dem sie mit ihrer Familie existieren können, was soll dann werden? Es muß dann dafür gesorgt werden, daß regelmäßige Beschäftigung vorhanden ist, es muß dann das Recht auf Arbeit geschaffen werden. Ohne eine eingreifende Organisation des ganzen Standes von oben nach unten herunter ist das Recht auf Arbeit garnicht durchzuführen. Damit kommen wir direkt in die sozialdemokratische Organisation hinein. (Sehr richtig! links.) Wenn die Sozialdemokraten für den Antrag nicht stimmen, so liegt das nicht daran, daß sie Schwierigkeiten bereiten wollen; sie können für den Antrag nicht stimmen, weil dadurch die Arbeiterinteressen geschädigt werden. Der Antrag ist wirtschaftlich undurchführbar und in seinen Konsequenzen politisch gefährlich. Ich verweise auf die Beschlüsse des Staatsraths vom März vorigen Jahres, wo dies in der präzisesten Weise ausgeführt ist.

Wenn eine Versammlung, wie der preussische Staatsrath, in dem die angesehensten und sachverständigsten Männer gerade aus dem Gebiete der Landwirtschaft vertreten waren, so urtheilt mit allen gegen vier Stimmen, also mit einer großen Mehrheit, da sage ich, da sollen wir es uns sehr überlegen, ehe wir uns auf eine solche Sache weiter einlassen. Es ist gestern ausgeführt worden, daß der Antrag nicht besonders sei, daß er sich nicht unterscheide von den Schutzzöllen. Wenn das wahr wäre, dann könnte man die Schutzzölle präzisieren daraufhin, ob sie auch bedenklich sind. Ueber der Unterschied ist ein gewaltiger, denn durch den Antrag Kanitz wird der innere Verkehr ausländischer Waaren unter Kontrolle gestellt. Wenn wir die Landwirtschaft nicht schützen gegenüber den billiger produzierenden Ländern, dann kommt die Landwirtschaft in eine immer bedenklichere Position.

England schützt seine Landwirtschaft nicht, während die übrigen europäischen Staaten landwirtschaftliche Zölle haben. In welcher furchtbaren Lage die englische Landwirtschaft sich befindet, weiß jedermann. Der Anbau von Getreide wird dort immer unlohnender. Das ist so bedenklich hervorgetreten, daß man in Arbeiterkreisen in England zweifelhaft geworden ist, ob auf die Dauer dieser Niedrigung der Preise nicht für die Arbeiter. Kommt einmal eine Handelskrisis, eine industrielle Krise und die Leute werden auf die Straße gesetzt, so finden sie auch in der Landwirtschaft keine Beschäftigung mehr. Wir haben augenblicklich infolge des Vertrages mit Oesterreich einen niedrigeren Getreidezoll als früher, 35 statt 50 M. Ich erinnere mich sehr wohl, als der Vertrag mit Oesterreich verhandelt wurde, stimmte Herr von Manteuffel und ein Theil seiner Freunde für den Vertrag, obwohl man genau wußte, daß der Vertrag mit Rußland folgen würde. Die Erwägung war damals maßgebend, daß man enorm hohe Getreidepreise hatte, so daß Graf Kanitz damals anregte, ob nicht eine Suspendierung der Getreidezölle notwendig sei. (Widerspruch rechts.) Da lag der Gedanke nahe, daß Suspendierung und Zollermäßigung einigermaßen gleichbedeutend seien, zumal der Zoll von 55 M. noch viel höher war als sonst jemals früher. Man wollte diesen für die Zeit der Handelsverträge festlegen. Ich weiß keinen Industriellen, welcher einen Schutz Zoll in dieser Höhe genießt; der Schutz Zoll beträgt bei Roggen mehr als ein Drittel, bei Weizen beinahe ein Drittel des Preises im Inlande. Eine solche Ermäßigung der Preise, wie sie eingetreten ist, hat niemand vorher wissen können. (Zuruf des Abg. v. Kardorff: Ich habe vorher gesagt!) Es kann aber auch einmal wieder die entgegengesetzte Entwicklung kommen. Für diese wechselnden Konjunkturen müssen wir Maßregeln finden; sie beschäftigen uns aber jetzt nicht, sondern werden erst nach Ablauf der Handelsverträge aktuell. Auf diesen Antrag sind die Hoffnungen der Landwirtschaft gerichtet, er soll ihnen Hilfe bringen, und zwar ohne ihr Zutun. Für diesen Antrag wird agitirt in einer Weise, die mich veranlaßt hat, sie zu mißbilligen wegen der dabei vor-

genommenen Exzesse. Es ist begreiflich, daß die Landwirtschaft, die in Verbände und in Versammlungen zusammengefaßt ist, jetzt mit großer Energie und Kraft eintritt, daß von der Gesetzgebung und Verwaltung ihre besonderen Interessen gefördert werden. Diese Interessen verdienen auch die gleiche Berücksichtigung wie die anderen Interessen, aber die Agitation hat einen so bedrohlichen Charakter angenommen, daß es bedenklich ist, in dieser Weise fortzuführen. Man will womöglich die landwirtschaftlichen produktiven Stände aufsetzen gegen die anderen Stände. Die anderen Berufsstände werden in der heftigsten Weise angegriffen, sobald sie nicht für den Antrag Kanitz eintreten. Wohin soll das führen?

Sehen Sie doch einmal die Herren dort (auf die Sozialdemokraten weisend) an. (Heiterkeit.) Sie erscheinen in immer größerer Zahl. Ich glaube, man will von dem Zukunftsstaat gar nicht mehr viel hören, man stellt sich als Reformpartei dar, wenn man auch die revolutionäre Tendenz nicht verbirgt. Aus solchen Agitationen und aus der Uneinigkeit der bürgerlichen Klassen zieht sie ihre Nahrung. Sie ist der tertius gaudens (der Dritte, der sich freut) und wird schließlich der lachende Erbe sein, wenn es mit der Uneinigkeit in den bürgerlichen Klassen so weiter geht. (Sehr richtig! links.) Da sollen wir endlich uns doch überzeugen, schwer genug wird es uns, den alten Parteien, daß es nothwendig ist, sich zu vereinigen mit der Regierung zur Abwehr der sozialdemokratischen, revolutionären Bewegung. Wenn die Interessengegenstände in dieser Weise ausgedehnt werden, dann wird es unmöglich sein, Widerstand zu leisten. Wir haben alle die Pflicht gegenüber dem Andringen der revolutionären Mächte, uns zusammenzuschließen. Nachdem der Reichstag mit großer Mehrheit im vorigen Frühjahr den Antrag abgelehnt und auch die preussische Regierung sich wiederholt gegen ihn ausgesprochen hat, appellire ich an den Patriotismus der Herren, daß sie von weiteren Agitationen absehen, da sie sich doch überzeugen müssen, daß ihr Antrag nicht durchführbar ist, daß er die Unzufriedenheit weiter fördert und die Landwirtschaft von dem Wege der Selbsthilfe ablenkt.

Die Aussichten für die Landwirtschaft sind keineswegs so verzweifelte, wie es vielfach in den Agitationen dargestellt wird. Was insbesondere meine Heimathesprovinz Hannover betrifft, so hat im vorigen Jahre, als die wegen der Agitation für den Antrag Kanitz noch sehr hoch gingen, der Zentralausschuß der landwirtschaftlichen Vereine über die Lage der Landwirtschaft in Hannover Untersuchungen angefertigt und einstimmig erklärt: in der Provinz Hannover giebt es keinen Nothstand der Landwirtschaft; und so ist es in der That noch heute. Der Körnerbau ist für die Landwirtschaft nicht allein entscheidend. Auf bestem Boden überwiegt die Viehzucht, und diesen Gegenden ist der niedrige Körnerpreis sogar von Nutzen. Dort hat auch der Antrag Kanitz keine Propaganda machen können. Sie dürfen auch nicht vergessen, daß die Lebenshaltung der Bauern gegen früher sich erheblich verbessert hat. Die sogenannten Mittel sind nicht zu unterschätzen. Dazu gehören: Unterstützung und Förderung des Realcredits, der Meliorationen und der Bildung von Genossenschaften. In dieser Beziehung kann die Regierung sehr viel thun, und dazu hat sie sich auch bereit erklärt. Wenn so Berufsgenossen und Regierung zusammenwirken, ist Aussicht auf Besserung der Lage der Landwirtschaft vorhanden. Und wer will es für unmöglich halten, daß mit der Zeit auch wieder bessere Körnerpreise kommen? Die übrigen produktiven Stände, Industrie und Handel werden gewiß gern bereit sein, für die Landwirtschaft alles zu thun, was in ihren finanziellen Kräften steht, aber man muß sich hüten, die Interessen der Landwirtschaft gegen die Interessen der anderen Stände anzuspüren. Die Nothlage der Landwirtschaft würde eine viel größere sein, wenn der Zinsfuß nicht um 1 bis 2 Prozent gegen früher gesunken wäre infolge der außerordentlichen Entwicklung des Wohlstandes und der außerordentlichen Kapitalansammlung in Deutschland. Ich behaupte, daß auch in der Landwirtschaft ganz bedeutende Vermögen angesammelt sind. (Zustimmung links.) Einen Maßstab hierfür geben die letzten Einkommensteuer-Einsparungen im Königreich Sachsen. Sie beweisen eine außerordentliche Höhe des Handels, der Industrie und einer rationell entwickelten Landwirtschaft. Nicht allein der große Grundbesitz, auch der mittlere und kleine ist dort vorwärts gekommen. Die konservativen Jäger und Agrarier und Vertreter des Antrages Kanitz mögen es sich sagen lassen: wo Hilfe Noth thut, sind auch wir bereit zu helfen, aber wir verlangen von ihnen, daß sie sich endlich auf einen Weg begeben, auf welchem eine Hilfe erreicht werden kann, daß sie mit uns zusammen, mit den verbündeten Regierungen und den Regierungen der Einzelstaaten alle diejenigen Mittel und Wege suchen, die zusammengefaßt nach und nach für die Landwirtschaft eine Besserung herbeiführen. Möchten an dem Tage der 25. Wiederkehr des Tages, an welchem das deutsche Reich wieder aufgerichtet wurde, die bestehenden Klassen so zu sagen das Kriegsbild begraben und alle Gegensätze ausgleichen, um trotz wirtschaftlicher und politischer Meinungsverschiedenheiten mit den Regierungen einen Zustand herbeizuführen, welcher auch der Landwirtschaft erspriehlich ist. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Präsident v. Buol: Mit Ihrer Genehmigung gebe ich das Wort zu einer geschäftlichen Mittheilung dem Herrn Reichskanzler.

Reichskanzler Fürst zu Hohenhausen: Meine Herren! Im Namen des Kaisers lege ich hiermit dem Reichstag den Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuchs zur verfassungsmäßigen Beschlussnahme vor. Dem Entwurfe ist eine Denkschrift beigelegt, welche dessen wichtigere Bestimmungen unter Vergleichung mit dem bisherigen Rechtszustande Deutschlands erläutert und begründet. Nach dem Wunsche der verbündeten Regierungen soll das Bürgerliche Gesetzbuch gleichzeitig mit einem Einführungsgesetz im Reichstage zur Beratung gelangen. Das Einführungsgesetz wird eine Reihe allgemeiner Bestimmungen enthalten, die in dem Gesetzbuch selbst keinen geeigneten Platz finden; es wird vor allem diejenigen Rechtsgebiete bezeichnen, auf denen der Landesgesetzgebung der einzelnen Bundesstaaten trotz des gemeinsamen Reichsrechts freier Spielraum verbleiben soll. Dieses Einführungsgesetz hat die Beratung des Bundesraths noch nicht durchlaufen, wird aber, wie ich annehme, in wenigen Tagen gleichfalls dem Reichstag zugehen können. Meine Herren! Mit der Vorlegung des Bürgerlichen Gesetzbuchs erfüllen die verbündeten Regierungen eine Aufgabe, welche ihnen durch gemeinsamen Beschluß des Bundesraths und des Reichstages bald nach der Aufrichtung des Reiches gestellt worden war. Schwere, hingebungsvolle Arbeit, an der nicht nur die zunächst berufenen Vertrauensmänner,

sondern auch weite Kreise des ganzen Vaterlandes mitgewirkt haben, ist nötig gewesen, um das Werk zu vollenden. Um so glücklicher bin ich, dieses der ersten Begeisterung für das gemeinsame Vaterland entsprungene Werk gerade jetzt an den Reichstag bringen zu können —, in diesen Tagen, da wir die Erinnerung an die große Zeit begeben, der wir unser Deutsches Reich verdanken. Getragen von der nationalen Idee, welche der Schaffung eines gemeinsamen bürgerlichen Rechts zu Grunde liegt, haben die verbündeten Regierungen das Ihrige getan, damit der Abschluß des umfassenden Gesetzgebungswerkes nicht durch Bedenken und Sonderwünsche verzögert werde. Wenn nunmehr der Reichstag an die ihm zustehende verfassungsmäßige Prüfung der Vorlagen herantritt, so wird er, wie ich zu hoffen wage, von dem gleichen Geist sich leiten lassen. Geschiedt solches, so kann diese Zeit der Erinnerung an die großen Tage, da das Reich erstand, die Geburtsstunde werden für das gemeinsame Recht, welches das Reich noch weiter festigen soll. Zudem ist die Gesetzesvorlage hiermit dem Herrn Präsidenten überreicht, ist es mein herzlichster Wunsch, daß die Beratungen des Reichstages die Hoffnungen der Verbündeten Regierungen erfüllen mögen. (Lebhafter Beifall.)

**Präsident v. Bülow:** Meine Herren, gehalten Sie mir nach dem Gehörten ein kurzes Wort. Der Reichstag verfennt in seiner Weise weder die politische und soziale Bedeutung, noch die juristischen Schwierigkeiten der uns soeben gewordenen Vorlage, die ihrem Inhalte und Umfange nach von keiner der dem Reichstage in dem verflochtenen Vierteljahrhundert gestellten Aufgaben übertrifft worden ist. Es bedarf wohl kaum der besonderen — gegenwärtig unter uns ohnehin lebhaften — Erinnerung an die große Zeit, der auch dieses nationale Werk seinen Ursprung verdankt, um uns zu veranlassen, in der gleichen Weise, wie es seitens der verbündeten Regierungen geschehen ist, seiner Förderung unverzüglich unsere ganze Kraft zu weihen. Der Reichstag wird — des bin ich gewiß — unablässig bemüht sein, — Ueberrettung wie Verzögerung vermeidend — die ihm anvertraute Aufgabe thätigst bald einer Lösung entgegenzuführen, die unserem Volke und Vaterlande zum Heile gereichen wird. Das gebe Gott!

Darauf erhält in der Fortsetzung der unterbrochenen Debatte das Wort der

**Preussische Landwirtschaftsminister v. Hammerstein.** Er tadelt es, daß der Antrag Kanitz mit so großer Agitation in die Welt gesetzt und daß dabei immer die Behauptung aufgestellt wird: wenn die Regierung nur will, dann kann die Sache durchgeführt werden. Je ruhiger und je sachlicher die preussische Regierung die Sache prüft, umso mehr ist sie zur Ueberzeugung gekommen, daß sie die Verantwortung für diesen Schritt zu übernehmen nicht in der Lage ist. Erschöpfend und klar ist von Herrn v. Marschall nachgewiesen, daß mit den Handelsverträgen, so wie jetzt die Sache liegt, der Antrag nicht vereinbar ist mit den Handelsverträgen. Das beweist auch der Hinweis auf die Vereinbarung mit den auswärtigen Vertragsstaaten. Graf Bismarck, der ja den auswärtigen Verhältnissen in seiner amtlichen Stellung nahe gestanden hat, sagt auch, daß die Initiative für die Verhandlungen allein die Regierung übernehmen kann, welche verantwortlich ist. Der Versuch, auf die Preisbildung einzuwirken, ist zu den verschiedensten Zeiten gemacht, das ist zu römischen Zeiten geschehen und zur Zeit Friedrichs des Großen; aber was damals möglich war, das ist heute nicht mehr möglich. Ich will mich auf die neueste Geschichte beschränken, auf das, was hier und in anderen Ländern versucht ist. Das interessanteste sind die Versuche der portugiesischen Regierung, welche 1889 sehr weit gehende Beschränkungen der Einfuhr von Weizen und Mais hat eintreten lassen. Aber in jedem Falle sind Änderungen notwendig geworden. Die Folge ist gewesen, daß das Mältereigewerbe, welches früher viele kleine Betriebe umfaßte, in 37 Unternehmungen konzentriert wurde; es ist eine so entscheidende Brotvertheuerung mehrfach eingetreten, daß die Regierung hat einschreiten müssen und der Vortheil ist lediglich den Pächtern und Besitzern zugute gekommen, und unter dem Eindruck dieser Maßregel hat der landwirtschaftliche Betrieb einen entsetzlichen Rückgang erlitten. In Frankreich ist dieser Gegenstand auch einer eingehenden Beratung unterzogen worden. Von 6 Herren der sozialdemokratischen Partei unter Führung des Herrn Jaurès wurde im Parlament die Frage aufgeworfen, ob man nicht die hohen Getreidepreise, welche den Niedergang der Landwirtschaft nicht aufgehoben haben, durch etwas ähnliches wie den Antrag ersetzen wolle. Gegen den Antrag hat fast wörtlich dasselbe, was gestern Herr v. Marschall hier ausgeführt hat, Herr Leon Say ausgeführt; der Antrag wurde abgelehnt. Dann kamen die Vorschläge eines österreichischen Kunstmüllers, die gestern schon erwähnt worden sind. Neu war mir nur, daß dieser Herr sich an Herrn v. Bülow gewendet hatte. Auch diese Vorschläge haben sich als unausführbar erwiesen. Es sind ferner Vorschläge gemacht, eine stufenmäßige Besteuerung der eingehenden Getreidemengen oder eine Prämie für die Produktion inländischen und eine Steuer für die Konsumtion ausländischen Getreides einzuführen. Aber alle diese Vorschläge hat man in den Organisationen der Landwirtschaft, auch im Landwirtschaftsrath nicht anzunehmen gewagt. Wenn die Interessensvertretungen es nicht einmal wagen, auf die Anträge einzugehen, wie sollen die gesamte Volksvertretung und die Regierung darauf eingehen können? Soviel man versucht hat, die Frage zu lösen, überall ist man zur Ablehnung des Antrages gekommen. Der einzige Staat, der einen Versuch gemacht hat, hat schlechte Erfahrungen gemacht. Im preussischen Staatsrath ist nicht der Antrag Kanitz Gegenstand der Beratung gewesen, sondern es wurde das Programm aufgestellt, man wüßte die Gutachten über alle Vorschläge, welche gemacht sind zur Hebung der Getreidepreise, zu vernehmen, weil der Wunsch nach Hebung der Getreidepreise berechtigt sei. Damals stellte man im Staatsrath als den Zweck des Antrages Kanitz die Hebung der Getreidepreise hin, während jetzt nur von der Angleichung der Getreidepreise die Rede ist. Wenn Bund und Landwirthe gilt die Hebung der Getreidepreise immer noch als Hauptzweck. Ich will auch meine frühere Behauptung noch wiederholen, daß die Konsumenten keinen Anspruch darauf haben, unbedingt billige Preise zu haben; aber der Staat ist auch nicht verpflichtet, den Landwirthen einen ihren Produktionskosten entsprechenden Preis zu sichern. Aber auch wie der Antrag heute gestellt ist, geht er noch dahin, daß eine Hebung des Getreidepreises herbeigeführt werden soll unter Festsetzung eines Minimalpreises von Staats wegen durch künstliche Regelung des Angebotes und der Nachfrage, und das soll geschehen bezüglich des wichtigsten Volksernährungsmaterials, des Getreides. Das ist der Zweck; ich beuge mich dessen, daraus die weiteren Folgerungen zu ziehen. Wenn wir soweit kommen, daß in der Privatwirtschaft der Staat die Preisbildung besorgt, dann haben wir den sozialistischen Staat so sicher, wie zweimal zwei gleich vier. Betreten Sie den Weg für das Getreide, so ist es richtig, dieselbe Forderung zu stellen für alle anderen Gewerbetreibenden. (Zuruf des Abgeordneten von Bülow: Nein!) An jede menschliche Einrichtung knüpfen sich hin und wieder Auswüchse. Diese muß man beseitigen, was durch die Vorlegung des Börsengesetzes und eine Reihe anderer Maßnahmen geschehen ist. Man muß aber nicht das Kind mit dem Bade ausschütten, das thut man aber, wenn man von Staats wegen die Preisbildung regeln will.

Der Zweck des Antrages ist der, durch Hebung der Getreide-

preise der agrarischen Krise abzuheben. Die Krise der Landwirtschaft hat begonnen zu einer Zeit, als wir günstigeren Preise hatten, als sie Graf Kanitz schaffen will. Ich bestritte die Krise keineswegs, aber ich bestritte, daß durch Steigerung der Preise eine Hebung der Schäden eintritt. Ich glaube, daß wir die gegenwärtigen niedrigen Preise auf die Dauer nicht behalten. Die Anbaufläche für Getreide ist in Nordamerika und Argentinien wesentlich zurückgegangen, ebenso in Europa. Dadurch ist das Angebot schon im Rückgange; das ist nur nicht so hervorgetreten, weil wir mehrere Jahre hintereinander gute Ernten hatten. In jedem Jahre muß für den Zuwachs an Menschen, der Millionen beträgt, Nahrung geschaffen werden, das wirkt auf das Angebot. Wenn die Preisbildung nicht allein die Ursache der Nothlage ist, so kann durch Hebung der Preise die Nothlage nicht beseitigt werden. (Widerpruch des Abg. v. Bülow.)

Es ist eine beliebte Manier, mir immer entgegenzuhalten, daß die von mir vorgeschlagenen kleinen Mittel nicht helfen. Man kann aber auf die Preisbildung dadurch einwirken; die Aufhebung des Identitätsnachweises hat z. B. eine Verschiebung des Getreidepreises zu Gunsten des Ostens herbeigeführt. Durch den Bau von Eisenbahnen, durch die Tarife kann man ebenfalls einwirken, ebenso durch die Verminderung der Produktionskosten und durch die Steigerung der Produktion. Die kleinen Mittel liegen zum Theil auf dem Gebiete der Reichs-Gesetzgebung, zum Theil auf dem der preussischen Gesetzgebung. Aber weder in der Währungsfrage, noch in dem Antrage Kanitz ist schnelle Hilfe gegeben. Die Währungsfrage kann nicht von heute bis morgen gelöst werden und auch der Antrag Kanitz ist in so kurzer Zeit nicht durchführbar. Ich erkenne in vollem Umfang, daß Graf Kanitz durch sein unermüdeliches Streben, durch seine Ueberzeugungstreue und seine zweifellose große Liebe für die Landwirtschaft das größte zu leisten versucht hat. Aber einen Vorwurf kann ich ihm nicht erparten. Ich bin gestern und früher seinen Neben mit der strengsten Aufmerksamkeit gefolgt. Immer bei jeder neuen Rede war Graf Kanitz niemals in der Lage, näher darzulegen, wie er die Sache durchführen gedenkt. Ich habe seine früheren Reden studirt, aber ich bin zur absoluten Wahrheit nicht gelangt. Sie werden vielleicht sagen, das wird am landwirtschaftlichen Minister und seinem kleinen Gehirne liegen. (Weiterkeit.) Aber einen sehr wesentlichen Punkt hat man gar nicht berührt. Glaubt man denn, daß man eine große Anzahl Leute brotlos machen kann, ohne die Leute zu entschädigen? Beim Tabakmonopol hat man eine Entschädigung des Kaufmanns- und Fabrikantenstandes in Aussicht genommen. Aber ich vermisste jeden Hinweis darauf in dieser Beratung. Wir sind aus praktischen Gründen gegen den Antrag, aber es liegt auch auf der Hand, daß er zum sozialistischen Staat führt. Freilich, man scheint das nicht für so sehr gefährlich zu halten; man betrachtet den Antrag als einen Nothbehelf, bei dem man ein bißchen Sozialismus ertragen könne; Graf Bismarck hat den Antrag als einen Nothbehelf bezeichnet. Wenn Schwierigkeiten und prinzipielle Bedenken in so großer Menge vorhanden sind, wie kann man es wagen, einen solchen Nothbehelf für eine so beschränkte Zeit mit so einschneidender Wirkung einzuführen? Die Frage der Preisbildung ist eine der schwierigsten volkswirtschaftlichen Fragen, die es giebt. Ich kann sie als ein Problem bezeichnen. Diese Probleme trägt man in die untersten Schichten der Bevölkerung und regt die entsetzlichen Kreise auf, und nicht in objektiver Weise, indem man sich bemüht, die Schwierigkeiten der Lösung dieses Problems, die Konsequenzen zugänglich zu machen, das thun die Herren vom Bunde der Landwirthe nicht. (Zwischenruf des Abg. v. Bülow: Oh, bitte!) Man sagt nur: Wollt Ihr höhere Preise haben, wir wollen sie Euch verschaffen, aber die Regierung will nicht. (Zwischenruf des Abgeordneten v. Bülow: Da hört doch alles auf!) Wenn Sie mit einem solchen goldenen Regen in die Kreise der Landwirtschaft hineingehen, dann sagen die Landwirthe: Das ist unser Mann. (Sehr richtig! links.) Der Glaube greift immer mehr um sich, die Regierung könne helfen, wolle aber nicht. (Sehr richtig! links.) Das ist eine Erscheinung, welche die größten sozialen Gefahren für unsere bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung enthält. (Sehr richtig! links, lebhafter Widerspruch rechts.) Wer Wind sät, der erntet Sturm; die Geister haun man nicht so leicht. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Das hat sich auch zur Zeit der Bauernkriege gezeigt. Vernen Sie aus der Geschichte und ich gebe mich der Hoffnung hin, ähnlich wie Herr v. Bennigsen heute, daß, wenn der Reichstag die Kraft hat, jetzt ein Ende mit der Sache zu machen, die Herren sozialer Kraft besitzen werden, von dem Antrage abzuheben. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Und von dieser Lösung des Problems, die eine geradezu gemeingefährliche ist. (Stürmischer Widerspruch rechts.) Das ist die Hauptsache in einer Zeit, wo wir Schwierigkeiten genug zu überwinden haben, daß wir erwarten müssen, daß uns nicht von sogenannten konservativen Seite neue Schwierigkeiten bereitet werden. (Stürmischer Lärm und Lärm rechts.) Ich habe als preussischer Minister mich für verpflichtet gehalten, klar Farbe zu bekennen, wohnin schließlich bei dieser Art der Agitation die Reife geht. (Lebhafter, wiederholter Beifall links. Stürmischer Widerspruch rechts.)

**Abg. Herbert (Soz.):** Der jetzige Antrag Kanitz ist keine Verbesserung gegen den vorjährigen. (Große Unruhe.) Statt Ausgleichspreisen werden jetzt Minimalpreise gefordert. Früher wollte man in den Zeiten der billigen Getreidepreise einen Fonds anammeln, aus dem man zu Zeiten der hohen Getreidepreise die Preise wieder heruntersetzte. Jetzt ist man jedenfalls der Meinung, daß ein solcher Fonds sofort durch eine Militär- oder Marinevorlage absorbiert werden würde und es steht jetzt im Antrage, bei Erschöpfung dieses Reservefonds sollen die Verkaufspreise um soviel erhöht werden, daß sie der Reichskasse einen Ueberschuß in Höhe der durchschnittlichen Getreide Zoll-Einnahmen seit dem 1. April 1892 gewähren. Also die Ausgleichspreise sind bereits verflüchtigt. Man hat uns vorgeworfen, wir hätten in der Kommission den Antrag als sozialistisch bezeichnet und doch nicht für ihn gestimmt. Gerade das Gegentheil ist der Fall. Ich habe in der Kommission u. a. gesagt: Ich erinnere daran, wie bereits von meinen beiden Fraktionsgenossen hervorgehoben worden ist, daß, obgleich der Antrag an sich nicht sozialdemokratisch ist, — denn der Antrag Kanitz ist der Sozialismus der Reichen, und wir vertreten den Sozialismus der Armen, — die Wirkungen desselben uns ungewissheit zu gute kommen werden. Auch Bessel hat den Antrag nicht als sozialistisch bezeichnet; im Gegentheil, er hat ihn als antisozialistisch bezeichnet, weil er einer Minorität der Bevölkerung helfe auf Kosten einer ungeheuren Mehrheit der Bevölkerung. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Graf Kanitz wolle das Gespenst der Brotvertheuerung nicht gelten lassen. Nun würden wir aber jährlich für 600 Millionen Mark Getreide gebrauchen, pro Kopf 10 Mk., 50 Mk. für eine Familie von 5 Köpfen. Für eine so ungeheure Mehrbelastung des Volkes sollen wir im Ernste stimmen? Wären wir es, so wäre das der schändlichste Verrath an den Arbeiterinteressen. Tessen sind wir nicht fähig. Arbeiten nicht auch die Arbeiter unter ihren Produktionskosten? Der Lohn reicht nicht aus, um die Arbeitskraft zu ersetzen. Die Herren wollen zwar die Vortheile, aber nicht die Nachteile der kapitalistischen Produktion tragen. (Sehr richtig!) Von 1885 bis 1894 hatten wir nach der Statistik die höchsten Roggenpreise, und da sagten die Herren nicht, wir werden dem deutschen Volke

etwas herausgeben; es kann sich das Brot nicht kaufen, sondern muß sich von Kartoffeln nähren.

Mit der Rede des Herrn v. Marschall ist dem Antrage das Todesurtheil gesprochen. Würde er durchgeführt, dann wäre in der That der Zwangsstaat da, während in unserem, dem sozialistischen Staate jeder frei sein und nicht durch die Polizei beunruhigt würde. Die agrarische Bewegung ist eine reine Lohnbewegung, die Herren verlangen höhere Löhne für sich. Verlangen aber die Arbeiter höhere Löhne, so haben sie die Polizei, den Staatsanwalt und die Presse gegen sich. Müssen nicht konsequenterweise nach diesem Antrage auch die Arbeiter für jeden Ausfall bei der Erfindung neuer Maschinen entschädigt werden?

Man hat es sogar für christlich gehalten, den Agrariern höhere Getreidepreise zu geben. Solche Aussprüche sind nicht geeignet, das Ansehen des Christenthums zu erhöhen. Der Graf Schwerin ging gar soweit zu sagen, der Antrag wolle nicht Ausfrieden stiften, sondern Frieden. Und dabei handelt es sich um eine Schröpfung des Volkes um 500 Millionen, wogegen die Zuckerpflanzen und Brauntweins-Liebesgaben die reinen Waisenkinder sind. (Nebner geht auf die Agitation des Bundes näher ein und zeigt, daß sie fast wie Revolution aussehe.)

Der Antrag würde eine Steigerung der Brotpreise zur Folge haben und das wäre ein Geschenk an die jetzigen Grundbesitzer. Von 5/4 Millionen der landwirtschaftlichen Betriebe würden aber nur 700 000 einen Vortheil vom Antrage Kanitz haben. Nicht das gute Herz der Agrarier hat verhindert, daß die Löhne nicht erniedrigt worden sind, sondern die Erwägung, daß sie keine Arbeiter mehr finden würden. Es wurde ein Tagelohn von 50, 60 Pf. gezahlt! 12 Stunden pro Tag, macht 5 Pf. pro Stunde (ddet! hdt!); früher waren die Löhne auch nicht geringer, sondern eher höher. Graf Schwerin hätte uns lieber sagen sollen, wie hohe Löhne er selber zahlt. In Pommern sind die Landarbeiter trotz der agrarischen Forderungen größtentheils Sozialdemokraten, und sogar in Barmen wurden bei der letzten Reichstagswahl ein Drittel der Stimmen für einen Sozialdemokraten abgegeben. Vor einigen Jahren hieß es, der Gutbesitzer von Barmen, der frühere Reichstagsler, habe einige ausgewanderte Arbeiter auf Rückgabe von einer oder zwei Häfen gerichtlich verklagt; er hat keine Klage zu höheren Löhnen. Da die Herren immer mit den vielen Mitgliedern des Bundes der Landwirthe prahlen, so ist es interessant, daran zu erinnern, daß in einer hinterpommerschen Stadt ein Buchdruckerbesitzer und ein biederer Schuhmachermeister Vorstandsmitglieder der dortigen Sektion sind. (Weiterkeit links.) Der Ort ist Kolberg.

Man beruft sich auf die armen Bauern. Diese aber sind es, deren Vorfahren meist von den Herren Junkern von Grund und Boden vertrieben wurden. (Sehr richtig! links.) Daß wir den Bauer zu Grunde richten wollen, ist eine Fabel, im Protokoll des Breslauer Parteitag steht davon kein Wort, die kleinen Bauern sind ja zum Theil bereits Sozialdemokraten.

Der Graf Bismarck plauderte gestern aus der agrarischen Schule; er sprach von der Verschuldung. Die Herren machen aber von der Reduktion des Zinsfußes den besten Gebrauch. Man behauptet sogar, daß sie mit dem Gelde, das sie als Grundschulden aufnehmen, an der Börse spekuliren.

Zu vorigen Winter wurde prophesie, daß bis jetzt eine Reihe von Besitzern zu Grunde gehen würden. Es ist keiner zu Grunde gegangen. Die Vertragsstaaten werden um keinen Preis in eine Revision der Handelsverträge willigen. Wenn die Herren Agrarier ihre Taschen füllen wollen, sprechen sie vor den schwersten sozialen Mißständen nicht zurück; sie verlangen sogar die Kündigung sämtlicher Meißbegünstigungs-Verträge. Die Folgen davon wären schlimmer als die eines Krieges, hunderte tausende von Arbeitern würden brotlos und mühten hungern. Der Hunger ist der größte Hebel, es entsänden dieselben Folgen wie nach dem Hungerjahr 1847. Uebrigens brauchen wir die Zuzug ausländischen Getreides, weil Deutschland sich durch seine Landwirtschaft nicht genügend ernähren kann. Wir haben, mit Ausnahme von Frankreich und Italien, die höchsten Getreidepreise in Europa. Der Antrag Kanitz würde die Getreidepreise auf das doppelte oder gar dreifache steigern. Die sozialen Bedenken gegen den Antrag sind doch nicht von der Hand zu weisen. Von der Noth der Landwirtschaft sprechen Sie, von der der Arbeiter nicht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In Pommern leiden die Landwirthe keine Noth. Man sehe sich nur dort die prachtvollen Paläste, die herrlichen Feste an und beobachte, wie die Herren im Winter nach Berlin reisen, um sich zu amüsiren. Noth giebt es in der Landwirtschaft bei den Arbeitern, in den Arbeiterwohnungen. In Pommern giebt es Arbeiterwohnstätten, die schlechter sind als die Schweinegälle. Das einzige Vergnügen, das die Leute sich gönnen können, ist Schnaps kaufen. Diese Noth zu beseitigen, wäre das Schicksal der Oeffnen der Nation werth. Die Arbeiter verlangen auch schon Hilfe vom Staat, und weil die Konservativen nicht helfen, wird die Sozialdemokratie draußen auf dem Lande große Fortschritte machen. Die Arbeiter müssen von der Gefinde-Ordnung und dem Prügelrecht befreit werden, damit sie wenigstens einigermaßen Gleichberechtigung erhalten. Die Landarbeiter leiden noch viel mehr unter der Klassenjustiz als die gewerblichen Arbeiter. Wie oft wird nicht der Arbeiter bestraft, weil er sich weigert, den Befehl seines sogenannten gnädigen Herrn zu erfüllen.

Der schöne Gedanke, daß der Staat das für alle Einwohner Brot haben, wird niemals verwirklicht werden können, außer im sozialistischen Staat. Der Landwirtschaftsminister nennt den Antrag gemeingefährlich; es wäre eine sonderbare Ironie des Schicksals, wenn einmal ein Ausnahmefall gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der sogenannten konservativen vorgelegt würde. Wie der Antrag durchzuführen ist, wissen die Herren selbst nicht. Sie brauchen ihn und die Währung als Agitationsmittel. Der Appell des Herrn von Bennigsen an den Patriotismus der Konservativen, — überhaupt hätte er ihn eher an die Herren v. Heyl und Genossen richten sollen — wird erfolglos sein; beim Weidenthal hört auch der Patriotismus auf. Die Jubelstürme macht das Volk jetzt nicht mit, denn das Volk hat sich Deutschland so nicht gedacht. Der Antrag Kanitz ist Kapitalismus, nicht Sozialismus; der letztere nimmt sich nur der wirklich Unterdrückten an. Auch diese Debatten werden unzweifelhaft dazu beitragen, dem wahren Sozialismus neue Kräfte zuzuführen. Der Antrag Kanitz ist in diesem Sinne die Kraft, die feils das Böse will und doch das Gute schafft. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Präsident v. Bülow:** Der Abg. Köhler, dessen Name mir erst nachträglich bekannt geworden ist, hat während der Rede des preussischen Landwirtschaftsministers in föhrender Weise durch Zurufe eingegriffen. Ich rufe ihn deshalb nachträglich zur Ordnung.

**Minister v. Hammerstein:** Ich habe erfahren, daß meine Aeußerungen so aufgefaßt sind, als habe ich der konservativen Partei als solcher den Vorwurf gemacht, daß sie staatsgefährlich und gemeingefährlich sei. Ich bin nicht in der Lage festzustellen, ob der ganze Zusammenhang der Aeußerungen diese Annahme rechtfertigt. Jedenfalls habe ich die Aeußerung

nicht so gemeint. (Lachen rechts.) Ich habe nicht von der konservativen Partei, sondern von den agitatorischen Bestrebungen des Bundes der Landwirthe gesprochen. (Große Lärm rechts.) Ich habe bisher angenommen, daß der Bund der Landwirthe nicht identisch ist mit der konservativen Partei. Die konservative Partei im preussischen Abgeordnetenhaus und die konservative Partei des Reichstages habe ich mit meinen Aeusserungen nicht treffen wollen. (Große Unruhe rechts.)

Abg. v. Mantensfel (l.): Obwohl der preussische Landwirtschaftsminister durch seine letzten Aeusserungen die ersten Aeusserungen, die er hier gethan und die uns natürlich auf das allererschwerlichste berühren müßten, einigermaßen wieder eingeschränkt hat, so überhebt mich diese Einschränkung doch nicht der Verpflichtung, folgendes zu erklären. Der Herr Minister hat den Antrag Kanitz als gemeingefährlich und die Unterzeichner als sogenannte Konservative bezeichnet. (Große Unruhe.) Er weiß, daß die ganze konservative Partei des preussischen Landtages und des Reichstages hinter diesem Antrage steht und daß alle Männer, welche Einfluß in der Partei haben, den Antrag unterstützen haben. Der Herr Minister kann es sich selbst sagen, welchen Eindruck es in den Kreisen der konservativen Partei machen muß, wenn er mit der Bezeichnung sogenannte Konservative allen denen, welche sich zu dem Antrage Kanitz bekennen, wahren Konservatismus abspricht. (Stimmlicher Beifall rechts.)

Minister v. Hammerstein: Ich bekreite ganz entschieden, daß ich dasjenige gesagt habe, was der Abg. v. Mantensfel mir unterlegt. Ich habe die Agitation mit dem betreffenden Ausdruck bezeichnet; das wird das Stenogramm meiner Rede ausweisen, und jedenfalls ist dies meine Absicht gewesen.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Der Landwirtschaftsminister hat sich sehr beschwert über die Agitation des Bundes der Landwirthe. Ich habe auch die Versammlungen des Bundes besucht, allerdings erst später, und muß sagen, daß in ihnen durchaus nicht agitatorisch, sondern durchaus sachlich und objektiv diskutiert worden ist. (Lachen links.) Die Erörterungen entsprachen ganz der Noth der Landwirtschaft. Es ist ja möglich, daß in andern Versammlungen ein anderer Ton geherrscht hat und es ist ja ganz natürlich, daß ein Mitglied auch einmal ein etwas schärferes Wort ausspricht, aber nach meiner Kenntniß halte ich es nicht für richtig, dem Bunde den Vorwurf zu machen, daß seine eigentliche Thätigkeit darin bestünde zu agitieren. Der Bund hat statistische Aufnahmen gemacht über die Lage der Landwirtschaft in ganz Deutschland und erwohnen, wie Hilfe zu schaffen ist. Die große Mehrzahl seiner Mitglieder hat diese Hilfe in dem Antrage Kanitz erblickt, aber es ist von vornherein immer hervorgehoben worden, daß sein Schicksal davon abhängt, ob es den verbündeten Regierungen möglich sei, mit den Vertragsstaaten Verhandlungen anzuknüpfen über eine Abänderung der Handelsverträge.

Der Antrag Kanitz hat vielfach Anerkennung gefunden wegen seiner Klarheit. Herr v. Bennigsen denkt wohl an den alten Antrag, wenn er behauptet, daß er den Handelsverträgen widerspreche. Der Antrag ist ein ganz anderer geworden. Wenn die Regierung sagt, wir können und wollen nicht auf diesem Boden unterhandeln, so können wir uns nicht von der Anschauung abbringen lassen, daß es richtiger wäre, wenn die Regierung den Versuch machen würde, die Vertragsstaaten zu einer Modifikation der Handelsverträge zu bewegen. Der zweite Vorwurf gegen den Antrag ist der, daß er einen sozialistischen Charakter hat, uns direkt in den Staatssozialismus hineinführt. Dem vorigen Antrag gegenüber hatte der Vorwurf eine Berechtigung, aber einem auf meine Jahre erlassenen Nothgesetz gegenüber ist der Vorwurf unberechtigt. Das möchte ich auch besonders dem Landwirtschaftsminister gegenüber feststellen. Haben wir nicht bei anderen Nothständen die Zuweisung von Arbeit durchgeführt? Das ist auch eine sozialistische Maßregel. Das von der technischen Durchführbarkeit des Antrages nichts gesagt ist, ist ein selbstiger Einwand. Aber so enorm schwierig dürfte die Ausführung nicht sein. Wir haben in der Militärverwaltung in den Proviantämtern ein technisch geschultes Personal für den Ankauf von Getreide. Man sagt, wo sind die Lager vorhanden, um das Getreide aufzuspeichern. Graf Bismarck hat gestern die Ziffern der Einfuhr vorgeführt. Diese Getreidemengen sind doch auch gelagert worden. Würde es für die Staatsregierung eine unlösliche Aufgabe sein, Speicher zu mietzen und sie abzuschließen? Wenn die Regierung den Willen hätte, würde sie einen Weg finden, den Antrag auszuführen, die Verhältnisse sind allerdings nicht mehr so, wie unter Friedrich dem Großen; aber die Hilfsmittel des modernen Verkehrs sind doch heute auch ganz andere als früher. Der heutige Staat könnte die Aufgabe auch noch lösen, welche sich Friedrich der Große gestellt hatte. Daß die Sozialisten gegen den Antrag stimmen, ist erklärlich; das ist ein Beweis, daß der Antrag so sehr sozialistisch nicht sein kann. Sie wissen ganz genau, daß der Antrag den deutschen Bauernstand erhalten würde, und sie wollen ihn vernichten. Ich verweise auf die Worte des Abg. Schippel, daß die Sozialisten den Bauernstand erst versallen lassen müssen. Dem Abg. Richter widerstrebt der Antrag, weil er seinen mancherlei Anschauungen entgegensteht. Was beweist das einzelne Beispiel des einen Bauern, das Herr Richter angeführt hat! (Sehr richtig! rechts.) Im Kreise des liegt ein großes Dorf Grottwitz, welches ich vor wenigen Jahren als ein verhältnismäßig wohlhabendes kennen gelernt habe. Die zwölf bäuerlichen Besitzungen sind in den letzten Jahren sämtlich unter den Hammer gekommen. (Hört, hört! rechts.) Die Besitzungen mit leichterem Boden, die vielleicht noch von einem Unglücksfall betroffen sind, sind von den Familien, die sie vielleicht Jahrhunderte lang besessen haben, aufgegeben worden. In einem anderen Kreise sind eine große Menge von größeren Gütern; keiner der Vorbesitzer hat in den letzten Jahren verdient, sondern alle haben zugelegt oder haben Schulden gemacht. Der Pächterstand in einem Kreise, wegen seiner vorzüglichen Wirtschaftlichkeit, hat in den letzten Jahren so schwere Opfer bringen müssen, daß viele in schwere Bedrängnisse gerathen sind. Nur ein einziger ist mir bekannt, der sich vor Verlusten hat bewahren können. Diese Beispiele wiegen wohl den einen Bauern auf, den Herr Richter uns gestern vorführen konnte. Aber man kommt um den Antrag am besten herum, wenn man die ganze landwirtschaftliche Noth leugnet. Die Preise sind gedrückt durch den kolossalen Import von Getreide, der bei den guten Ernten gar nicht nöthig war. Deutschland hätte damals seinen Bedarf allein decken können. Daher sind die schlechten Handelsbilanzen entstanden. Herr Richter möchte ich dabei bemerken, daß man die Handelsbilanzen nicht allein in Betracht ziehen muß, sondern auch die Zahlungsbilanzen und zwar für eine ganze Reihe von Jahren. Herr Richter meinte, England müsse danach verarmen. England kann aus seinen Zinsen von ausländischen Werthen seine Unterbilanz bezahlen. Deutschland ist nicht in der Lage, diese Unterbilanz auf die Dauer tragen zu können. Da sie beruhen auf dem Import von Getreide, so müssen Mittel zur Abhilfe gefunden werden; wenn die Regierung den Weg des Antrages Kanitz nicht gehen will, muß sie andere Mittel finden.

Herr v. Bennigsen war zuerst ziemlich scharf gegen die schutzöllnerische Bewegung und ich glaube, er hat dadurch seiner Partei keinen Vortheil geschaffen; der Rückgang der Partei basiert auf dem Augenblick an, wo sie sich in Widerspruch setzte mit der Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck. Die Bedenken des Herrn v. Bennigsen waren zum Theil gegen den alten Antrag Kanitz gerichtet und zum Theil so geartet, daß sie gegen jeden Schutzjoll hätten angewendet werden können. Er meinte, daß man auch die Handwerker berücksichtigen müsse; als

ob die Handwerker nicht auch ein Interesse an besseren Getreidepreisen haben.

Was der Abg. Herbert anführte, daß Handwerker Mitglieder des Bundes der Landwirthe sind, ist daher eine sehr begriffliche Ercheinung. Die Industrie-Erzeugnisse und die Handwerksprodukte werden doch hauptsächlich von den Landwirthen gekauft. Die Industrie hat auch ein lebendiges Interesse an der Zahlungsfähigkeit der Landwirtschaft. Jetzt müssen die Leute, welche auf dem platten Lande keine Arbeit finden, in die Städte ziehen, und dadurch werden die städtischen Löhne gedrückt. Die Arbeiter haben also ein Interesse daran, daß sie wieder auf dem Lande Beschäftigung und genügende Bezahlung finden. Das Centrum hat sich zu meinem Bedauern in seiner Totalität gegen den Antrag erklärt. Mit einem Theile der Begründung des Grafen Galen habe ich eine gewisse Sympathie, nämlich dahin, daß der Antrag eine Stärkung der Bureaucratie enthält. Graf Galen hat gegen die Politik des Fürsten Bismarck ein sehr verbissenes, giftiges Wort gebraucht. Ich hätte gewünscht, daß er diese politische Anmerkung unterlassen hätte.

Wir sind aufgefordert worden, daß wir nach Ablehnung des Antrages die Sache auf sich beruhen lassen und uns mit den kleinen Mitteln begnügen sollten. Ich bin der Meinung, daß durch die Regelung der Währungsfrage geholfen werden könnte. Herr Barth meinte neulich höhnisch, ich hätte zum ersten Mal von der Währungsfrage nicht gesprochen. 1878 waren die Freihändler noch viel höhnischer, als dann der schutzöllnerische Umschwung kam. Es kann vielleicht bald wieder einmal so kommen. Herr v. Bennigsen meinte, die Verschiebung der Vermögensverhältnisse sei nicht zu hindern. Der Staat hat die Verpflichtung, die gewordenen Verhältnisse so festzuhalten, daß kein Vermögensverlust eintritt. Ich gebe die Hoffnung noch nicht auf, daß der Reichstangler sich doch noch entschließt, mit den Vertragsstaaten in Verbindung zu treten. Es giebt auch noch andere Mittel, wie man helfen könnte. Die Vertragsstaaten würden doch nichts dagegen einzuwenden haben, daß das fremde mit Ländern mit unterwerthigen Valuten eingehende Getreide mit einem höheren Zoll belegt wird. Herr v. Bennigsen wies auf die englischen Zustände hin. England hat seine Landwirtschaft verloren, aber in seiner insularen Lage und seiner starken Seemacht kann es ein solches Experiment ausstehen. Deutschland kann die Landwirtschaft nicht in die Latifundienwirtschaft übergeben sehen. England konnte das machen, weil der Freehändler, der Yeoman nach andern englischen Ländern, nach Kanada u. s. w. gehen. Unsere Auswanderer aber verlieren ihre Nationalität. Wir müssen unsere Landwirtschaft schützen und wenn die verbündeten Regierungen eine energische Annäherung zu Gunsten der Buren von Transvaal abgegeben haben, so werden sie, hoffe ich, für die deutschen Buren auch noch etwas übrig haben. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Richter (fr. Sp.): Daß es in den Versammlungen des Bundes der Landwirthe sachlich und friedlich hergeht, wie Herr v. Kardorff bezeugen will, ist ebenso wertlos als wenn Herr v. Mantensfel berichten wollte, es gehe bei den Bimetallisten friedlich zu. Die Herren sind unter sich, aber die Zeitungen berichten darüber ausreichend, so daß man sich eine Blumenlese von Konversationen zusammenstellen kann, die bei keiner Partei sonst in dieser Weise vorkommen. Die Herren haben sich aufgeregt über die Bezeichnung des Antrages als gemeingefährlich seitens des Ministers. Die Herren haben das schon von Herrn v. Bennigsen hören können. Und ist der Antrag immer gemeingefährlich erschienen, gleichviel, ob er den Handelsverträgen widerspricht oder nicht. Und daß er nur auf 6 Jahre gelten soll, bedeutet auch nichts. Die Sozialdemokraten würden vielleicht auch mit sich akkordiren lassen, wenn der Zukunftsstaat auf 3 Jahre auf Probe eingeführt werden sollte. Die Proviantämter verstehen das Einkufen, aber das Verkaufen ist eine andere Sache. Herr v. Kardorff meinte, es sei eine Einfuhr nicht notwendig gewesen; er hat aber vergessen, daß der Konsum zugenommen hat, namentlich wird auch jetzt Getreide sehr viel verfrachtet. Die Wendung der sogenannten Konservativen hat verschupst. Sie sind an eine viel bessere Behandlung gewöhnt. (Weiterkeit.) Aber als Fürst Bismarck von den sogenannten Freikäufern sprach, da jubelten Sie (rechts) Beifall. (Weiterkeit.) Im Lande wird eine solche Behandlung seitens des Ministers sehr gefallen. (Weiterkeit.) Denn die Behandlung mit Glattehandschuhen hat im Lande gar nicht gefallen. Die anderen Parteien werden ganz anders behandelt. Aber sie bleiben im Besitz der maßgebenden Wecker. Die kleinen Handwerker müssen in den Bund der Handwerker hinein, weil sonst von ihnen niemand lauft. Der Bienen und dann thun die Leute so, als wenn sie an den Segen des Bundes der Landwirthe glauben. Eine werbende Kraft hat der Antrag im Lande nicht geübt und noch weniger im Hause. Jetzt hat der Antrag 60 Unterschriften, im vorigen Jahre 97. Keiner der Unterzeichner hat früher gegen den Antrag gestimmt, nur Herr von Levetzow, der früher gegen den Antrag gestimmt hat, hat ihn jetzt unterzeichnet. Aber eine Stimme macht noch keinen Agrarierkongress. (Weiterkeit.) Erstamt hat mich das Eingekundigt des Grafen Bismarck, daß die Landwirthe Verbindnisse zu billigen Zinsen aufnehmen und höher verginstete Papiere kaufen. Ich habe die Herren in Verdacht, daß sie sich des verächtlichen Institut der Börse bedienen, denn sechsprozentige Papiere sind sonst nicht zu haben. Vielleicht haben sie auch nothwendige Amerikaner im Besitz. Wenn die Verschuldung vergrößert wird und die riskanten Papiere gekauft werden, dann dürfen Sie sich nicht wundern, daß man in schlechte Verhältnisse geräth. Dann muß man aber sich selbst und nicht den Staat anklagen. Die Armut soll immer weiter um sich greifen und die Handelsbilanz immer schlechter werden. Da müßten ja die Engländer 100 Milliarden in fremden Kapitalien angelegt haben, um die Unterbilanz zu decken durch die Zinsen.

Herr v. Kardorff hat ganz übersehen bei dieser Frage, daß Zollverein und Zollverein in den letzten Jahren gar nicht dasselbe ist; schon die Einschließung Hamburgs in den Zollverein hat die ganze Handelsbilanz verändert. Aus dem Studium des Etats in Preußen ergibt sich, daß wir uns in steigender Tendenz befinden, wie seit einer Reihe von Jahren nicht. Wenn die Wollpreise steigen, dann können die Arbeiter nicht so viel auf ihre sonstigen Bedürfnisse verwenden. Je weniger man für Körner auszugeben braucht, desto mehr kann man animalische Produkte kaufen und das kommt auch der Landwirtschaft zu gute. Der Bedarf an thierischen Produkten ist kein fester, sondern je mehr der Wohlstand steigt, desto mehr werden sie verbraucht. Der Aufschwung der Eisen- und Kohlenindustrie ist ein Beweis der Aufsammlung von Kapital, welches man nur aus Ueberschüssen ansammeln kann. Der Rückgang der Domänenpolitik ist kein erheblicher; er beträgt nur  $\frac{1}{4}$  pCt. Da die Domänen nur alle 18 Jahre verpachtet werden, so würde sich etwa ein Rückgang von 12 pCt. ergeben. Die Kapitalrente ist aber erheblicher zurückgegangen und das kommt auch der Landwirtschaft zu gute. Graf Bismarck hat von den Bauern erzählt, welche mit ihrem Blut dem Fürsten dienen. Die Herren, die in erster Linie für den Antrag Kanitz eintreten, sind nicht von geringem Gut; sie haben große Güter; sie sind Fideikommissbesitzer, denen ein Besitz ohne Verdienst zugesallen ist. Die Bauern vom geringen Gut wollten selbst Opfer bringen; die Antragsteller aber verlangen, daß die Allgemeinheit ihnen Opfer bringe. Dieser Vergleich beleidigt die Bauern. Die Antragsteller erinnern eher an die Junker aus dem Anfange des 18. Jahrhunderts, deren Autorität Friedrich Wilhelm I.

ruiniren, denen gegenüber er die Souveränität des Fürsten wie einer rocher de bronze stabiliren wollte. In diesem Sinne wollen wir auch die Souveränität des Gemeinwohls aufrecht erhalten und den Antrag ablehnen. (Zustimmung links und im Centrum.)

Darauf wird die Debatte geschlossen. Persönlich bemerkt Abg. v. Bennigsen, daß er die Aeusserung über das Handwerk in der thierischen Form, wie sie ihm der Abg. v. Kardorff in den Mund gelegt, nicht gethan habe. Er habe nur gesagt, wenn die Landwirtschaft in Nothlage einen Mindestpreis für ihre Produkte garantirt bekomme, habe die Industrie, das Handwerk u. s. w. in Nothlage denselben Anspruch.

Es folgen weitere Bemerkungen der Abgg. Herbert und Graf Kanitz. Letzterer spricht die Hoffnung aus, daß Herr v. Bennigsen seine Aufrichtigkeit nicht angezweifelt habe, wenn er davon gesprochen, daß er selbst nicht an die Ausführbarkeit seines Antrages glaube. Ferner bemerkt er, er würde von dem Antrage für die Zukunft absehen, wenn er die Gewißheit hätte, daß heute sämtliche Mitglieder noch ihrer innersten persönlichen Ueberzeugung abstimmen. (Lebhaftes „Oho!“ im ganzen Hause.)

Präsident v. Buol: Das ist keine persönliche Bemerkung. Abg. Graf Kanitz: Ich beziehe mich auf die Nachrichten, welche über gewisse Fraktionsbeschlüsse durch die Zeitungen gehen.

Abg. v. Bennigsen erklärt, daß er die Aufrichtigkeit des Vordemers nicht in Zweifel ziehe.

Zur Geschäftsordnung erklärt Abg. Hilpert (Bayerischer Bauernbund), daß durch Schluß der Debatte ihm das Wort entzogen sei, er hätte für den Antrag gesprochen und werde, so lange die Regierungen nichts Besseres finden, für denselben stimmen.

Das Schlußwort als Mit-Antragsteller erhält

Abg. Liebermann v. Sonnenberg, welcher mit lautem Oho! (es ist mehr als 5 1/2 Uhr) empfangen wird: Sie können sich ja meiner Rede entziehen (große Heiterkeit), ich werde mich aber durch diese Unfreundlichkeit nicht abhalten lassen, meine Bemerkungen vorzutragen. Der Landwirtschaftsminister hat sich einer Taktik bedient, die ihm nicht gefallen würde, wenn sie gegen ihn angewendet würde. Er hat sich einen Antrag konstruirt, der gar nicht mehr vorhanden ist. Seine Ausführungen sprachen gegen den alten, aber für den neuen Antrag. Die Angriffe auf den Bund der Landwirthe sind doch recht eigenthümlich, wenn man bedenkt, daß der Minister v. Hammerstein Mitbegründer des Bundes der Landwirthe für die Provinz Hannover ist, wie mir mitgetheilt wird (Zuruf des Ministers v. Hammerstein: Das ist thatsächlich unrichtig!) Dann nenne ich meinen Gewährsmann, Herrn Dr. Hahn, um ihm Gelegenheit zu der persönlichen Bemerkung zu geben. Der Minister verspricht eine Besserung der Verhältnisse, die er von seiner hohen Warte aus schon voraussehen kann. Wir bemerken davon nichts. Wir merken auch nichts von der Wirkung der kleinen Mittel. Der Minister verwechselt soziale und sozialistische Maßregeln; wenn wir den sozialistischen Zukunftsstaat herbeiführen wollten, würden die Sozialdemokraten uns nicht so hart bekämpfen.

Wie der Bund der Landwirthe im Lande arbeitet, davon kann sich der Minister nicht persönlich überzeugen; er ist angewiesen auf die Presse, welche anders berichtet, als die Verhältnisse sich abspielen. Herr Richter hat sich als Schwarzzeugen aufgepfeift. Wenn man Herrn Richter liest, findet man etwas anderes, als wenn man ihn hört. Er pflegte früher seine Rede in Versammlungen nachher zu diktiren und da lies er die agitatorischen Spigen weg. Daß ein Kandidat bei der Wahl den Wählern höhere Getreidepreise für den Fall seiner Wahl versprochen hatte, das glaube ich nicht von allen, die den Antrag Kanitz unterschrieben haben. Das Problem der Preisfeststellung der Börse ist allerdings gemeingefährlich, aber nicht der Antrag. Der Bund der Landwirthe will nicht Entmuthigung ins Land tragen, im Gegentheil, er hebt den Muth der Landwirthe, die sonst rascher an Muthlosigkeit zu Grunde gehen würden. Kein Mensch zweifelt an dem Interesse des Ministers für die Landwirtschaft, aber er möge dasselbe auch bei uns voraussehen, und uns nicht am Vorabend der Jubelfeier zur Gründung des Reiches solche Vorwürfe machen. Keiner empfiehlt wiederum die durch eine verkehrte Vorschubbank in Verlegenheit gekommenen Bauern seines Wahlkreises dem Wohlwollen des Ministers; diese Bauern könne der Minister vom Untergang retten. Der Antrag Kanitz hat an Volkthätigkeit im Lande gewonnen, man hat erkannt, daß er keine einseitige Interessenvertretung, sondern eine Betonung der gemeinsamen Interessen ist. Der Minister meinte, es könnten andere Erwerbsklassen auch kommen. Der Wahlspruch der preussischen Könige lautet: Jedem das Seine, aber nicht jedem dasselbe. Für die Handwerker sind Zwangsmaßnahmen und Befähigungsnachweise wichtiger als Feststellung der Preise. Wir wollen die unlautere Konkurrenz, welche die Preise drückt, fernhalten. Die Unausführbarkeit des Antrages ist nicht nachgewiesen. Die Mittel dafür werden sich finden; die Proviantämter sind doch vorhanden und funktionieren gut. Daß die Verhältnisse so verschiedene sind gegenüber der Zeit Friedrichs des Großen, kann ich nicht zugeben; den veränderten Verhältnissen entsprechen auch die veränderten Verkehrsverhältnisse, welche die Entsehung verschwinden machen. Während der Regierung Friedrichs des Großen konnte der Getreidewucher des Handels keinen Boden finden in Preußen. Der Bundesrath ist jetzt in der Lage, den Wucher zu verhindern. Wenn der Fernhandelsbellefitt wird, können die Preise gebessert werden; dann können wir vielleicht verzichten auf solche Anträge. Ob der Bundesrath den Antrag Kanitz überflüssig machen wird, können wir nicht leichtem Herzens behaupten. Gerade die Rede des Herrn v. Marschall erfüllt uns mit schweren Sorgen. Gegen den Kern des Antrages hat er recht wenig gesagt, aber eine große Gefährlichkeit bewiesen, alle möglichen Dinge, die damit nichts zu thun haben, hinauszuschleichen. Er meinte, man könne kleinen Staaten nicht schroff gegenüber treten. Der Staatsmann, der sich den Dank seines Vaterlandes erwerben will, der muß verzichten auf den Dank der Staatsfeinde innerhalb und außerhalb des Vaterlandes. (Zustimmung rechts.) Der brausende Beifall der Sozialdemokraten hatte Herrn v. Marschall Bedenken machen sollen. Wir sperren unsere Grenze gegen die Seuchengefahr; aber in der Einfuhr fremden Getreides liegt auch eine Seuchengefahr. Dieses Getreide müßten wir doch wenigstens ausschließen können. Wir müssen erst nationalwirtschaftliche Politik treiben; die Weltmarktpolitik kommt erst später; eine solche kann sich England eher gestatten als wir. Wir brauchen lebendige Grenzwälle und das sind bisher unsere Bauern gewesen. (Zustimmung rechts.) Wir fragen viel zu viel nach dem Interesse anderer Länder. Wir brauchen eine Regierung, die diesen Fehler wieder gut macht und unsere Interessen wahrnimmt selbst auf Kosten anderer; möge uns eine Regierung, die wir schon einmal gehabt haben, möglichst bald wieder beschicken sein. (Zustimmung rechts, Lachen links und im Centrum.) Herr v. Marschall hat seinem Nachfolger die Aufgabe etwas schwer gemacht; er hätte seine Forderungen gegenüber den Handelsvertragsstaaten etwas diplomatisch ausdrücken können, wie die „Deutsche Tageszeitung“ nachgewiesen hat. Wir hoffen auf die kleinen Mittel, aber wir wünschen eine Beschleunigung, damit nicht „als das Brot gebaden war, das Rind schon lag auf der Todtenbahn.“ Ganz ausschließliche Sachen gewinnen heute immer mehr an Popularität; das Börsegesetz ist ein erfreulicher Erfolg. Der Antrag Kanitz wird unaussprechlich wiederkommen. (Zustimmung rechts) und zwar viel sicherer als viele der Herren, die heute gegen den Antrag stimmen, bei den nächsten Wahlen. Ueberall wächst die Solidarität zwischen den Bauern im Osten und Westen, zwischen den kleinen und großen Grundbesitzern.



## Sächsischer Landtag.

Dresden, 16. Januar.

Die Verhöhnung der Kartellparteien gegen die Sozialdemokratie kam so recht zum Vorschein bei der Verathung einiger Kapitel des Kultusbudgets am 14. Januar. Der sozialdemokratische Abgeordnete Postel gab dem Wünsche Ausdruck, die Bildung der Lehrer, die hinter der allgemeinen akademischen Bildung zurückbleibe, zu erhöhen durch eine entsprechende Lehrmethode an den Lehrerseminaren und hob dabei die große Zahl der Religionslehrstunden, die ewige Reperitur der bürgerlichen Rechnenarten u. s. w. hervor.

Da hatte aber der Abg. Postel in ein Weisheitsgeschloß! So schlicht und anspruchslos und ohne Verührung eines politischen Moments er seine Anregung gegeben hatte, so während führen die Gegner über ihn her und lachten durch Verzerrungen seine Ausführungen als von politischem Parteigeist eingegeben zu verdächtigen.

Der Referent Abg. Härtwig, der seinerzeit in einem Prozeß mit dem ehemaligen Medaieur der sozialdemokratischen „Wurzener Zeitung“ vom Gericht als ungläubig und bezweifelbar wurde, konnte seinem Daß gegen die Sozialdemokratie gar keinen Hängel anlegen und wendete sich — charakteristisch genug für die noble Methode geschäftlicher Behandlung wichtiger Fragen — vornehmlich im Schlusswort mit giftigen Redensarten gegen die sozialdemokratischen Redner, wofür er vom Abg. Goldstein in einer persönlichen Bemerkung auf das Unzulässige dieses Verfahrens hingewiesen wurde.

Auch der Abg. Rietzhammer nahm die Gelegenheit wahr, die Sozialdemokratie als Reichsfeindin zu brandmarken. Allein der gute Mann hatte in seinem Prämisseifer nicht bedacht, daß ja gerade der Liberalismus von den Orthodoxen als Religionsverächter von je bezeichnet worden ist. Das wurde ihm denn auch in gehöriger Weise von dem Abg. Goldstein unter die Nase gerieben und es war ergötlich anzuhören, wie er der nationalliberalen Partei den Rath gab, sich etwas mehr mit Religion zu befassen. Als ob der Teufel ernstlich beten lernen könne. Rietzhammer hatte auch behauptet, die sozialdemokratische Jugendliteratur vergifte die Herzen der Jugend. Aber auch hierauf wurde ihm gründlich gebient und die Unmoral der bürgerlichen Jugendliteratur von Goldstein an drastischen Beispielen dargelegt. Es wurde manchem Kartelliten bei diesen Auseinandersetzungen nicht wohl zu Muth, denn ihre eigenen Genossen hatten diese Auseinandersetzung vom Saune gebracht und nun mußten sie die Prügel dafür hinnehmen.

Der Kultusminister v. Seydewitz antwortete auf den Wunsch nach einer höheren Ausbildung der Lehrer, daß für die Lehrerseminare die Lehrordnung vom Jahre 1877 maßgebend sei und bis jetzt sei die Regierung der Meinung gewesen, daß der Bildungsgrad der Lehrer zur Erfüllung ihrer Aufgabe ausreiche.

Bei dem Kapitel Volksschule brachte der Abg. Pinkau-Beipzig zur Sprache, daß Lehrern von ihren Vorgesetzten verboten sei, Naturheilvereine als Mitglieder anzugehören oder Vorträge in solchen Vereinen zu halten. Ferner rügte er, daß in Schönfeld bei Leipzig der Schulunterricht ausgefallen wäre, weil die Schulkinder bei einer Jagd auf dem Revier des Abgeordneten v. Frege, Althausdorff, Treiberdienste verrichtet hätten. Endlich führte Pinkau eine Reihe von Fällen an, welche schwere Ueberschreitungen des Züchtigungsrechtes in der Schule darstellten.

Der Kultusminister befrucht, daß es den Lehrern durch ministerielle Verfügung verboten sei, in dem angeführten Sinne sich an Naturheilvereine zu betheiligen. Von den angeführten Fällen sei dem Kultusminister nichts bekannt. Ebenso wußte er nichts davon, daß unter Einstellung des Schulunterrichts Kinder zu Treiberdiensten bei einer Frege'schen Jagd benutzt worden seien und bezeichnete diese Benennung der Schüler während der Schulzeit als eine Ungeheuerlichkeit. Dem reichen Herrn v. Frege kommt die Anstellung Erwachsener zu Treiberdiensten wahrscheinlich zu theuer. Auch von den von Pinkau angeführten Fällen bezüglich der Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes war dem Kultusminister nichts bekannt, obgleich sie durch die Presse besprochen worden sind. Er bedauere zwar diese Mißstände von ganzem Herzen, aber die Schule sei dafür doch nicht verantwortlich zu machen. Von Pinkau war aber darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Zulassung körperlicher Züchtigung in der Schule dergleichen Mißstände zeitige. Daraus wußte der Herr Minister nichts weiter zu antworten, als daß dergleichen auch vorkommen werde, wenn man das Züchtigungsrecht besetze.

Für die Beseitigung des Züchtigungsrechtes kann sich aber weder die Regierung noch die Mehrheit der Kartellparteien erwärmen. Und so wird eben weiter geprügelt. Eine großartige Erziehungsreform in der Schule am Ende des 19. Jahrhunderts!

## Zwei Sozialisten-Kongresse in Italien.

Man schreibt uns: Die große Verschiedenheit des Klimas, des Temperaments, der Kultur und der volkswirtschaftlichen Zustände, mit welchen die noch junge sozialistische Partei in Italien zu kämpfen hat, verleiht den Provinzial- und Distriktskongressen der Partei große Wichtigkeit. In diesen Tagen fand in Pavia ein Sozialistenkongreß der Provinz und in Turin ein regionaler statt. In Pavia waren 36 Vertreter erschienen. Dr. Toia wurde zum Präsidenten gewählt. Der erste Verhandlungspunkt betraf die Mittel und Wege, die durch die Zeitung „La Plebe“ zu betreibende Propaganda zu vergrößern und zu verthärten. Zweitens besprach man, wie die zu Kommunal- und Provinzialräthen gewählten Genossen sich zu verhalten haben, eine Angelegenheit von großer Wichtigkeit, denn schon viele kleine Gemeinden wie Broni, Sannazzaro und Gambalo haben sozialistische Gemeinderaths-Mehrheiten. Viele Genossen fragten, wie sie sich bei besonderen lokalen Fragen den anderen Parteien gegenüber zu verhalten hätten. Derauf beschloß der Kongreß, daß solche Vertreter nie mit den anderen Parteien gemeinschaftliche Sache machen sollen, um sich nicht die Wege der Propaganda und die Freiheit der Kritik über die politischen Institutionen der Bourgeoisie abzuschneiden. Schließlich besprach man die Zustände der Bauern und die Mittel, dieselben zu verbessern.

Der Referent Muzio verlas eine von ihm angestellte minutiöse Untersuchung über die Zustände der Bauern in der Provinz Pavia, und die Nachrichten, die er gab, erregten die ganze Versammlung. Um diese Zustände zu verbessern, schlug Muzio vor, daß jeder der Versammelten weitere Nachforschungen anstellen und die durch besondere Zustände seiner Gemeinde veranlaßten Vorschläge melden sollte.

Es wurde beschlossen, den nächsten dritten Kongreß in Broni abzuhalten.

Auch der in Turin abgehaltene Piemontesische Distriktskongreß hatte große Bedeutung. 30 Sektionen waren vertreten. Das Komitee hielt einen kurzen Bericht ab

über die Thätigkeit der Partei in Piemont, woraus hervorgeht, daß trotz der Ausnahmegesetze die Partei im steten Wachsen begriffen ist. Daran ward die Entwicklung des sozialistischen Lokalblattes „Grido del Popolo“ besprochen, woraus hervorging, daß es im Oktober vorigen Jahres eine Auflage von 7800 und jetzt eine von 5100 Exemplaren hat. — Der Kongreß hielt es für nöthig, ein agrarisches Programm zusammen zu stellen für die Propaganda auf dem Lande und ernannte eine Kommission von 3 Mitgliedern, um die Untersuchung der Zustände der Bauern und der kleinen Besitzer in Piemont fortzuführen und auf deren Vorschlag binnen sechs Monaten ein agrarisches Programm in sämtliche sozialistische Zeitungen der Provinz zu bringen und der Genehmigung des nächsten Kongresses zu unterbreiten. Endlich beschloß er, ähnliche Untersuchungen auch in den anderen Gegenden Italiens zu fördern. Zum Schluss wurden die Zustände der sozialistischen Partei in Piemont unter dem jetzigen historisch-politischen Gesichtspunkte erörtert, um daraus Vorschläge zur Organisation der sozialistischen Kräfte in Piemont zu erlangen.

Aus diesen beiden Kongressen sieht man, daß die sozialistische Partei in Italien lebt und arbeitet trotz Crispi!

## Lohnlarife für die Berliner Konfektionsbranche.

Von betheiligter Seite wird uns geschrieben: Der „Vorwärts“ hat fortlaufend über die Ausarbeitung von Lohnlarifen für die Herren-, Knaben- und Mäntelbranche berichtet. Es dürfte angebracht erscheinen, jetzt, nachdem diese Larife von der Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen im Trud der Betheiligten unterbreitet worden, noch einige Ergänzungen über den wesentlichen Inhalt der Larife zu machen.

Der Tarif für Herrenkonfektion enthält Lohnsätze für 62 Städte in verschiedenen Qualitäten. Die Löhne bewegen sich in folgender Weise: für Hosen von 60 Pf. bis 1,25 M., für Westen von 70 Pf. bis 1,25 M., für Paletots von 3 bis 5 M., für Salto's (Jaquets) von 1,75 bis 4,25 M., für Röcke von 3 bis 6 M. Diese Lohnsätze sind für Werkstattarbeiter berechnet. Für Hausindustrie ist ein Aufschlag von 25 pCt. für Anlegen an Licht, Feuerung, Abnutzung der Nähmaschinen, Werkstattnähe, Nähfäden u. s. w. berechnet. Für Extra-Arbeiten an jedem einzelnen Stück, die bisher von den Schneidern und Näherinnen durchweg umsonst verlangt worden, sind entsprechende Löhne festgesetzt; so beispielsweise für Wenden einlassen 25 Pf., für jede Extratasche 15 Pf., Klappnäthe 25 Pf. u. s. w. Alle Stücke mit höheren Anforderungen als im Tarif aufgeführt ist, sollen als Massfachen betrachtet und nach den geltenden Lohnlarifen der Maßbranche bezahlt werden. Der Wägler-Minimallohn soll bei täglich 10stündiger Arbeitszeit 27 M. wöchentlich betragen. Bei der Angabe der Arbeit soll mitgeteilt werden, wieviel für jedes Stück gezahlt wird; nach dem bisherigen Modus blieben die Arbeiter vielfach darüber im Unklaren. Ein großer Mißstand in der Konfektion ist die Ablieferung der Arbeiten. Die Ablieferungsräume der Geschäfte sind theilweise so ungenügend, daß die Abliefernden mit ihren Paketen auf den Treppentritten stehen müssen. Die Ablieferung zieht sich mehrere Stunden hin. Es giebt Fälle, wo Arbeiter 5 bis 6 Stunden stehen müssen, und dann manchmal, weil die Ablieferungszeit zu Ende, nach Hause geschickt werden und später wiederkommen müssen. Um diese Mißstände zu beseitigen wird verlangt, daß die Abnahme und Ausgabe der Arbeiten den Zeitraum von einer Stunde nicht überschreiten darf. Längeres Warten soll für jede angefangene Stunde pro Person mit 40 Pf. berechnet werden.

Der Tarif für Knabenkonfektion ist ähnlich formulirt. Die Anzüge in der Größe von 1 bis VI (für Kinder von 2 bis 6 Jahren) umfassen 13 Punkte. Der niedrigste Anzug ist mit 1,25 M. berechnet, der höchste mit 3 M. Bei Anzügen in der Größe von VII bis XII (für Kinder von 7 bis 12 Jahren) wird für den niedrigsten Anzug 1,25 M. und für den höchsten 4 M. Arbeitslohn verlangt. Außerdem sind Lohnsätze für Extraverfertigung von Jaquets, Hosen und Westen festgesetzt. Die Preise für Hosen bewegen sich in der Höhe von 40 bis 85 Pf., für Westen von 30 bis 50 Pf., für Jaquets von 55 Pf. bis 2,25 M., für Paletots von 1,75 bis 2,50 M. Für die vorkommenden Extra-Arbeiten werden ebenfalls entsprechende Löhne verlangt. Für Hausindustrie wird der gleiche Aufschlag verlangt, wie in dem Tarif für Herrenkonfektion; ebenso ist die gleiche Regelung in der Abnahme und Ausgabe der Arbeiten vorgesehen.

Der Tarif für Mäntelkonfektion zerfällt in je eine Abtheilung für das bessere, mittlere und niedere Genre. In dem besseren Genre sind Löhne für 17 verschiedene Stücke und 21 Normirungen für Extra-Arbeiten aufgeführt. Der Lohn für das billigste Stück, einem kurzen Stoff-Capes (Umhang) soll ohne Extra-Arbeiten 5 M. betragen. Um dieses Stück anzufertigen, ist eine Arbeitszeit von mindestens 20 Stunden erforderlich. Der höchste Stücklohn beträgt 17,50 M. für einen Plaidmantel mit seidener, mit der Hand gestepptem Futter. Hierzu ist eine Arbeitszeit von mindestens 5 Tagen bei täglich 10 Stunden erforderlich. Alle in diesem Genre aufgeführten Sachen werden anscheinlich von den besser situirten Klassen konsumirt. Die Arbeit ist sehr anstrengend und erfordert bei den vielfachen Ansprüchen der Damen jener Schichten außerordentliches Geschick. Für das einzelne Stück bekommt der Geschäftsinhaber unter Umständen 200 bis 300 Mark und darüber hinaus. Das mittlere Genre enthält Lohnsätze für 10 verschiedene Stücke und 12 Normirungen für Extra-Arbeiten. Der niedrigste Lohn ist 2 M. für einen glatten Krager, der höchste 6 M. für einen Plaidmantel. In dem niederen Genre sind Lohnsätze für 21 verschiedene Stücke und gleichfalls 12 Normirungen für Extra-Arbeiten aufgeführt. Der niedrigste Lohn beträgt 1 M. für einen glatten Krager, der höchste für ein seidenes Plaid-Capes 4,50 M. Für die Anfertigung der sogenannten Mäntelchen wird wegen der zahlreich erforderlichen Uebernahmen Zeitlohn verlangt. Der Minimallohn für Näherinnen soll bei täglich zehnstündiger Arbeitszeit 18 M., für Stepperinnen 20 M. und für Wägler und Stepper 27 M. betragen.

Die Lohnzahlung wird wöchentlich Sonnabend 3 verlangt. Sie durch die wechselnde Mode erforderlichen Veränderungen sollen mit den Arbeitern und Arbeiterinnen bei Beginn jeder neuen Saison taximäßig vereinbart werden.

Die Larife sollen gegenüber den stelligen Lohnlarifen eine Grenze der Löhne nach unten sein. Das Unternehmertum mag ebenfalls über die Konkurrenz der billigen Artikel. Aus Unternehmerrreisen Settios wird dem „Konfektionär“ geschrieben, daß die Feststellung von Stapelepreisen kaum noch lohnend ist, weil die Preise zu sehr herunter gedrückt sind. Feste Larife sind also nicht bloß für die betheiligten Arbeiter und Arbeiterinnen, sondern auch für die Unternehmer — die soliden nämlich — von Vortheil.

## Soziale Ueberbürdung.

Zur Invaliditätsversicherung. Bei Anträgen auf Bewilligung von Invalidenrenten haben nach dem Gesetze vom 22. Juni 1880 bekanntlich die Antragsteller selbst die Kosten der Versicherungsanstalt einzureichen und die Kosten des Tragens. Sind sie hierzu nicht im Stande, so hat die örtliche Polizeibehörde die vorläufige mündliche Untersuchung und Ausfertigung eines Attestes durch den Armenarzt zu veranlassen, vorbehaltlich späterer Wiedereinziehung des vorausgelegten Betrages von der etwa bewilligten Rente. Da aus diesem Verfahren Unzuträglichkeiten entstanden sind, haben die meisten Versicherungsanstalten sich bereit erklärt, die Attestkosten zu übernehmen. Die ärztliche Untersuchung nimmt indessen nunmehr ein Vertrauensarzt der Versicherungsanstalt vor, was zu neuen Bedenken Anlaß giebt. Dieser Arzt wird den Zustand des Invaliden nicht immer so beurtheilen können, wie derjenige Arzt, welcher ihn vorher längere Zeit behandelt hat. Es ist deshalb wünschenswert, daß wenigstens in besonderen Fällen und auf Wunsch des mittellosen Entscheidungsberechtigten die Versicherungsanstalten vorzugsweise auf das Zeugniß des behandelnden Arztes Werth legen.

Aus deutschen Bäckereien. Seit längerer Zeit herrscht ein erbitterter Streit zwischen den Bäckergehilfen und den Innungs-Bäckermeistern in Harburg. Um sich von einem Theil der Vorwürfe der Gefellenschaft zu reinigen, haben die Meister den Gewerbe-Inspektor um eine Revision ihrer Betriebe ersucht und veröffentlichten nun seinen Bericht. Da sie dabei noch sehr stolz thun, so kann man annehmen, daß sie mit einigem Jagen den Ergebnissen der Untersuchung entgegengekommen haben, denn ein Grund zur Freude liegt wahrlich nur für die allerbescheidensten Leute vor; sagt doch der Gewerbe-Inspektor u. a. folgendes:

„Es hat sich ergeben, daß eine Reihe von Backhäusern und Backstuben nur eine geringe Höhe besitzen, daß dagegen in diesen Fällen die Betriebsräume zumeist einen hinreichenden Luftraum gewähren. Ich habe daher nicht den Eindruck gewonnen, daß dringende sanitäre Mißstände in solchem Maße vorliegen, daß eine schleunige Abhilfe noth thut. Dagegen erscheint es erwünscht (also doch! N. d. B.), wenn — etwa durch die Bauordnung — für Neu- und Umbauten bestimmte Festsetzungen für Backräume getroffen werden, damit die noch aus früheren Jahren stammenden niedrigen und auch engen Räume mit möglicher Schonung der bestehenden Verhältnisse (so, so! Red.) alsdann den Anforderungen der Neuzeit (!) entsprechend umgestaltet werden.“

Better heißt es: „Die Revision der Schlafräume ergab, daß im ganzen noch 8 zweischläfrige Bettstellen, zumeist von Lehrlingen benutzt, im Gebrauch sind, während im übrigen Einzelbetten vorgefunden sind. Soweit Innungsmeister hierbei in Frage kommen, hoffe ich, daß eine Veränderung durch die Innung herbeigeführt werden wird. Ebenso ist noch in verschiedenen Schlafräumen für Wascheinrichtungen Sorge zu tragen, damit die gründliche Reinigung vor und nach der Arbeit in den Backräumen gänzlich verboten werden kann. Ferner ist darauf hinzuwirken, daß in allen Schlafräumen ein Tisch, Stühle und ein Garderobe- oder Kleiderschrank aufgestellt sind.“

Einige Schlafräume, im ganzen vier, davon drei bei Innungsmeistern, befanden sich im Keller und waren feucht und dampf.“

Die Treppen zwischen Backhaus und Backstube sind zumeist steil und ohne Geländer. Letztere müssen überall angebracht werden.“

Endlich sind die Fenster in einer nicht unerheblichen Zahl von Backhäusern und Backstuben recht klein und nur zum theil offenbar. Es ist darauf hinzuwirken, daß die Fenster nach Möglichkeit der Bauordnung (1 qm zu öffnende Fläche auf 36 cbm Luftraum) eingerichtet werden.“

Angesichts dieser schmachvollen Zustände, die offenbar von dem Gewerbe-Inspektor in der allerhöchsten Weise beschrieben sind, findet die Bäckermeister-Innung in Harburg den Muth zu schreiben: „... zu um so größerer Befriedigung gereicht uns sein (des Gewerbe-Inspektors) Bericht. „Weniger befriedigt“ wird das Publikum sein, das sicherlich mit den Gehilfen der Innung einverstanden ist, daß die Backräume eignen sich nicht zur Toilette für die Bäcker, feuchte Keller nicht zu ihren Schlafräumen. Und ob es schließlich für die Beschaffenheit der Backwaare förderlich ist, wenn kaum ein frischer Luftzug in die Betriebsräume eindringt, das zu entscheiden dürfte auch nicht schwer sein; man hält das auch im allgemeinen für eine „Anforderung der Neuzeit“, wie sich der Herr Gewerbe-Inspektor so schön ausdrückt.“

Dritstatute über Lohnzahlungstermine. § 119a Ziffer 1 der Gewerbe-Ordnung giebt den Gemeinden das Recht, durch Ortsräthe die Lohnzahlungstermine festzusetzen. Es scheint als ob bis jetzt nirgends von diesem Rechte Gebrauch gemacht ist, indeß ist in Göttingen ein diesbezüglicher Antrag seitens der Arbeitnehmer gestellt. Ferner hat das Gewerbegericht in Stuttgart bereits am 22. März 1892 einstimmig beschlossen, „an sämtliche Fabrikgehilfen das Ersuchen zu richten, sie möchten durch freie Entschliebung die acht tägige Lohnzahlung einführen und den Zahltag auf einen anderen Wochentag als den Sonnabend verlegen.“ Nach einer Zusammenstellung von 176 Arbeitsordnungen, die wohl alle größeren Betriebe Stuttgarts umfaßt, haben zur Zeit 111 Betriebe stägige, 52 14 tägige und 8 längere Zahlungsperioden.

Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft. Es ist längst bekannt, daß die Unternehmer in der Konfektionsbranche es zu einer besonderen Virtuosität in der Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft gebracht haben; nur noch außer gewöhnliche Fälle von Lohnklaverie können deshalb die öffentliche Aufmerksamkeit erregen. Einen solchen Fall stellt aber ein Vertrag vor, den die „Schwab. Tagewacht“ aus Balingen in Württemberg veröffentlicht:

„Näh-Vertrag. Ich unterzeichne verpflichte mich hiermit, daß ich das ganze Jahr 1896 für die Firma G. F. Wehr nähen werde und jede Woche ... Dtd. ... Paare abliefern. Ich verpflichte mich, dies gegen eine Konventionalstrafe von 10 M. genau einzuhalten.“

Es entschuldigt bloß Krankheit oder Todesfall. Balingen.“

Ich trete für meine ... ein, daß sie das ganze Jahr nähen wird und verpflichte mich, die Konventionalstrafe unweigerlich zu bezahlen.“

Arbeitsvertrag ist die Grobform des Kapitalismus, der der Näherin gestattet, doch wenigstens im Todesfalle ohne Konventionalstrafe vom Vertrage zurückzutreten. — Das gute Herz!

Städtische Wohnhäuser. An Fourrier's gewaltige Häuser zum gemeinschaftlichen Gebrauch der Walfanterien erinnern Pläne, die jetzt in der Stadt Genf ausgearbeitet werden. Dort sollen nach dem Plane der Regierung an Stelle eines ungesunden Stadt-

theils, der niedrigeren wird, in den nächsten fünf Jahren sechs große vierstöckige Mietshäuser mit je 404 Räumen gebaut werden. Der Mietpreis für einen Raum soll im Mittel 100 Fr. betragen, also für Wohnungen zu zwei, drei und vier Räumen 200 bis 400 Fr. Der Stadt Genf wird für diese Bauten Steuerfreiheit bewilligt. Der Staat übernimmt gewisse Verpflichtungen, um die Stadt in schlimmsten Fällen schadlos zu halten. Die Mietpreise können alle fünf Jahre revidiert werden. Nach 30 Jahren wird, wenn nicht vor Ablauf des 28. zwischen Stadt und Staat Genf ein neuer Vertrag abgeschlossen wird, der ganze Immobilienkomplex liquidiert.

Welche Verschwendung von Kräften in der heutigen Gesellschaft hat! zeigt die Tatsache, daß in der Schweiz im Jahre 1894 nicht weniger als 18 653 Geschäftsreisende thätig waren, wovon 14 184 Schweizer und 4469 Ausländer, darunter 3310 Deutsche und 653 Franzosen.

Die deutsche überseeische Auswanderung über deutsche Häfen, Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam stellte sich nach den Ermittlungen des kaiserlichen Statistischen Amtes für das Jahr 1893 sowie für den gleichen Zeitraum 1894 folgendermaßen:

über	Es wurden befördert im Jahre	
	1893	1894
Bremen	15 100	17 269
Hamburg	13 997	16 297
Stettin	69	—
deutsche Häfen zusammen	29 226	33 566
Antwerpen	4 924	4 158
Rotterdam	1 315	1 332
Amsterdam	92	122
überhaupt	35 557	39 178

Arbeiterkühn in Rußland. Der russische Finanzminister hat nach Vereinbarung mit dem Minister des Innern verboten, Frauen und jugendliche Arbeiter in jenen Hanf bearbeitenden Fabriken zu beschäftigen, in welchen sie bis jetzt noch nicht beschäftigt waren. In jenen Fabriken, in welchen sie jetzt beschäftigt sind, wird ihre Arbeit verboten von dem Zeitpunkte an, wo neue Arbeitsverträge abgeschlossen werden, das heißt von Ostern 1898 an.

### Gewerkschaftliches.

Sämtliche Mitteilungen von Organisationen, vor allem solche über Kundmärsche oder Aussperrungen, müssen stets den Stempel der betreffenden Organisation tragen.

Achtung, Musikinstrumenten-Arbeiter Berlins! Die Delegierten aller Werkstätten, wo Sonnabend, den 18. Januar, nicht gearbeitet werden darf, ohne daß für den Verdienst-Verlust Entschädigung geleistet wird, werden aufgefordert, dem Unterzeichneten davon Mitteilung zu machen, und zwar auch dann, wenn nur einige Stunden gefehlt wird. Gleichzeitig werden die Kollegen, die noch im Besitz von 5 Pfennig-Bonus sind, ersucht, abzurechnen. Der Vertrauensmann: J. Fischer, Nizdorf, Kaiser Friedrichstr. 239, Hof 2 Tr.

Vom Vorstand des Vereins der Einseher Berlins und Umgegend wird uns geschrieben:

Zu der 2. Beilage des „Vorwärts“ vom 11. Januar befindet sich unter der Rubrik „Gewerkschaftliches“ eine Mitteilung über die Arbeitsentlohnung von 13 Tischlern der Firma Scheffler in Brandenburg, worin folgender Passus vorkommt: „Der Techniker legte ihnen darauf Verträge vor, die Herr Scheffler mit Berliner Einsehern abgeschlossen habe; diese sollten beweisen, daß die Preise, welche man zahlen wollte, den Berliner Preisen entsprächen.“

Hierzu hat der Verein der Einseher (Tischler) Berlins und Umgegend Stellung genommen und ist nun in der Lage, einen solchen Beitrag der Öffentlichkeit mitzuteilen. Wir lassen ihn hiermit folgen und bemerken, daß die Berliner Preise natürlich von uns beigelegt sind. Der Vertrag lautet:

Vertrag zwischen dem Bauunternehmer H. Fr. Scheffler, Brandenburg a. O., und dem Tischler R. N., Berlin, ist folgender Vertrag abgeschlossen worden:

Der R. N. verpflichtet sich, die Einseherarbeiten zu nachstehenden Preisen auszuführen:

	Berliner Preis
1 Flügelthür einschließlich Nägel	2,70 M. 4,50 M.
1 Korridorthür mit Oberlicht	2,70 „ 6, —
1 Schließungstür	1,35 „ 2,25 „
1 Bierfüllungstür	0,85 „ 2, —
1 Vorderthorweg mit Oberlicht	6, — „ 15, —
1 Hintertorweg	4,50 „ 10, —
1 gewöhnliche Hoftür m. Blendrahmen	1,70 „ 4, —
1 einflügel. Hoftür	1,35 „ 2,50 „
1 Küchenspind	0,70 „ 1, —

Der R. N. verpflichtet sich gleichzeitig, sämtliche Arbeiten stets gut und sauber auszuführen und den bei schlechter Ausführung entsprechenden Schaden zu tragen.

R. N. Fr. Scheffler.

Bemerkt sei hierzu, daß die betreffenden Brandenburger Arbeiten „eingepaßt“ sind, was kein wesentlicher Vorteil ist. Die vorstehend mit angeführten Berliner Preise werden zwar nicht in jedem Geschäft gezahlt, stellenweise wird pro Stück 10 bis 21 Pf. weniger, andererseits wird aber mehr gezahlt. Wir sind nun in der Lage feststellen zu können, daß seitens eines Vereins mit Mitgliedern ein derartiger Vertrag niemals mit Herrn Scheffler abgeschlossen wurde. Wie der mitgeteilte Vertrag zu Stande gekommen ist, wird wohl Herr Scheffler und seine nächste Umgebung allein wissen. Die Bauten, wozu Herr Scheffler die Tischlerarbeiten liefert, befinden sich in Berlin, Dunderstraße, und in Charlottenburg, Kaiser Friedrichstraße. Der Vorstand des Vereins der Einseher ersucht nun nicht nur alle organisierten, sondern auch alle unorganisierten Kollegen, die Berliner Arbeitspreise streng aufrecht zu erhalten. In einer Zuschrift an den „Brandenburger Anzeiger“ wagt Herr Scheffler zu sagen, daß die für Berlin gebotenen Akkordpreise derartiger seien, daß jeder Tischler bei einigermaßen flotter Arbeit pro Tag sehr gut 6-7 M. verdienen könne. Diese Behauptung trifft natürlich nicht zu.

Im Anschluß an diese Zuschrift sei mitgeteilt, daß die ausständigen Arbeiter der Scheffler'schen Tischlerei das Gewerbegericht als Einigungssamt anrufen haben.

Die Korbmacher in der Fechner'schen Werkstatt in Oranienburg stehen in Lohnunterschieden.

Zu Hierlohn haben sämtliche sechs Former der Firma Dalhaus u. Komp., darunter ein Verarbeiter, die Arbeit eingestellt. Die Ursache ist folgende: Am Montag wurde Herr Dalhaus von den Arbeitern um Abstellung verschiedener Miststände ersucht. Er versahob die Angelegenheit auf Dienstag. Am Dienstag ließ er sich aber nicht blicken. Auf dreimaliges Ersuchen erklärte er, nicht mit den Arbeitern verhandeln zu wollen, worauf die Arbeiter die Fabrik verließen und ihm ihre Wünsche schriftlich vorlegten. Am Mittwoch erklärte sich Herr Dalhaus zum Verhandeln bereit, aber unter der Bedingung, daß alle halbe Stunde nur ein Arbeiter ins Komptoir kommen dürfe, um ihm seine persönlichen Wünsche vorzubringen. Die Arbeiter waren damit einverstanden. Der erste, der nun ins Komptoir kam, wurde sofort entlassen; ebenso erging es auch dem zweiten. Darauf erklärten sich die anderen mit den entlassenen Kameraden solidarisch und legten die Arbeit nieder.

Der Berner Handlangerbund zählte 1895 811 Mitglieder gegen 808 Ende 1894. Das ist ein Aufschwung, was ihn wenig

Arbeiterorganisationen erlebt haben dürften. Die Krankenkasse des Bundes hat ein Vermögen von 641 Frk. (1894: 609 Frk.), die Hauptkasse ein solches von 1391 Frk.

### Gerichts-Beilage.

Ueber die That eines preussischen Gendarmen erhalten wir aus Hagen i. H. folgenden Bericht: Vor der Strafkammer des königlichen Landgerichts hatte sich am 15. Januar der Steinbrucharbeiter G. Schäper aus Herdecke wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Mißhandlung und Beleidigung eines Beamten zu verantworten. Am 16. September v. J. hand Schäper mit einigen Freunden vor der hiesigen Wirtschaft zu Herdecke. Dem vorübergehenden Gendarm Jrgang boten die Leute einen guten Abend. Kurz nachher sind dann die jungen Leute in derselben Richtung gefolgt und an dem Gendarm vorbeigegangen. Nach Angabe des letzteren soll nun Schäper denselben absichtlich angerepelt, mit seinem Gießel über den rechten Arm geschlagen und mit der Keuperung „Lump“ belegt haben. Der Gendarm Jrgang will nun von seiner Waffe Gebrauch gemacht und auf Sch. eingeschlagen haben. Hierbei ist der inzwischen herbeigekommene 65 jährigen Mutter des Sch. das Nasenbein zerschmettert worden. Gegen Sch. wurde wegen dieser Sachen Anklage erhoben. Der Gendarm Jrgang befand sich als Zeuge vernommen, wie oben angegeben im Sinne der Anklage. Der Angeklagte bestritt die ihm zur Last gelegten Vergehen entschieden und giebt den Sachverhalt ganz diametral an. Er sei mit seinen drei Freunden kurz nach dem Passiren des Beamten von der Wirtschaft nach Hause gegangen. Obwohl sie den Gendarm mit mindestens drei Schritt Distanz passiert hätten, sei derselbe doch auf ihn zugekommen und habe ihn „Lump“ titulirt, worauf er erwidert habe, wenn er ein Lump sei, wäre er (der Gendarm) auch einer. Daraus habe letzterer sofort blank gezogen und auf ihn eingeschlagen, er habe sich dann mit seinem Gießel gewehrt und sei fortgelaufen. Diese Angaben wurden von den drei Begleitern des Angeklagten voll und ganz unterhänft. Die ebenfalls als Zeugin vernommene Mutter des Angeklagten befand sich über ihre Vernehmung folgendermaßen: Sie habe vor ihrer Bohnung gestanden und die Ankunft ihres Sohnes erwartet. Plötzlich habe sie die Stimme desselben erkannt, wie er gesagt habe: „Herr Jrgang, wie können Sie ruhig des Weges gehende Leute überfallen?“ Darauf sei sie hinzugelassen, um ihren Sohn fortzubolen. Jrgang sei sofort vor Wuth bebend auf sie zugekommen und habe ihr absichtlich einen Säbelhieb durchs Gesicht, welcher ihr Nasenbein zerschmettert habe, versetzt, worauf sie zur Erde gefallen sei und dann noch ein paar Hiebe übers Gesicht erhalten habe. Jrgang, hierüber befragt, zog es vor, seine Aussagen zu verweigern. Sodann wurden sämmtliche vier Zeugen, der Gendarm Jrgang sowohl als auch die drei erwähnten Begleiter des Sch., deren Aussagen denen des Gendarmen vollständig diametral gegenüber standen, nochmals von Vorsitzenden eindringlich ermahnt und danach, da keiner von seiner Aussage abzuweichen wollte, verurteilt. Jrgang gab zu, an genanntem Tage etwas getrunken zu haben, will aber vollständig zurechnungsfähig gewesen sein.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, welcher die Glaubwürdigkeit auf Seite der Gendarmen legen wollte, beantragte eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten. Diesem trat der Verteidiger energisch entgegen, indem er einem Gendarmen nicht mehr Glauben beigemessen wissen wollte wie jedem anderen Jengen.

Der Gerichtshof sprach den Angeklagten kostenlos frei, wobei er ausführte, daß kein Grund vorliege, an den Aussagen der Entlastungszeugen zu zweifeln.

### Versammlungen.

Im dritten Wahlkreise wurde am Donnerstag eine gut besuchte Versammlung abgehalten, wo Reichstags-Abgeordneter Dr. Lügner über die gegenwärtige politische Lage sprach. Der Redner begann mit einem Rückblick auf die Reichstagswahl in Dortmund und schilderte die Parteiverhältnisse in den rheinisch-westfälischen Industriebezirken. Obwohl die Arbeiter hier noch zum großen Theil dem Centrum Heeresfolge leisteten, befähigen sie doch Klasseninstinkt genug, um zu wissen, daß ihre Interessen grundverschieden sind von denen der bestehenden Klassen. Aufgabe unserer Partei sei es, diesen unklaren Klasseninstinkt in bewußte sozialdemokratische Ueberzeugung umzuwandeln, was bei den scharf ausgeprägten Klassengegensätzen der dortigen Gegend nicht schwer sei. Der Redner besprach ferner die politischen Verhältnisse der letzten Zeit, wobei er auch den Fall Hammerstein erwähnte, und bezweifelte, daß Hammerstein wegen sämmtlicher Vergehen, die ihm zur Last gelegt seien, bestraft werden würde. Nach dem Auslieferungstrat mit Italien dürfte der Angeklagte nur wegen der Straftatzen zur Reichswehr gezogen werden, die bei dem Antrage auf Auslieferung genannt würden. Wenn nun die schwersten Vergehen Hammersteins in dem Antrage unerwähnt blieben, dürfte er auch wegen dieser nicht angeklagt werden. Lügner berührte weiter die letzten Maßregelungen unserer Parteiorganisation, die auf den Minister v. Köller zurückzuführen wurden, die aber dann sozusagen niemand veranlaßt haben wollte, und führte zur Kennzeichnung der Stellung des gegenwärtigen Ministers von der Rede unserer Partei gegenüber einige Beispiele aus dessen politischer Thätigkeit an, die er als Regierungspräsident von Düsseldorf entfaltete hat. Es bestand dort ein Komitee, das sich mit der Beforgung von Versammlungsrednern befaßte. Dasselbe wurde für einen politischen Verein erklärt, und alle Versammlungen, in denen von diesem Komitee befohrte Redner auftraten, wurden als Versammlungen eines politischen Vereins erklärt und den Frauen die Teilnahme daran untersagt. Auch in Dortmund habe die Polizei eine Frauenversammlung verboten, was jedoch nur den Erfolg gehabt hätte, daß ein dafelbst gegründeter Frauenverein die besten Fortschritte machte; auch hätten die dortigen Frauen bei den Wahlarbeiten tüchtig mitgeholfen, zum Entsetzen der Philister. Alle Maßregeln von gegnerischer Seite beförderten also nur das Wachsthum unserer Partei, und trügen dazu bei, auch den politisch Indifferenten die Augen zu öffnen über den Klaffengegensatz in der heutigen Gesellschaft, der sich unter anderem auch in dem im Essener Reineidsprozeß gefällten Urtheil recht deutlich äußere. Der Redner ging näher auf diesen Prozeß ein und meinte, die Verurtheilten fügten sich ruhig in ihr Schicksal, weil sie wüßten, daß sie unschuldig seien und die öffentliche Meinung auf ihrer Seite hätte. (Lebhafte Beifall.) Er würde auch versuchen, diesen Fall im Reichstage zur Sprache zu bringen. Auch den Frauweiler Prozeß besprach der Redner und kam zu dem Schluß, daß nichts im Stande sei, das Vorbringen unserer Partei zu hindern, deren Ziel es sei, Ausbeutung und Unterdrückung jeder Art zu beseitigen. In der Diskussion erklärte sich ein Anhänger der freisinnigen Volkspartei mit den Ausführungen Lügner's über den Essener Reineidsprozeß einverstanden. Ein anderer Redner versuchte, den Fall Maurer u. Dimmid in die Debatte zu ziehen, woran ihn aber der Vorsitzende hinderte. Nach Annahme einer Resolution, in der für die Ziele der Sozialdemokratie einzutreten versprochen wird, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie, in das die Anwesenden begeistert einstimmten.

Verband der Sattler und Tapezierer, Filiale Berlin I. In der Generalversammlung am 4. Januar berichtete zunächst Börsch über die Thätigkeit des Verbandes im verfloffenen Jahre, wo die Mitgliederzahl von 150 auf 400 gestiegen ist, und forderte die Kollegen auf, fortgesetzt so thätig zu agitieren, dann werde

das Ziel bald erreicht sein. Hierauf trat man in die Tagesordnung ein. Die Abrechnung wurde verlegt, da noch Rechnungen ausstehen, und man nahm deshalb sofort die Vorstandswahl vor, die folgendes Ergebnis hatte: Börsch, Vorsitzender; Giebler, Schriftführer; Sturm, Kassirer; Düsterwald und Tannhausen, Beisitzer; Stantke und Hubensler, Revisoren. Hierauf berichtete Düsterwald über die Thätigkeit der Arbeitsvermittlungskommission. Vom 1. September bis 31. Dezember haben sich in deren Listen 168 Kollegen eingetragen lassen; für 60 Stellen wurden Arbeiter verlangt. 32 Stellen sind besetzt worden, 28 waren inzwischen schon besetzt durch andere Arbeitssuchende. Von den Kollegen, die durch den Arbeitsnachweis des Verbandes Stellung bekommen, sind 22 organisiert, 10 nicht organisiert gewesen. In den Verband nahm die Arbeitsvermittlungskommission 8 Kollegen auf. Es wurde dann die Neuwahl dieser Kommission vorgenommen; gewählt sind: Düsterwald, Burkhart, Thüringer und Habermann, als Stellvertreter Lange. Aus dem Bericht, den Pangra über die Bibliothek gab, ist mitzutheilen, daß für 100 Mark Neuanfassungen gemacht worden sind, so daß man glaubt, die Bibliothek werde jetzt der großen Nachfrage nach Büchern genüge leisten können. Der bisherige Bibliothekar Pangra wurde wiedergewählt. Kollege Karl Schulze theilte hierauf mit, daß er die Abrechnung des Vermögenskomitees noch nicht verlesen könne, da über das letzte Vergnügen zwei Kollegen noch nicht mit ihm abgerechnet hätten. In das Vergnügungskomitee wurden dann die Kollegen Peter, Lange, Kahlaw, Wildauer und Karl Schulze gewählt. Zum Schluß erledigte man einige minder wichtige Angelegenheiten.

Die Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins nahm in der Versammlung am 12. Januar die Abrechnung vom vierten Quartal entgegen, die einen Bestand von 174,85 M. ergab, und ertheilte dem Kassirer Decharge. Aus der dann vorgenommenen Gewählung ging Gustav Behr als zweiter Kassirer, Georg Feinermann als Revisor hervor. Den streikenden Sattlern Deutschlands wurden 20 M. Unterstützung bewilligt. Die nächste Versammlung wird am 9. Februar in der Andreasstraße 26 bei Wille abgehalten.

In der Generalversammlung aller auf Holz- und Kohlenplätzen beschäftigten Arbeiter und Ausseher, die am 12. Januar bei Köllig, Neue Friedrichstr. 44, tagte, referierte Kempf über das Thema: Presse und Arbeiter. Er schilderte die Entstehung der Arbeiterpresse und wies nach, daß gerade noch sehr viele Arbeiter die ihren Interessen mehr oder weniger feindliche kapitalistische Presse unterstützen, wobei ein Theil der Schuld jene Arbeiterfrauen trifft, die sich für Klatschgeschichten mehr interessieren als für die wirtschaftliche und politische Lage ihrer Männer. Dieser Interessenlosigkeit gegen die Arbeiterpresse zu steuern, wüßten sich auch die auf Holz- und Kohlenplätzen beschäftigten Arbeiter und Ausseher zur Aufgabe machen. In der Diskussion sprach Nhrndts im Sinne des Referats, wobei er die Thätigkeit der Abonnentensammler gewisser Zeitungen besprach. Pohl gab dann den Kassirerbericht, der sich wie folgt stellte: Einnahme vom 15. Oktober 1895 bis 1. Januar d. J. 93,50 M., Ausgabe 53,55 M., Bestand 39,95 M. Entschädigung des früheren Bestandes von 24,15 M. ergibt sich ein Vermögen von 64,10 M. Dem Kassirer wurde Decharge ertheilt. Beim Verschiedenen entspann sich eine rege Debatte.

Der Verein deutscher Schuhmacher, Filiale Nizdorf, wählte in der Generalversammlung am 13. Januar zum ersten Bevollmächtigten Winkler, zum zweiten Kannevich, zum Schriftführer Klammer und zu Revisoren Wolja und Schmidt. Die Diskussion über die Arbeitslosen-Unterstützungsfrage, worüber ein Artikel aus dem Fachblatt verlesen worden war, wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Man forderte noch zum Anschluß an die Organisation auf, wobei bekannt gemacht wurde, daß die Versammlungen regelmäßig Montags vor dem 1. und vor dem 15. des Monats bei Schäg, Pring Handjerystr. 11, abgehalten werden.

Im Zentralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands hielt am 13. Januar Bureau-Angestellter Gopp einen Vortrag über „Verunsicherung“. Trozdem die Bureau-Angestellten zu den Schlechtestbezahlten gehören, so führte der Redner aus, herrscht doch unter ihnen ein Verunsicherung, wie er nirgends sonst zu finden ist. Diesem Dünkel wird noch immer mehr Boden verschafft dadurch, daß ein Theil der Bureau-Angestellten die Meinung vertritt, die bei einem Rechtsanwalt, Notar oder Gerichtsvollzieher Beschäftigten seien „Beamte“. Diese sogenannten „Beamten“ finden es meist unter ihrer Würde, den Arbeitgebern überhaupt oder gar fordernd gegenüber zu treten, während sie auf der anderen Seite auch der Teilnahme an den allgemeinen politischen Bestrebungen sich glauben fern halten zu müssen. Aus diesem Grunde ist der Vorsteher Bureaubeamter oder Bureau-Angestellter nicht ohne Bedeutung. Der Redner wies nun auf Grund von Entscheidungen des preussischen Obergerichts und einzelner Bestimmungen der preussischen Gesetzgebung, sowie durch Verlesung verschiedener Stellen aus der sonstigen einschlägigen Literatur nach, daß die bei einem Rechtsanwalt, Notar oder Gerichtsvollzieher (von denen die beiden ersteren Kategorien selber nicht Beamtenqualität haben) beschäftigten Angestellten keine Beamten sind. Weiter verwies er hierauf auf die Stellung, die ein Beamter im Staate einnimmt, sowie auf die demselben in rechtlicher und wirtschaftlicher Beziehung eingeräumten Vortheile, die den bei einem Rechtsanwalt u. s. w. Beschäftigten natürlich nicht eingeräumt werden. Nach kurzer Diskussion und Ermahnung an die Mitglieder, zu der demnächst stattfindenden Wahl der Delegierten für die Orts-Krankenkasse pünktlich zu erscheinen und für die Wille des Zentralvereins der Bureau-Angestellten Deutschlands zu stimmen, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Die Filialen I, II und III des Textilarbeiter-Verbandes hielten am 14. d. M. eine von zuka 300 Personen besuchte Versammlung ab, um Stellung zu nehmen zu der am 5. und 6. April in Apolda stattfindenden Generalversammlung. Es wurde hierzu gegen 7 Stimmen folgender Beschluß gefaßt: „Die Mitglieder der Filialen I, II und III des Textilarbeiter-Verbandes beantragen die heute gewählten Delegierten zu der in Apolda stattfindenden Generalversammlung, daselbst für die Loslösung des Zentralverbandes der Textilarbeiter von der General-Kommission in Hamburg einzutreten.“ Sämtliche Redner waren sich darüber einig, daß die General-Kommission für den Verband zwecklos sei und durch den Zentralvorstand vollständig ersetzt würde. Ein Antrag, die Reise-Unterstützung pro Kilometer von 2 auf 1 Pf. zu reduzieren, wurde nach lebhafter Debatte abgelehnt und abdam wählte man zu Delegierten für die Apoldaer Generalversammlung die Kollegen Karl Voigt und Frh Berger.

In Adlershof wurde am Donnerstag in einer sehr stark besuchten Volksversammlung nach dem Referat Theodor Wegner's, das lebhaften Beifall fand, zur Leitung der Agitation für die Gemeinde-Ergebniswahl ein aus Michels, Gulig und Thiele bestehendes Wahlkomitee eingesetzt und der Drechsler Max Schmädicke zum Kandidaten für die Gemeinde-Ergebniswahl aufgestellt, die nächsten Montag, den 20. Januar, nachmittags von 4 bis 1/2 Uhr, bei Leopold er sich geht. Genosse Schmädicke nahm die Kandidatur mit dem Versprechen an, daß er, falls er gewählt würde, den Aufgaben des Gemeindevertreters mit Treue obliegen werde. — Die Wählerlisten liegen nicht bloß bis zum 20. Januar aus, wie insolge eines Mißverständnisses gemeldet wurde, sondern bis zum 30. Januar, und zwar wegen der im März vorzunehmenden Neuwahlen zum Gemeinderathe.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

### Theater.

Sonnabend, 18. Januar.

**Opernhaus.** Der Evangelmann. Phantasien im Bremer Rathstheater.

**Schauspielhaus.** 1812.

**Deutsches Theater.** Die Mütter.

**Lesing-Theater.** Komtesse Gudeck.

**Berliner Theater.** Wdh von Belichingen.

Nachmittags: Bernhard von Weimar. Hohenzollern.

**Neues Theater.** Der Herr Direktor.

**Udeny-Theater.** Hals über Kopf.

Vorher: In doppelter Belehrung.

**Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.** Geschlossen.

**Schiller Theater.** Minna von Barnhelm.

**Adolph Ernst-Theater.** Frau Hohenzollern.

**Central-Theater.** Eine tolle Nacht.

**Alexanderplatz-Theater.** Die kleinen Lämmer. Vorher: Fortunio's Lied.

**National-Theater.** Die Königstochter als Bettlerin. Das Waldmädchen.

**Belle-Alliance-Theater.** Böse Buben.

**American-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.

**Apollo-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.

**Baummann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.

**Reichshallen-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.

**Schiller-Theater.**  
(Wallner-Theater.)  
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Minna von Barnhelm.**  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: **Der Raub der Sabinerinnen.**  
Abends 8 Uhr: **Onkel Bräsig.**

**Central-Theater.**  
Alte Jakobstr. 30.  
Zum 134. Male:  
**Eine tolle Nacht.**  
Große Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund und Wihl. Mannstädt. Musik von Julius Einödshofer. Zum Schlusse des ersten Aktes findet eine grosse patriotische Guldigungsfeier statt.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**Apollo-Theater**  
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.  
Grosse Post-Vorstellung zur 25. Wiederkehr der Neubegründung des Deutschen Reiches.

**Dora Parness.**  
Salerno. Düring-Quintett.  
**Sergeant Simms**  
mit seinen 12 Negerknaben und 35 Künstler I. Ranges.  
Kasseneröffnung 7 Uhr.  
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

**National-Theater.**  
Grosse Frankfurterstrasse 132.  
Direktion: Max Samst.  
**Die Königstochter als Bettlerin**  
Regie: Max Samst.  
Zum Schluss:  
**Fschens, das Waldmädchen.**  
Sonntag nachm. 4 Uhr: **Robinson Crusoe.**

**Alexanderplatz-Theater.**  
Zum 90. Male:  
**Die kleinen Lämmer.**  
Vaudeville in 2 Akten von L. Barney.  
Nach Urtheil der gesammten hiesigen Presse die beste Novität dieser Saison.  
Vorher: Fortunio's Lied. Operette.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**W. Noack's**  
Konzert- und Gesellschafts-Säle,  
Brunnenstr. 16.  
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag:  
**Großes Konzert**  
Theater- und  
Spezialitäten-Vorstellung.  
Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung:  
**Großer Ball.**  
Empfehle meine hochelleganteste Säle für Vereine, Privatgesellschaften zu den kulantesten Bedingungen.  
W. Noack.

**Urania**  
Anstalt für volksthümliche Naturkunde.  
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrer Bahnhof).  
Geöffnet von 5-10 Uhr.  
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.  
Näheres die Anschlagzettel.

**Passage-Panopticum.**  
Täglich um 5 1/2 und 8 Uhr:  
**Affentheater und Circus.**  
30 Affen,  
30 Hunde,  
12 Pferde,  
Esel, Ziegen,  
Schweine, Hasen

**Kaiser-Panorama (Passage).**  
V. Julius hochinteressant. Erinnerungen vom Feldzug 1870-71. Dritte Reise durch d. malerischen Alpen Oberitaliens. Eine Reise 20 Pf., Kinder 10 Pf., Abonn., 8 Reisen, nur 1 M.

**Castan's Panopticum.**  
Friedrichstr. 165.  
**Neu: Theatrum mundi!**  
(Mechanisches Welttheater.)  
Im Illusions-Saal:  
**Allerseelen.**

**Adolph Ernst-Theater.**  
Zum 27. Male:  
**Frau Hohenzollern.**  
Schwan mit Gesang in 3 Akten von Gd. Jacobson und W. Mannstädt.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**Concerthaus Sanssouci**  
Kottbusserstrasse 4a.  
Sonntag, den 19. Januar:  
**Stettiner Sänger**  
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader)  
Freitag, 24. Januar, in den Gesamträumen der Victoria-Brauerei  
**Stettiner Sänger-Ball**  
Billets inkl. Soiree à M. 1.50 in der Musikalien-Handlung von Steidl, Kommandantenstrasse 1/2, Laden, Vorverkaufsst. d. Victoria-Brauerei. Anf. d. Abends 11 Uhr.  
Grosse Künstler-Reunion.

**Walhalla-Theater**  
Oranienstr. 52 (nicht am Moritzplatz).  
Heute keine Vorstellung.  
Morgen, Sonntag: **Festvorstellung.**

**Welch' ein Erfolg!**  
Stets das Gute bricht sich Bahn!  
Täglich ausverkauft  
in  
**Kaufmann's Variété-Theater**  
Königsstrasse, Kolonnaden.  
**Blanck's**  
**Stadt-Klatsch**  
Die modernen Bänkelsänger  
Gebr. Nickel's  
**Hammerstein's Leiden**  
Schmidt Hawk's,  
Rudersport  
**Hals über Kopf!!!**  
Der lustige Barn evale-Sänger.

**Alcazar.**  
Variété- u. Spezialitäten-Theater.  
Dresdenerstr. 52/53, Annenstr. 42/43 (City-Passage).  
Neu! **Berlino** Neu!  
**letzter Nachtwächter.**  
Posse.  
Signorina Cati. Alfredo Rose. Lotte Siger. Käthechen Möller.  
Wochent. 10 Pf., Anf. 8 U.  
Entrée: Sonntag 90 " " 6 "

**Feen-Palast**  
Burgstrasse 22.  
Direktion: Winkler & Fröbel.  
Das riesengroße, für Berlin neue  
**Januar-Programm.**  
Kostbarer Erfolg sämtlicher  
**Spezialitäten.**  
Um 10 Uhr: Auftreten der mit stürmischem Beifall aufgenommenen originalen Miniatur-Soubrette  
**Princess Colibri.**  
Anfang (Sonntags 6 Uhr, Wochentags 7 1/2 Uhr.  
Entrée 30 Pf. Reserv. Pl. 50 Pf.

**Neuer Circus.**  
**Circus Busch (Bahnhof Börse).**  
Sonnabend, 18. Januar, abds. 7 1/2 Uhr:  
**Gala-Fest-Vorstellung.**  
(Am 25. Jahrestage der Errichtung des deutschen Reiches)

**Fschens, das Waldmädchen.**  
Hestleinlagen: 1. Barbarossa's Erwachen. 2. Hurrah Germania.  
Außerdem:  
Equestr. Arrangement v. 70 Hengsten, vorgeführt vom Dir. Busch. 2 dreifache Springfahrschulen. Mme Maria Doré als Schutzeiterin auf Pauler Zauber, ostr. Hengst Vigilant. Austr. d. anerf. besten deutschen Schutzeiter's Dr. Footitt-Burghardt. Senor Fessi m. f. großartig dressirt spanisch Stier. The Relampagos, Elite Akrobaten. 100 Clowns, männliche u. weibliche. Austr. der beliebtesten Klown's.  
Sonntag: 2 Vorstellungen.  
Nachmittags 4 Uhr (ermäss. Preise) und ein Kind unter 10 Jahren freil!  
Ein Winterstraum.  
Abends 7 1/2 Uhr: **Fschens.**

**Gold-Remontoir, Auker-Uhr**  
garantirt auf Lebenszeit nur M. 4.50,  
Gold-Remontoir - Auker-Uhren nur M. 5.50, Gold-Remontoir - Auker-Uhren mit M. 1.50, selbstgehende Wecker-Uhren nur M. 2.-, 1-jährliche Reparaturen. Bestand auch Replika's Remontoir - Wecker-Uhren in Berlin u. Exporte. 6.

**Deutscher Porter.**  
Deffert u. Malzfabrik I. Ranges.  
Brauerei Burghalter, Potsdam, gegr. 1736, besond. Blutarme, Braukr., reichhaltige, Wecker-Uhren, Melonvalerent. u. das leicht verdaulichste, vorbest. kräftigste Bier. Ist blutbild. u. desh. best. Gesichtsfarbe u. Gewicht u. ohne über. 4 Flaschen drei, 50 jeon. wamt extl. In Gebinden (1/4, 1/2, 1/3) zum Selbstverzehr, wesentl. billiger. Allein-Verkaufsstelle Berlin u. Provinz: **Porterfabrik Müller, Berlin, Brunnenstr. 152.** Nicht die Flaschenanzahl, die Qualität entscheidet!

**Jede Uhr**  
repariren u. reinigen kostet bei mir unter Garantie des G. Lebens nur 1 M. 50 Pf. außer Bruch, keine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Brillen und Pinzetten.  
**Carl Lux, Uhrmacher,**  
35, Chaussee-Strasse 35.

**Auf Theilzahlung**  
Winterpaleto's, Anzüge, Damenmäntel, Jaguetts, Gardinen, Teppiche, Möbel, Stühle etc. bei **L. Silberstein, 41522**  
Rosenthalerstr. 49, 1.

**Herrenhüte 1.00,**  
**Mustersachen 0.75,**  
neueste Façons, nur das verkauft  
Fabrikkomptoir  
**Barnimstrasse 4/5,**  
**Müllerstrasse 12 c, 1.**  
Geöffnet Sonnabend bis 10 Uhr  
Sonntag bis 2 Uhr. [17826]

**Möbel**  
u. Polsterwaren, reelle Waare empf.  
**Frauz Tutzauer,**  
Tischlermeister, [39618]  
Berlin SW., Glücker-Strasse 14.

**Achtung! Kein Laden.**  
**Kontroll-Schuhmarke.**  
Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pf. 42611.  
**S. F. Dinslage,**  
Kottbusserstr. 4, Hof part.  
Strickwoll-Neste, Zephyr, Rockwool zu Partierpreisen jetzt Holzmarktstr. 60, Hof links 1 Tr.

**Achtung, Parteigenossen!**  
Sonnabend, den 18. Januar:  
**Gr. Wiener Maskenball**  
in Keller's Festsälen, Koppenstr. 29.  
Arrangirt vom  
**„Skatklub Treff“** sowie den Parteigenossen des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises.  
Billets sind bei den Mitgliedern des Klubs sowie bei den bekannteren Parteigenossen zu haben. 284b

**Gesang-Verein Männer-Chor St. Urban.**  
Sonnabend, 18. Januar, im Konzerthaus Sanssouci, Kottbusser-Strasse 4a:  
**Wiener Masken-Ball.**  
Zur Ausführung gelangt um 1 Uhr:  
**Der Räuber-Ueberfall im Siebenbürgener Walde,**  
dargestellt von 50 Personen.  
Billets à 50 Pf. sind vorher zu haben. 66/10  
Allen Anwesenden einen recht vergnügten Abend versprechend, ladet zu regem Besuch ein  
**Das Komitee.**

**Belle-Alliance-Theater.**  
Belle-Alliance-Strasse 7/8.  
Morgen, Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 3 Uhr:  
**Volks-Vorstellung** unter Regie von Julius Türk.  
Zum ersten Male: 280/5  
**Außerhalb der Gesellschaft.**  
Schauspiel in 4 Akten von Arthur Zopp.  
Dr. Eichbach. Mischka Proger a. G. | Margarethe . . . Lotte Prepenow.  
Hedwig . . . Hedwig Marjol. | Schönbek . . . Fritz Pittschau.  
Wedig v. d. Born . . . Rudolf Jock.  
Eintrittskarten à 60 Pf. sind in den bekannten Geschäften zu haben.

**Neu eröffnet!**  
**Hippodrom u. Reitbahn**  
Rungestrasse 8  
**Großes Musikreiten** für Herren und Damen täglich bis abends 11 Uhr. Entrée frei.

**Arbeiter Parteigenossen!**  
nur **Hüte** **O. Gerholdt**  
4120L\* mit **Kontrollmarke**  
Größtes Lager in Sonnen- und Regenschirmen.  
Königl. Zähne schmerzlos eingeseht, feilschend. Reparaturen sofort. Weniger Vermittelte Ein- führung. **Kreslawski, Spittelmarkt 13**

**Herren-Hüte 75 Pf.**  
(Musterfachen) 40478\*  
Nur neueste Façons, extra prima Qualitäten, giebt zu enorm billigen Preisen ab  
**Die Fabrik**  
im Comptoir im Comptoir  
Grüner Weg 2, I. Koppenstr. 58, I,  
im Comptoir  
Reichenbergerstrasse 166.  
Geöffnet bis abends 9, auch Sonntags.  
2045b\*

**Carl Schindler,**  
Chausseestr. 55 (Lükrs, Cognac, Rum, Ungarweine etc.) Amt III 8917  
Empfehle alten Nordhäuser Str.-Pl. 1 M., 5 Pf. 4.50 M., 10 Pf. 0.10 M.

**Kaufe** alte Nähmaschinen in jed. Zustand. Nähm.-Werkt. **Drangelsstr. 88.** Postkarte genügt.  
Drings- u. Obhggeschäft, 15 Jahr bestehend, verläuflich Dennewitzstr. 24.  
Gedweibchen v. Schramde, Siegnitzerstrasse 11. 2285b  
**Reell und billig**  
kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von W. Hilschke, gegründet 1872, **Erfasserstr. 13.** Ede Admiralsstrasse, am Kottbusser Thor. 42708\*

**Arbeitsmarkt.**  
**Achtung!**  
**Former u. Sieberei-Arbeiter!**  
Der Streik bei der Firma **Weiss & Peters, Gifschinerstr. 79.** dauert unverändert fort.  
**Der Vorstand** des Verbandes aller in der Metall-Industrie beschäft. Arbeiter Berlins und Umgegend.  
Fabrikmacher verl. Kommandantenstrasse 41, O. 1 Tr. 2224b  
Tüchtige Garnirecinnen und geübte Filgerinnen sucht dauernd 2280b  
**Louis Noeffel, Brunnenstr. 162.**  
Tüchtige Mechaniker finden lohnende, dauernde Beschäftigung bei **Reiniger, Gebbert u. Schall,** Elektrotechnische Fabrik, Erlangen.  
Arbeiter (Ausschneider etc.) auf Perlmutter finden dauernde Beschäftigung bei **Crosinsky & Eisenack, Köpnickstrasse 154.** 2200b  
**Klavierstimmer**  
Weiblich, Friedrichstr. 244 8 Tr. [22005]

**Achtung!**

Parteigenossen des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

**Lese- u. Diskutirklub „Südost“**

Sonntag, den 19. Januar, bei Josi, Andreasstr. 21:

**4. Stiftungsfest.**

**Gr. Vokal- und Instrumental-Konzert**

ausgeführt von der Hauskapelle (Mitglieder der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker) unter Mitwirkung des Gesangsvereins **Lorbeerkrantz** (Mitglied des A.-S.-B.), des Genossen **Herm. Röhn** und der musikalischen Klowns **Reich und Wille**, gen. **Figg und Fogg**.

**Festrede**, geh. vom Reichstags-Abgeordneten **Paul Singer**.

Nach dem Konzert: **Tanz**.

Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.

Anfang 4 Uhr. Eröffnung 3 Uhr. Programm 20 Pf.

Billets sind in allen mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.

100/3 **Das Comité.**

**Verein der Maschinisten, Heizer u. Berufsgenossen Berlins u. Umgegend.**

Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 5 Uhr, Oranienstr. 51.

**General-Versammlung.**

Tages-Ordnung:

1. Rechenschaftsbericht über die Thätigkeit des verflossenen Jahres. 2. Kassenbericht. Bericht der Revisoren. 3. Anträge. 4. Wahl zweier Delegierten zum Verbandstag nach Hannover. Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. 198/11 **Der Vorstand.**

**Verein z. Wahrung d. Interessen d. Stockarbeiter.**

Am Sonntag, den 19. Januar, vormittags 10 Uhr,

bei **Hoffmann**, im Englischen Garten, Alexanderstraße Nr. 27c:

**Mitglieder-Versammlung.**

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Werkstatt-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes. — Das Erscheinen der Vertrauensleute aller Werkstätten ist notwendig. 175/9 **Der Vorstand.**

**Verband aller in der**

**Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.**

Sonntag, den 19. Januar, vorm. 10 Uhr, im Lokale des Herrn **Cohn**, Benthstr. 20:

**Branchen-Versammlung**

aller in der

**Elektrotechnik besch. Monteure u. Hilfsmonteure.**

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen **Paul Littin** über: *Unsere Reichthümer*. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

**Grosse öffentliche**

**Versammlung der Klempner**

am Dienstag, den 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Herrn **Cohn**, Benthstraße Nr. 20.

Tages-Ordnung:

1. Sind wir im Stande die gegenwärtige günstige Geschäftslage zur Erzielung besserer Arbeitsbedingungen auszunützen? Referent: **Otto Naether**. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Vertrauensmannes. **Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.** **Otto Naether**, N., Anhalterstraße 44.

117/4

**Verband der Sattler und Tapezirer.**

Filiale Zentrum.

Sonabend, den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr,

bei **Wäsch**, Alte Jakobstr. 83:

**Mitglieder-Versammlung.**

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Millarg** über „Fortschritt und Armut“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. **Der Vorstand.**

**Verband der in Buchbindereien,**

der Papier- u. Leder-galanteriewaaren-Industrie beschäftigt. Arbeiter und Arbeiterinnen.

Montag, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei **Th. Boltz**,

Alte Jakobstraße 75:

**Ordentliche General-Versammlung.**

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Neuwahl des Vorstandes und der Kommissionen. 3. Mitgliedsangelegenheiten. Nur mit dem Mitgliedsbuch versehen, erhalten die Mitglieder Zutritt. **Der Vorstand.**

23/19

**Verein der Arbeiterinnen**

**an Buchdruck-Schnellpressen.**

Sonabend, den 18. Januar 1896:

**Wiener Maskenball**

in **Buss' Salon**, Gr. Frankfurterstr. 85.

Um 1 Uhr Kaffeepause, während derselben humoristische Vorträge. Anfang 9 Uhr. Billets sind noch zu haben im Arbeitsnachweis, Annenstr. 16.

**Achtung!** Kaufen Sie **echte Brantweine**, alten Nordhäuser, Cognac, Rum, Arrak. **O. J. Engelke**, Neue Jacobstr. 26. Kleinverkauf von 10 Pf. ab. 42458\*

**Zentral-Kranken- und Begräbnisstätte der Sattler und Gerbeneger. Deutschlands, „Hoffnung“, E. S. 64.**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 14. d. M. das Mitglied, der Sattler

**Albert Kopp**

verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 18. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom städtischen Krankenhause Moabit aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 160/1 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Freunden, Bekannten und Genossen zur Nachricht, daß unser lieber Mann, Vater und Schwager, der Weber

**Richard Bachmann**

im Alter von 40 Jahren am 14. Jan. verstorben ist.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 2 Uhr, von der Halle Am Urban aus nach dem Emmaus-Kirchhofe statt. 22286

**Witwe Bachmann**

nebst 4 unmündigen Kindern.

Zu gleicher Zeit giebt die **Filiale des Central-Kranken-Verbandes zu Nieder-Schönweide** seinen Mitgliedern die traurige Nachricht bekannt.

Am 16. d. M. starb nach langen, schweren Leiden meine geliebte Frau

**Charlotte Zippel**

geb. **Dalcke** 2222b

im 37. Lebensjahre. Die Beerdigung findet statt am Sonntag, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes. Um stilles Beileid bitten **Herrmann Zippel nebst Kindern.**

Den verehrten Genossen, meinen werthen Freunden und Gönnern die traurige Mittheilung, daß mein liebes, braves Weib, meine treue Lebensgefährtin im Kampfe um's Dasein

**Julie Goebel**

geb. **Möller**

nach vielen Leidenstagen am 13. d., abends 11 1/2 Uhr, sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 19. d. M., vormittags 11 Uhr, vom Krankenhause Am Urban aus nach dem Neuen Jakob-Kirchhof in Rixdorf, Herrmannstraße, statt. Um stilles Beileid bittet

**Albert Goebel,**

**Polyporthage-Buchhändler,**

**Abnialstr. 6.**

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter

**Wilhelmine Dobrich**

geb. **Stollberg**

am 17. Januar er., früh 4 Uhr, nach langem, schweren Leiden von uns geschieden ist. 2223b

**Der trauernde Ehegatte**

nebst Hinterbliebenen.

NB. Die Beerdigung findet Sonntag, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Stionskirchhofes in Weidensee aus statt.

**Achtung!** **Achtung!**

Künstl. Zähne v. 8 M. an, Theilw. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervödiden bei Bestellung umsonst. **Sudtel**, Luisenplatz 2, Elsfasserstr. 12

**Ferdinand Ewald's**

**Restauration**

**Schönleinstrasse No. 6.**

Empfehle den geehrten Vereinen meine Lokalitäten zu Versammlungen. 2 Kegelbahnen stehen zur Verfügung. ff. Weiß- und Bairisch-Bier.

Empfehle mein **Weiss- u. Bayrisch-Bier-Lokal**, Vereinszim. b. zu 20 Pers., mit Piano, für die ganze Woche frei.

**W. Thielow**, Lothringerstr. 112.

**Paster's Festsäle**

**Neue Königstr. 7.**

Mein Saal mit Nebenräumen noch einige Sonabende zu vergeben. 42691\*

**Th. Boltz' Festsäle,**

**S., Alte Jakob-Strasse 75.**

**Amt I, 1032. 4274L\***

Empfehle meine Säle zur Abhaltung von Festlichkeiten und Versammlungen zu konstanten Bedingungen.

**Grünau. G. Lindenhayn,**

Gastwirth, hält seine Lokalitäten best. empfohlen.

**Säle** zu Festlichkeiten u. Versamml. unentgeltl. **Alexanderstr. 27c.**

**Putzburgerstraße 26\***

geleunt, kleine Wohnungen per sofort, auch zum 1. April 1896 bill. zu verm.

**Grünauerstr. 3** Wohnung. 68-94 Zblr.

**Mühlenstr. Nr. 8**

nahe Oberbaum, sind von sofort oder später billige Wohnungen von 1 u. 2 Stuben nebst Küche und Zubehör zu vermieten. 42768\*

**Al. Andreasstr. 12, 1 Tr.,** sand. möbl. Schlafstelle, Eing. sep., zum 1. Februar bei **Fr. Dobers.** 2225b

Schlafstelle für 2 Herren sof. oder 1. Februar d. **Wv. Goscinal**, Georgenkirchstr. 63. 22296

**Große öffentliche**

**Holzarbeiter-**

**Versammlungen**

**Westen und Südwesten**

am Sonntag, den 19. Januar, vormittags 10 Uhr, in der **Bock-Bräuerei, Tempelhofer Berg.**

**Norden und Moabit**

am Montag, den 20. Januar, abends 8 Uhr, in der **Norddeutschen Bräuerei, Chausseestr. 58.**

**Osten und Südosten**

am Dienstag, den 21. Januar, abends 8 Uhr, in **Keller's Festsälen, Koppenstr. 29.**

Tagesordnung in allen drei Versammlungen:

1. Wie stellen sich die Holzarbeiter Berlins zu einer Lohnbewegung? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 80/11

Referenten: **Millarg, Glocke** und **Wiedemann.**

Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in diesen Versammlungen zu erscheinen. **Der Vertrauensmann.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

(Zahlstelle Berlin.)

**Vertrauensmänner-Versammlungen.**

**Westen und Südwesten.**

Montag, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn **Zubeil**, Lindenstraße 106.

Zahlreicher und pünktlicher Besuch dringend erforderlich. **Moabit.**

Sonntag, den 19. Januar, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn **Holzbocher**, Churstraße 81.

Sämmtliche Werkstätten werden hierdurch aufgefordert, einen Vertrauensmann zu entsenden.

**Süden und Südosten.**

Montag, den 20. Januar, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn **Rautenberg**, Oranienstr. 180.

Besprechung unserer gegenwärtigen Lage. Sämmtliche Vertrauensmänner des Bezirks müssen unbedingt erscheinen. Kollegen, sorgt dafür, daß alle Werkstätten vertreten sind. **Die Ortsverwaltung.**

NB. Die Mitglieder werden ersucht, die Liste Nr. 279 der Wärfenmacher und Nr. 305 der Holzarbeiter anzuhalten und an Kollegen **Grünert**, Manteuffelstr. 64, Hof 3 Tr. abzugeben. Die Zahlstellen des Verbandes befinden sich: 80/14

**Für den Norden:**

Ruppinerstr. 44 bei **Raabe.**

Trescowstr. 24 bei **Schmidt.**

Lothringerstr. 67 bei **Dieke.**

Schwedterstr. 31 bei **Lisko.**

Müllerstr. 7a bei **Gleinort.**

Bergstr. 60 bei **Hilgenfeld.**

Zhurstr. 84 bei **Holzbocher.**

Birkenstr. 28 bei **Buge.**

**Für den Osten:**

Friedrichsbergerstr. 19 bei **Winkelmann.**

Blumenstr. 38 bei **Wiedemann.**

Frankfurter Allee 90 bei **Zabel.**

Koppenstr. 47 bei **Lorenz.**

Langestr. 65 bei **Tempel.**

Landsberger Allee 27a bei **Lango.**

Elisabethstr. 65 bei **Lango.**

**Für Süd-Ost:**

Curvstr. 25 bei **Erbe.**

Ritterstr. 126 bei **Stramm.**

Raungrstr. 86 bei **Streit.**

Grünauerstr. 3 bei **Golz.**

Görlicher- und Sorauerstraßen-Ecke bei **Tolkdorf.**

Bückerstr. 55 bei **Schilling.**

Tiefenbachstr. 31 bei **Gaule.**

Manteuffelstr. 69 bei **Brödenfeld.** (Dafelbst befindet sich auch die Bibliothek der Trechler.)

Rögnickerstr. 194 bei **Reichart.** (Dafelbst werden täglich abends Beiträge entgegen genommen.)

**Für den Westen:**

Gneifenaustr. 35 bei **Rosse.**

Culmstr. 36 bei **Raumann.**

Welle-Altanaplatz 6 bei **Hilscher.**

**Für Friedrichsberg:**

Friedrich-Karlstr. 11 bei **Holniko.**

**Für Rummelsburg:**

Kant- und Lärtschmidstraßen-Ecke bei **Schröder.**

Jeden Sonnabend: **Zahlabend.**

Alle Werkstatt-Angelegenheiten sind zu melden bei dem **Koll. Wiedemann**, Annenstr. 39, auf dem Arbeitsnachweis, oder an den Vorsitzenden der Werkstatt-Kontrollkommission, Kollegen **Grünert**, Manteuffelstr. 64.

**Verband der Möbelpolierer.**

Nächsten Montag Abend 7 Uhr **Andreas-Strasse Nr. 26, General-Versammlung.**

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes, Kassiers u. s. w. 2. Beratung des Statuts. 3. Anträge. 4. Verschiedenes. — Mitgliedsbuch ist an der Kontrolle vorzuzeigen. Außerdem eruchen wir die Mitglieder, heute Abend in der öffentlichen Versammlung bei **Keller**, Koppenstraße, zu erscheinen. Ferner laden wir die Kollegen, sowie Freunde des Verbandes zu dem am 26. d. M. bei **Rieß**, Weberstraße 17, stattfindenden Maskenball ein. Herren 50 Pf., Damen 25 Pf. 146/17 **Der Vorstand.**

**Achtung! Vergolder!**

Am Montag, den 20. Januar, Abends 6 1/2 Uhr, bei **Bergner**, Annenstr. No. 16,

**General-Versammlung.**

Tages-Ordnung:

1. Rechenschaftsbericht des Vorstandes. 2. Kassenbericht vom vierten Quartal. 3. Neuwahl des Filialvorstandes und der Revisoren. 4. Gewerkschaftliches und Verschiedenes. — Das Erscheinen jedes Kollegen ist Pflicht. 225/16 **Der Vorstand.**

**Achtung, Rixdorf!**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

Montag, den 20. Januar, abends 8 Uhr, in den „**Victoria-Sälen**“ (kleiner Saal), **Herrmann-Strasse Nr. 40, General-Versammlung.**

Tages-Ordnung:

1. Berichterhaltung vom 4. Quartal. 2. Neuwahl des Vorstandes und Erwahlung der Arbeitsvermittlungskommission. 3. Unsere gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse und die im Frühjahr geplante Lohnbewegung. 4. Verbandsangelegenheiten. 80/13 **Die Ortsverwaltung.**